

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Körper

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gespräch über Friedensforschung, über die Zugänge dazu und über die sozialen und politischen Perspektiven des Friedens ist wahrscheinlich das schwierigste unter den bisherigen Bergedorfer Gesprächen; denn es handelt nicht nur von Wissenschaft und Politik, sondern auch von Wissenschaft als Politik. Es wäre voreilig zu sagen, darin läge eine Chance, wenn wir uns nicht klar darüber wären, daß darin auch eine Gefahr liegt.

Wenn ich als Mann der produzierenden Wirtschaft an der Umsetzung von theoretischen Erkenntnissen und Ergebnissen aus der Forschung besonders interessiert bin, so weiß ich, daß ich bei diesem Thema mit dem Wunsch nach Umsetzung in die Praxis ein Anliegen ausspreche, das in allen Gesellschaftssystemen lebendig ist: Denn wenn der Friede auch Motiv und Gegenstand wissenschaftlicher Erkenntnis ist, so drückt er doch in erster Linie die große Sehnsucht der Menschheit aus.

Das Praktische und Praktizierbare als Ergebnis der heutigen Diskussion ist so etwas wie ein großer, wenn auch anonym Auftrag, dem wir uns alle verpflichtet fühlen sollten.

Wenn wir das heutige Thema durchleuchten, so gehe ich davon aus, daß die Friedensforschung keine Angelegenheit irgendeiner Fachdisziplin ist. Es reicht auch nicht aus zu sagen, daß sie interdisziplinär betrieben werden müsse. Das Besondere liegt vielmehr darin, daß sie zunächst eine Willenserklärung der Wissenschaft ist, und zwar eine politische Willenserklärung, denn die Friedensforschung zielt darauf ab, ihre Erkenntnisse zur Willenserklärung der Gesellschaft selbst zu machen.

Damit verbindet sich aber die Tatsache, daß ihr Arbeitsfeld nur schwer zu definieren ist. Die Friedensforschung muß nicht nur eine Vielheit wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisgegenstände, sondern auch einen ideologischen Pluralismus akzeptieren, und dies sehr bewußt. Darin liegt allerdings auch eine bemerkenswerte Chance, die, wenn sie wahrgenommen würde, vielleicht einen neuen Ansatz wissenschaftlicher Forschung und Lehre bieten könnte, und zwar im Sinne eines echten Studium generale. Denn Friedensforschung geht uns als Bürger alle an, und fast alle Wissenschaften könnten ihren Beitrag dazu leisten.

Die Friedensforschung erfordert ein allgemeines Wissen - sowohl als Information wie auch als Reflexion - über die Wissenschaften und über das Leben. Darin liegt politisch die Bemühung um einen gesellschaftlichen und internationalen Konsensus über den Frieden.

Bei diesem Gespräch über die Zugänge zur Friedensforschung sehe ich kein fertiges Haus vor mir, in das jeder von seiner Wissenschaft aus, sei es vom Keller her oder über das Dach oder durch die Türen und Fenster, hineinschlüpfen könnte, um seine Räume zu besetzen und abzuriegeln. Wir werden uns darauf beschränken müssen, über die Zugänge zu einem Rohbau zu sprechen, bei dem Zimmerleute und Installateure, Inneneinrichter, Statiker und Ingenieure an der Arbeit sind - und dieser Rohbau darf kein babylonischer Turm werden.

Die Friedensforschung muß lernen, Wissenschaft und Politik, Theorie und Praxis, Ideologie und Wirklichkeit, Herrschaft und Freiheit zu integrieren. Dies aber in dem Sinne, wie es ein kluger und nüchterner Mann einmal formuliert hat: "Integration nur dann, wenn nicht die Lösungen, sondern die Spannungen integrieren."

## Freiherr von Weizsäcker

Wenn ich, mich frage, warum wir in diesem Augenblick zusammensitzen, um über Friedensforschung zu sprechen, dann habe ich den Eindruck, daß es zu einem erheblichen Teil eine Folge der Initiative des Bundespräsidenten Heinemann ist, der sehr bald nach Amtsantritt das Problem der Friedensforschung öffentlich als ein besonders wichtiges bezeichnet hat. Ich möchte das deshalb festhalten, weil meinem Eindruck nach in dieser Initiative von Herrn Heinemann etwas liegt, was in sich seine Bedeutung hat - unabhängig davon, ob es uns mit der Friedensforschung im einzelnen jeweils glückt oder nicht. Damit ist im politischen Raum in unserem Lande etwas geschehen in einer Sache, die zwar bereits vorher in Gesprächen von Menschen, die besorgt waren oder in der Politik Untersuchungen anstellten, behandelt worden ist, die aber immer ein bißchen als problematisch und nicht wirklich seriös angesehen wurde.

Jetzt ist diese Sache in ihrer Seriosität auf einmal einem großen Teil der öffentlichen Meinung bewußt geworden, und das finde ich ein Positivum. Dagegen empfinde ich gegenüber dem, was Friedensforschung inhaltlich sein kann und ist, zunächst eine ganze Reihe von Fragezeichen, die ich in meinem Referat zum Teil auch setzen werde. Wir haben jetzt ja nicht so sehr darüber zu reden, welche politische Relevanz diesem Bewußtwerden der dominierenden Bedeutung der Friedensproblematik zukommt, sondern wie man darüber wirklich Forschung anstellen kann. Die Worte Forschung und Wissenschaft sind im öffentlichen Bewußtsein unserer Zeit bisher ziemlich eindeutig mit positiven Vorzeichen verbunden, und die Annahme, daß es so etwas wie Friedensforschung geben kann, ist eine Formulierung der Meinung, daß Friede etwas ist, worüber man ernsthaft und sinnvoll nachdenken kann.

Wie kann aber in diesem Bereich Forschung wirklich aussehen? Ich habe den Eindruck - und was Herr Körber gerade gesagt hat, hängt ja mit demselben Problem zusammen;- , daß es Friedensforschung nicht als eine besondere Disziplin der Wissenschaft neben anderen Disziplinen gibt. Darin steht die Friedensforschung wiederum nicht allein. Friedensforschung kann im Grunde nur heißen, diejenige Art von Wissenschaft zu treiben, die von dem praktischen Gesichtspunkt bestimmt ist, Frieden möglich zu machen, Frieden herzustellen. Friedensforschung scheint mir also mehr ein Name für einen integrierenden, die Aktivität leitenden Gesichtspunkt der Wissenschaft zu sein als für eine besondere Wissenschaft. Die Friedensforschung wird deshalb notwendigerweise interdisziplinär sein. Wie ist das aber zu machen?

Lassen Sie mich als einen Vergleich dazu die Medizin anführen. Die Medizin ist ein Komplex von Wissenschaften, die nicht etwa deshalb in einer Fakultät vereinigt sind, weil sie eine Einheit in der besonderen Abgrenzung des Gebietes fänden. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die sowohl von Medizinern wie von Nichtmedizinern behandelt werden können. Das Gemeinsame in der Medizin ist der Gesichtspunkt auf Heilung, auf Gesundheit. Gesundheit wird in der Medizin in eins mit Krankheit thematisiert. Gesundheit wäre überhaupt kein Thema, wenn sie nicht problematisch wäre. Deshalb ist die Wissenschaft von der Gesundheit zugleich die Wissenschaft von der Krankheit. Und diese Wissenschaft manifestiert sich in dem Neben- oder Ineinander von Diagnose und Therapie. Man macht die Diagnosen nicht aus rein wissenschaftlichem Interesse, sondern um der Therapie willen. Man kann in vielen Fällen die Therapie nicht ansetzen ohne eine gute Diagnose.

Friede ist in diesem Vergleich das Analogon zur Gesundheit. Das Analogon zu Krankheit wäre beispielsweise Krieg. Man verwendet aber heute gern einen umfassenderen Begriff und spricht von Konflikt. So hat man jetzt in unserem Lande eine Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung gegründet. Diese Namen finden sich an vielen Stellen. Herr Röling bemüht sich, den Frieden dadurch zu fördern, daß er ein polemologisches Institut leitet. Dabei handelt es sich doch um genau dieselbe Problematik.

Auch die Besonderheit unserer geschichtlichen Situation, insbesondere im Felde der großen Politik, scheint mir durch die Initiative von Bundespräsident Heinemann ins Bewußtsein gerückt worden zu sein, daß Friede heute in einem ausgezeichneten Sinn, und zwar in einem anderen Sinn als in vergangenen Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten, das Fundamentalthema geworden ist. Als meine eigene Überzeugung möchte ich hier die These aussprechen, daß Friede, und zwar der Weltfriede, das Fundamentalthema der Politik, sagen wir, des nächsten halben Jahrhunderts ist. Wenn die Zusammengehörigkeit von Frieden und Krieg oder von Frieden und Konflikt so fundamental ist wie die von Gesundheit und Krankheit, ist damit zugleich gesagt, daß Krieg in einem ausgezeichneten Sinne das zentrale Thema der nächsten fünfzig Jahre sein wird. Und das ist in der Tat meine Meinung.

Man würde die Friedensforschung von vornherein ganz anders anlegen, wenn ein großer Weltkrieg keine Gefahr wäre. Jedenfalls ist das, was ich dazu sagen will, wesentlich bestimmt von der Überzeugung, daß für die nächsten fünfzig Jahre ein großer totaler Weltkrieg das Wahrscheinliche ist. Dieser Weltkrieg wird die Menschheit nicht ausrotten, eben deshalb wird er geführt werden. Darauf müssen wir uns vorbereiten, und deshalb hat die Anstrengung der Friedensforschung wesentlich daran orientiert zu sein, diesem Unglück zu begegnen. Das ist eine bestimmte Auffassung von Friedensforschung. Man kann aber auch anderer Ansicht sein.

Wie kann man nun versuchen, Wissenschaften unter einem solchen pragmatischen Gesichtspunkt zur Zusammenarbeit zu bringen? Wie ist diese Integration möglich? Wie kann und muß man sie versuchen? Ich habe hier ein Papier vor mir, das von dem hier heute ebenfalls anwesenden Herrn Meyer-Abich verfaßt ist, mit dem ich in der letzten Zeit sehr intensiv über das Problem der Friedensforschung zusammengearbeitet habe. Ich werde aus diesem Papier zum Teil wörtlich zitieren, weil darin weitgehend die Positionen ausgedrückt sind, in denen wir uns einig fühlen.

Wenn wir vom interdisziplinären Charakter der Friedensforschung sprechen: Welche Wissenschaften sind dabei ins Zusammenspiel zu bringen? Die Disziplinen, die in der Friedensforschung zu integrieren sind, sind alle Humanwissenschaften im weitesten Sinne, insbesondere Internationale Beziehungen, Politik, Völkerrecht, politische Geschichte und Geistesgeschichte, einschließlich Geschichte von Wissenschaft und Technik, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft, Psychologie, Anthropologie, Biologie - zum Beispiel Verhaltensforschung und Humangenetik; -, Philosophie und Theologie. Dabei sollten diese Wissenschaften keineswegs ihre eigenständige Existenz aufgeben; denn sie sind ja jeweils durch theoretische Ziele bezeichnet. Vielmehr sollten sie unter einem primär praktischen Ziel zu einem Zusammenspiel gebracht werden. Wie hier Theorie und Praxis zusammenhängen, ist dabei selbst ein Thema dieser Wissenschaft, wenn man so will, ein philosophisches.

Nach welchen Kategorien können nun die Aufgaben der Friedensforschung systematisiert werden? Ich schließe mich hier der Einteilung von Herrn Meyer-Abich an. Bei den einzelnen Punkten handelt es sich jeweils um Alternativen beziehungsweise um zwei-, vier- oder fünffache Einteilungen.

Der erste Punkt ist die Gegenüberstellung von Frieden und Nichtkrieg. Dabei ist Nichtkrieg zwar ein notwendiges, aber noch kein hinreichendes Kriterium für den wahren Frieden. Man könnte schon über diese Unterscheidung lange nachdenken. Wenn, wie ich bereits sagte, ein großer, ein totaler Weltkrieg irgendwann in den nächsten fünfzig Jahren wahrscheinlich ist, dann ist zweifellos schon der Nichtkrieg, das heißt die Vermeidung dieser Weltkatastrophe, ein großes positives Ziel. Die Frage, wie dieses Ziel - für sich genommen - anzuvisieren ist, führt dann in einen Bereich der politischen Theorie, welche davon ausgeht, daß es sich beim Frieden nicht darum handle, Konflikte überhaupt, sondern nur eine bestimmte Form des Austrags von Konflikten zu vermeiden. Ich selber habe mich in den vergangenen zwölf Jahren in dieser Richtung oft geäußert. Dabei ist mir wichtig gewesen, daß gegenüber diesen Äußerungen gerade von der jüngeren Generation vielfach Kritik geübt worden ist. Es wurde gesagt, das alles sei nur das Reden von einem Zustand, der zum Beispiel durch das Fehlen eines großen Krieges charakterisiert ist. Das sei aber gar nicht der wahre Frieden.

Es handelt sich hier um etwas, das viel tiefer geht, nämlich um die Schaffung eines in Wahrheit friedlichen Zustands. Hier gebrauche ich nun das Wort Wahrheit, das uns in unseren Überlegungen ständig begleiten wird. Ich bin der Überzeugung, daß man dieses Wort gar nicht vermeiden kann; es ist aber nicht leicht herauszuarbeiten, was man damit meint. Daran würde sich dann die Frage anschließen: Was kann unter einem solchen wahren Frieden verstanden werden im Vergleich zu dem, womit sich die Praxis der Politik durch Jahrhunderte und Jahrtausende immer wieder hat zufrieden geben müssen, nämlich dem bloßen Nichteintreten von Krieg? Ein äußerliches Kriterium ist noch immer, daß der große Weltkrieg, der heute möglich ist, sollte er stattfinden, vermutlich eine solche Katastrophe bedeutet, daß zumindest danach jedermann wissen wird, daß sich diese Katastrophe nie wiederholen darf.

In der Forderung, diesen Krieg zu vermeiden, ist also eine Permanenz des Friedenszustandes postuliert, die früher für vollkommen unmöglich gehalten wurde. Diejenigen Menschen, die an der Vergangenheit und an der noch bestehenden politischen Situation ihren Realismus prüfen, könnten eine solche Forderung aus guten Gründen als schlechterdings unmöglich bezeichnen. Es geht also um einen Zustand, in dem der Krieg, zumindest bestimmte Formen des Krieges, überhaupt eliminiert sind und nach menschlichem Ermessen nicht wiederkommen können. Das ist eine Folge der technischen Entwicklung, im wesentlichen der Waffenentwicklung allgemein. Einer der schwierigsten Aspekte unseres Themas liegt in der Frage: Wieweit können die sozialen und die politischen Formen,

unter denen die Menschheit lebt, im Gefolge der bereits eingetretenen irreversiblen Veränderung der Technik ebenfalls irreversibel verändert werden?

Der Einwand auch gegen diesen Gedanken könnte darin bestehen, daß etwa die Vorstellung, die Figur des Staates als Machtgebilde auf die ganze Welt zu verallgemeinern und einen Weltfrieden dadurch zu integrieren, daß eine Macht errichtet wird, die den Weltkrieg faktisch durch Macht verhindert, daß dieses möglicherweise die Extremform des eingefrorenen Konflikts und insofern gerade nicht des Friedens wäre.

Die Friedensforschung von heute muß sich unter dem Aspekt dieser Problematik auf wenigstens drei Teile konzentrieren. Ein Teil der Friedensforschung muß im Entwerfen von Utopien bestehen, das heißt von möglichst präzise durchdachten Modellen, wie ein Zustand der Welt aussehen könnte, in dem die Gefahr eines großen Krieges oder auch kleinerer Kriege minimalisiert ist.

Eine zweite Funktion besteht in dem auf die Gegenwart bezogenen realistischen politischen Denken, das im eigentlichen Sinne vorwiegend außenpolitisches Denken ist. Das ist die Frage: Wie kann im Augenblick, da die Utopien nicht verwirklicht sind und wir auch den Weg zu ihrer Verwirklichung nicht sehen, der Frieden, den wir jetzt haben, bewahrt werden, auch wenn wir diesen Frieden unter einer strengeren Fragestellung vielleicht nur als einen Waffenstillstand bezeichnen? Daran anschließend - das möchte ich davon nicht trennen - muß man überlegen, welche Wege es gibt, um den heutigen Zustand in einen Zustand überzuführen, der dem in den Utopien angestrebten Endzustand näher sein könnte.

Ich habe allerdings den Eindruck, daß die Phase des Näherrückens an eine Stabilisierung des Weltfriedens - die wir in den fünfziger und sechziger Jahren gehabt haben - jetzt von einer Phase des Fernerrückens dieses Zustands abgelöst wird. Ich glaube, daß eine Analyse der Weltpolitik heute guten Grund gibt zu der Annahme, daß der große Weltkrieg, dessen Ausbrechen für das Jahr 1970 eminent unwahrscheinlich ist, nicht in demselben Maße unwahrscheinlich ist für 1980 oder 1990. In diesem Sinne wäre Friedensforschung so etwas wie in der Medizin die Diagnose einer sich fortschreitend verschlechternden Krankheit.

Der dritte Aspekt in diesem Zusammenhang bestünde darin zu untersuchen, was sich in diesem Organismus, der unter dieser Krankheit leidet, ändern muß - abgesehen von dem Kurieren am Symptom, zu dem wir heute nur fähig sind, und von dem großen abstrakten Entwurf einer Gesundheit, wie er in den Utopien gegeben ist. Was sind die Gründe für die Schwierigkeiten, die uns in die Lage bringen, in der wir uns nach meiner jetzigen Behauptung heute befinden oder in den nächsten zehn, zwanzig, dreißig Jahren befinden werden? Damit nähern wir uns noch einmal auf eine andere Weise der Thematik der Friedensforschung, über die ich gleich noch etwas mehr sagen werde.

Ich komme nun zu einem zweiten Punkt der Einleitung. Hier ist ebenfalls eine Alternative genannt, nämlich die zwischen Ursachen und Lösungsmöglichkeiten von Konflikten. Zunächst entspricht diese Unterscheidung etwa der von Diagnose und Therapie. Man fragt nach den Ursachen, weil man die Konflikte nicht lösen kann, wenn man nicht weiß, woher sie kommen. Das ist Diagnose, die in der Hoffnung gestellt wird, den ihr zugrunde liegenden Zustand zu ändern. Die Friedensforschung entspricht insofern der Denkweise des technischen Zeitalters, als sie versucht kausal zu denken, in der Hoffnung, nach Erkenntnis der Ursachen durch Anwendung bewußt geplanter Maßnahmen diese Ursachen zu eliminieren oder ihre Wirkungen aufzuheben.

Dabei ist aber auch darauf zu achten, daß hier nicht mehr von Krieg oder von Weltkrieg, sondern von Konflikten im Plural die Rede ist. Hier ist das Thema der Konfliktdurchzogenheit des Menschen als ganzes ins Auge gefaßt. Es handelt sich nicht darum, die Konflikte überhaupt abzuschaffen. Ich glaube erstens nicht, daß das möglich ist; das ist eine anthropologische These. Ich glaube zweitens nicht, daß das wünschenswert ist; das ist eine ethische These. Vielmehr handelt es sich darum, Formen zu finden, in denen Konflikte - und zwar nicht nur diejenigen, die in einen Weltkrieg ausarten könnten, sondern sehr viele andere Konflikte auch - so, um einen Terminus der Verhaltensforscher zu gebrauchen, ritualisiert werden können, daß sie die positiven Wirkungen, für welche der Konflikt im menschlichen Leben notwendig ist, so weit wie möglich entfalten können und gleichzeitig ihre zerstörerischen Wirkungen so weit wie möglich verhindern.

In einem dritten Punkt geht es um eine Vierereinteilung. Das, was hier über Konflikte zu sagen ist, kann nämlich erstens gesagt werden in bezug auf die Vergangenheit, zweitens in bezug auf die Gegenwart und mittelfristig für die Zukunft - also soweit sie bereits in der Reichweite unserer konkreten Planung und nicht unserer abstrakten Phantasie liegt;-, drittens langfristig für die Zukunft und viertens immer.

Der vierte Punkt ist insofern bemerkenswert, als damit zum Ausdruck gebracht wird, daß es so etwas wie allgemeine Gesetzmäßigkeiten gibt, zum Beispiel Gesetzmäßigkeiten der menschlichen Gesellschaft oder der menschlichen Psyche. Ob es solche Gesetzmäßigkeiten gibt, darüber kann man streiten; es gibt mit Sicherheit Gesetzmäßigkeiten der Natur, nach denen Atombomben heute und in hundert Jahren vermutlich auf genau die gleiche Weise, das heißt nach denselben Naturgesetzen funktionieren werden. Gibt es also gewisse Strukturen der menschlichen Gesellschaft oder Psyche, die nicht nur für bestimmte Zeiten Geltung besitzen, sondern allgemeingültig sind? Die für die Vergangenheit zweifellos als realistisch zu bezeichnende Ansicht, daß es immer Kriege geben wird, ist eine solche Behauptung. Die Ansicht, daß dieses nicht realistisch bleibt, ist ein Angriff auf eine bestimmte Anwendung des Denkens in allgemeinen Kategorien und der Versuch, es zu ersetzen durch ein im engeren Sinn geschichtliches Denken.

In concreto wird die Friedensforschung im Hinblick auf die Vergangenheit historische Forschungen betreiben. Bei den Punkten zwei, also der Fragestellung in bezug auf die Gegenwart und mittelfristig für die Zukunft, und drei, das heißt langfristig für die Zukunft, geht es um eine Forschung, die stärker mit dem Versuch operiert, allgemeine Gesetzmäßigkeiten so zu formulieren, daß innerhalb dieser Gesetzmäßigkeiten der Spielraum für die Gestaltung neuer Strukturen sichtbar wird. Zwischen diesen beiden Denkweisen, der historisch ausgerichteten und der gegenwarts- und zukunftsbezogenen, besteht ein Konflikt.

Ich erinnere mich an eine Diskussion auf der 9. Jahrestagung des Institute for Strategie Studies, die in Oxford stattfand, in der der Friedensforscher Boulding der historischen Forschung geradezu vorwarf, den Krieg zu perpetuieren, indem sie durch Untersuchungen darüber, wie es in der Vergangenheit war, den Eindruck erwecke, daß es nicht anders sein könne, und dadurch die historisch gewordenen Herrschaftssysteme stärke. Demgegenüber warfen ihm die Historiker vor, daß er durch den Wunsch, von der Geschichte abzusehen, alles das vernachlässige, was man realisieren könne, und sich auf das beschränke, von dem die zukünftige Geschichte nachweisen werde, daß man es nicht habe realisieren können.

Diese Kontroverse ist ein Teil des notwendigen Konflikts der Konfliktforschung, des notwendigen Krieges der Friedensforscher. Ich meine das nicht ironisch. Wenn die Friedensforschung die pragmatische Absicht hat, einen Zustand zu erreichen, der bisher nicht bestand, wenn sie also die Welt verändern will, dann hat sie damit die Absicht, zahllose Interessen zu verletzen, nämlich diejenigen, die ihre Befriedigung in dem bestehenden Zustand finden. Wer nicht verletzen will, kann nicht Friedensforschung treiben. Auf der anderen Seite wird derjenige, der dieses Verletzen nicht in einer der Wahrheit der Verhältnisse entsprechenden Weise vornimmt, nicht nur 'vested interests' verletzen, sondern genauso sich selbst und die Leute, die ihm folgen. Denn er wird nichts erreichen, sondern nur die fürchterliche Gefahr falscher Utopien heraufbeschwören, Utopien, die in Wirklichkeit die Menschheit ins Unglück jagen.

Deshalb ist die wissenschaftliche Integration gerade zwischen einer aktions- und zukunftsbezogenen Friedensforschung auf der einen und einer historischen Forschung auf der anderen Seite dringend notwendig. Diese Integration ist nur in der Form von Streitgesprächen wirklich möglich. Dabei wäre es nicht uninteressant, in der Geschichtswissenschaft unter den Gesichtspunkten, die unsere jetzige Situation enthält, gewisse klassische Fragen neu aufzuwerfen. Es gehört ja zu den Grundbedingungen der Geschichtswissenschaft und auch der historischen Hermeneutik, daß im Grunde jede Generation genötigt ist, die Geschichte neu zu schreiben, weil sie mit Problemen konfrontiert wird, die frühere Generationen vergessen hatten, die sie aber auf einmal auch in der Vergangenheit aufspürt.

Dabei darf die Lehre des geschichtlichen Denkens nicht vergessen werden, daß man jede Epoche, jede Kultur, jede Gruppe, jeden Menschen von ihren eigenen Voraussetzungen aus verstehen muß und nicht in naiver Weise die Vorurteile des heutigen Tages auch für Vorurteile jener vergangenen Zeit halten darf. Das ist eine interessante, spannungsvolle Aufgabe, und hier ist ein Beitrag der Geschichtswissenschaft zur Friedensforschung und der Friedensforschung zur Geschichtswissenschaft möglich. Von den auf die Zukunft und die Gegenwart bezogenen Fragen werde ich gleich noch sprechen.

Ich komme jetzt zum letzten Punkt in der Einteilung von Herrn Meyer-Abich. Da werden fünf verschiedene Arten von Konflikten unterschieden, die alle Gegenstand der Konfliktforschung sein müssen, und zwar auch dann, wenn man nur an der Vermeidung oder Eindämmung des großen Krieges interessiert ist, was ich als das leitende Motiv für mich bekenne. Trotzdem wird man sich für alle fünf Konflikte interessieren müssen, die im folgenden genannt werden.

Erstens: Konflikte zwischen Staaten; zweitens: Innerstaatliche Konflikte zwischen Gruppen; drittens: Innerstaatliche Konflikte, wo auf der einen Seite Gruppen beziehungsweise die Gesellschaft und auf der anderen Seite der einzelne stehen; viertens: Konflikte zwischen Personen, und fünftens: Konflikte innerhalb des einzelnen.

Was die ersten vier Punkte angeht, so wird jeder von uns so viele Beispiele für diese Arten von Konflikten kennen, daß ich das nicht weiter auszuarbeiten brauche. Unter Punkt fünf geht es um Probleme, mit denen sich Anthropologie und Psychologie beschäftigen. Es ist zugleich der Bereich, in dem sich die altherwürdigen Denkweisen der Ethik und der Religion bewegen.

### **Löwenthal**

Nach dem umfassenden Überblick, den Herr von Weizsäcker eben über die derzeitige Friedensforschung gegeben hat, werde ich mich auf ein engeres und kontroverseres Thema beschränken: Ich will versuchen, bestimmte Tendenzen in der Friedensforschung zu analysieren, die ich für gefährlich halte, und auf wichtige Lücken hinzuweisen, die nach meiner Meinung dringend ausgefüllt werden sollten.

Ich gehe aus von dem Schock der Erfindung der Kernwaffen und der damit gegebenen Möglichkeit totaler Vernichtung, der die Entstehung der modernen Friedensforschung verursacht hat. Sie hat sich unter diesem Anstoß von Anfang an in zwei Hauptrichtungen entwickelt. Ausgehend von der Analyse der möglichen Konsequenzen eines Nuklearkrieges und der Herausstellung der moralischen Verantwortung besonders auch der Naturwissenschaftler, die an der Schaffung dieser Waffen beteiligt waren, haben einerseits frühe Friedensforscher die These aufgestellt, die Anwendung und Androhung von Gewalt sei unter den neuen Umständen als Mittel staatlicher Politik untauglich geworden; die entscheidende Aufgabe sei nun, diese Erkenntnis durchzusetzen.

Gleichzeitig haben sich andere Friedensforscher mit der Frage beschäftigt, wie man die Eigendynamik der neuen Waffen so weit politisch zähmen könne, daß auch in der näheren Zukunft, solange also die Staaten fortfahren, ihre Konflikte mit den Mitteln traditioneller Machtpolitik auszutragen, das Risiko begrenzt und ein nuklearer Weltkrieg vermieden würde. Aus diesen Bemühungen sind die Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, zur Stabilisierung des Gleichgewichts der nuklearen Supermächte mit Hilfe eines immer mehr verfeinerten Kalküls abgestufter gegenseitiger Abschreckung, zur Beherrschung akuter weltpolitischer Krisen durch Kommunikation zwischen den Gegnern und zur Verhinderung von Zufallskatastrophen hervorgegangen.

Beide Forschungsrichtungen haben sich zunächst nebeneinander entwickelt, und ihre Beiträge haben viele Jahre lang in den einschlägigen Zeitschriften verhältnismäßig friedlich koexistiert. In den letzten zehn Jahren jedoch hat sich der Gegensatz zwischen ihnen zunehmend verschärft.

Diese Verschärfung war eine Folge der Veränderung der weltpolitischen Situation, die etwa seit Mitte der fünfziger Jahre allmählich in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen ist. In der öffentlichen Meinung des Westens - und es handelt sich ja bei der Friedensforschung im wesentlichen um eine westliche geistige Entwicklung - hatte im ersten Nachkriegsjahrzehnt die Gefahr der totalen Zerstörung durch einen nuklearen Krieg vorerst weniger im Vordergrund gestanden als das Bewußtsein einer unmittelbaren Gefahr, die dem Westen wirklich oder angeblich vom Osten drohe. Die Veränderung des Klimas begann mit dem Genfer Gipfeltreffen von 1955, das eine Art gegenseitiger Verständigung der Supermächte über die Existenz eines Gleichgewichts des Schreckens und damit die Erkenntnis der verantwortlichen Staatsmänner brachte, daß ein Generalangriff der Sowjets auf den Westen ebenso unwahrscheinlich sei, wie umgekehrt ein Generalangriff des Westens auf die Sowjetunion. Sie setzte sich fort, als Chruschtschow auf dem XX. Parteitag im Jahre 1956 aus dieser Verständigung die ideologische Konsequenz zog, die friedliche Koexistenz der entgegengesetzten Systeme als langfristiges Prinzip sowjetischer Politik zu proklamieren, und als die Veränderungen des sowjetischen Systems im Zuge der Entstalinisierung zunehmend ins Bewußtsein des Westens traten.

So wuchs im Westen die Überzeugung, daß die Gefahr aus dem Osten nicht in dem Sinne akut sei, wie es der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und Westeuropa jahrelang angenommen hatte. Um so mehr empfand man nun die Disproportion zwischen dieser verringerten Gefahr und den weiterhin anwachsenden Rüstungslasten, und um so stärker wurde die Sorge vor den mit der bloßen Existenz der neuen Waffen automatisch gegebenen Risiken.

Damit aber entstand ein scharfer Gegensatz zwischen denen, die den Frieden durch eine Lösung der Konflikte auf der Grundlage des grundsätzlichen, notfalls auch einseitigen Verzichts auf Anwendung und Androhung von Gewalt anstrebten, und denen, die weiterhin das Schwergewicht ihrer

Bemühungen auf die Technik der Risikobegrenzung im Rahmen traditioneller Machtpolitik durch Rüstungskontrolle, Abschreckung und crisis management legten. Es entwickelte sich eine wachsende Kritik der radikalen Friedensforscher und - ich sage dies ohne abwertenden Unterton - der Friedenspropagandisten oder Friedensaufklärer an jenen Theoretikern der Rüstungskontrolle und Abschreckungsstrategie, die im Zusammenhang ihres Denksystems gezwungen waren, das "Feindbild" aufrechtzuerhalten. Die Kritik richtete sich jetzt also nicht mehr nur gegen die Tatsachen der Rüstung; selbst, ihre materiellen Lasten und implizierten Risiken, sondern auch gegen jene Theorien über die Natur des Gegners, die mit der Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmen.

Insbesondere wurde jene Theorie des "Totalitarismus" kritisiert, die diesen als etwas Unveränderliches darstellte und deren Anhänger die tatsächlichen Veränderungen; seit Stalins Tod nicht vorausgesehen hatten. Kritik wurde auch an den Konzepten der strategischen Abschreckung geübt, die in immer wachsender Verfeinerung von den zivilen strategischen Theoretikern - etwa der Schule von Herman Kahn - ausgearbeitet wurden. Diese Konzepte zeichnen sich, politisch gesehen, dadurch aus, daß der Gegner darin niemals in seiner konkreten Gestalt erscheint: Vielmehr wird ein abstrakter "Modellfeind" angezielt, dem jede Eigenschaft fehlt außer derjenigen, der vorgegebene Feind zu sein.

In der Kritik an diesen Vorstellungen hat sich nun die eine Schule der Friedensforscher radikalisiert und versucht, die hinter diesen einseitigen Theorien stehenden gesellschaftlichen Ursachen aufzuzeigen. In diesem Bemühen hat sie ihre grundsätzliche Kritik des "militärisch-industriellen Komplexes", der "Rüstungsgesellschaft", des "Drohsystems", der Abschreckung, der "organisierten Friedlosigkeit" und des "lernpathologischen" Verlustes der Fähigkeit zur Erkenntnis der Realität entwickelt.

Ich habe soeben einige der in der heutigen Diskussion weit verbreiteten, polemisch intendierten Begriffe aufgezählt, die zum Teil mit großem Scharfsinn begründet und in einen Systemzusammenhang gebracht worden sind. Diese Kritik der radikalen Richtung der Friedensforschung an der unkritischen Verabsolutierung des Ost-West-Konflikts und die darauf aufbauende Entwicklung einer "dahintergreifenden" Ideologie- und Gesellschaftskritik scheinen mir nun aber zunehmend zu einer bloßen, unkritischen Umkehrung der von ihr bekämpften Fehlanalysen zu führen. Diese Gefahr möchte ich an einigen Beispielen aufzeigen.

Ich beginne mit der Kritik an der Abschreckung als "Drohsystem". Hier ist zunächst festzuhalten, daß der Begriff des Drohsystems ursprünglich von Konfliktforschern wie Boulding nicht in diesem speziellen Zusammenhang, sondern als eine allgemeine und formale Kategorie möglicher Typen von Beziehungen zwischen Gruppen, Parteien oder Staaten entwickelt wurde. Drohsysteme in diesem Sinne hat es in der Tat zu allen Zeiten und auf allen Ebenen gegeben, wenn immer ein Gleichgewicht entgegengesetzter Interessen durch gegenseitige Drohungen aufrechterhalten wurde. Auch das Abschreckungssystem des "Gleichgewichts des Schreckens" ist in der Tat ein Drohsystem in diesem Sinne. In der populären Polemik ist dem Abschreckungssystem aber dieser Name angehängt worden, als ob in diesem Begriff nicht nur eine der typischen, wiederkehrenden Formen der Beziehungen zwischen Menschengruppen, sondern etwas grundsätzlich Neues und an sich Böses läge.

Nun läßt sich zeigen, daß jeder der gewiß unvollkommenen Friedenszustände, die wir in der Geschichte der Menschheit gehabt haben, in diesem Sinne auf einem Drohsystem beruhte, insofern er nämlich auf einem Machtgleichgewicht basierte. Selbstverständlich wird ein solcher Zustand ungleich gefährlicher, wenn die Drohung, mit der dabei implizit oder explizit operiert wird, die nukleare Drohung unserer Tage ist. Aber an sich ist die Existenz von Drohsystemen in der Außenpolitik nichts Neues, sondern die bisherige Norm.

Eine weitere Einseitigkeit der Kritik liegt darin, daß sie im allgemeinen einen entscheidenden Unterschied verwischt, nämlich den zwischen der Gewaltdrohung als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele und der Drohung als Gegendrohung gegen die Anwendung von Gewalt durch andere. Die Drohung mit Gewalt als Mittel, bestimmte Ziele zu erreichen, ist in der Tat nur graduell von der direkten Gewaltanwendung verschieden. Dagegen ist die Drohung als Gegendrohung: "Wenn du Gewalt anwendest, so wirst du mehr Gewalt erleiden" in der Geschichte häufig ein Faktor der Friedenserhaltung gewesen.

Dem liegt die Tatsache zu Grunde, daß es einen "positiven Frieden", eine gesicherte Friedensordnung, im Sinne der Ausführungen von Herrn von Weizsäcker bisher nie gegeben hat. Vielmehr hat es bisher immer nur einen "negativen Frieden", eine Vermeidung kriegerischer Gewaltakte zwischen Staaten, gegeben, die durch ein Machtgleichgewicht, also durch die Implizite Drohung mit Gegengewalt gegen den Friedensstörer, aufrechterhalten wurde. Es gab und gibt also friedenserhaltende und friedensgefährdende Drohungen. Diese Unterscheidung zwischen politischer

Erpressung und Gleichgewichtspolitik ist in einer bestimmten Literatur der neueren Zeit systematisch verwischt worden.

Lassen Sie mich ein zweites Beispiel für die Ideologisierung einer Richtung der Friedensforschung geben. Sie ignoriert die konkrete Natur des hypothetischen Gegners des Westens genauso, wie es die von ihr kritisierte "strategische Theorie" tut. Die "strategische Theorie", so sehen wir, hat es mit einem abstrakten Modellfeind zu tun und zieht nicht in Betracht, wie sich der faktisch vorhandene und anvisierte Gegner in seinem Verhalten ändert.

Die ideologisch radikalisierte Richtung der Friedensforschung dagegen beschäftigt sich ausschließlich mit dem Splitter im eigenen Auge, nämlich mit den gesellschaftlichen Problemen, die innerhalb der westlichen Welt zu Rüstungsaufwand, Militarismus und Realitätsverlust in der Betrachtung des Gegners führen. Sie sieht sich aber den Gegner selbst - wieweit dieser sich wirklich verändert hat und welche Politik er wirklich verfolgt - überhaupt nicht an. So wie die abstrakte Totalitarismustheorie, die Ideologie vom "Weltkommunismus" als Allfeind, unfähig war, die Entstalinisierung oder den russisch-chinesischen Konflikt vorauszu sehen, genauso wenig war diese ideologisierte Schule der Friedensforschung in der Lage, Vorgänge wie die Besetzung der Tschechoslowakei vorauszu sehen: Sie hat einen "Realitätsverlust" eigener Art zu verzeichnen.

Ich will noch ein drittes Beispiel anführen. Ein sehr angesehener und verdienstvoller Friedensforscher, Johan Galtung, geht in einem vorjährigen Aufsatz über "Violence Peace and Peace Research" von der durchaus sinnvollen Gleichsetzung von Frieden mit Abwesenheit von Gewalttätigkeit aus. Bei der Definition der Gewalttätigkeit versteht er unter Gewalt nun aber nicht nur physische Gewaltausübung - was er "personal violence" nennt;-, sondern er bezieht auch das mit ein, was er "structural violence" nennt, nämlich jedes gesellschaftliche System, in dem Individuen an der vollen Entfaltung ihres physischen und psychischen Potentials gehindert werden. Diese Art der Gewalt glaubt er in jedem System zu erkennen, in dem eine ungleiche Verteilung der Macht und der materiellen Hilfsquellen besteht.

Ich diskutiere hier nicht die Berechtigung einer egalitären gesellschaftlichen Zielsetzung als solche, obwohl mir die von Galtung gewählte Formulierung als Utopie im strikten Sinn des Wortes erscheint, nämlich als etwas, das grundsätzlich nicht zu verwirklichen ist. Ich glaube nämlich - um ein Wort von Herrn von Weizsäcker aufzunehmen;-, daß es "anthropologisch unmöglich" ist, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die Macht nicht ungleich verteilt ist. Wenn ich aber einmal der allgemeinen egalitären Tendenz, die sich in dieser Definition ausdrückt, zustimme und von meiner Kritik an ihrer extremen utopischen Formulierung absehe, bleibt die Tatsache, daß das Ziel einer egalitären Gesellschaft mit dem Ziel einer Gesellschaft ohne Krieg und ohne internationale Gewaltausübung jedenfalls definitorisch nicht identisch ist. Es gibt Zusammenhänge zwischen ihnen, die man untersuchen kann, aber es besteht keine begriffliche Identität, die man im Wege der Definition im voraus postulieren könnte. Wenn man das tut, ideologisiert man das Problem des Friedens so sehr, daß es praktisch unlösbar wird.

Auf der Grundlage dieser deflatorischen Gleichsetzung von Überwindung der Gewalt als Mittel internationaler Politik mit Überwindung der als "strukturelle Gewalt" verstandenen Ungleichheit in der gesellschaftlichen Ordnung wird von manchen - nicht von Galtung selbst - bereits die Konsequenz gezogen, man müsse die Gewalt als Mittel sanktionieren, um dieses Ziel zu erreichen. Aus der Friedensforschung wird dann Revolutionsforschung, eine Revolutionstheorie etwa im Sinne dessen, was Herr von Weizsäcker über die Rechtfertigung der Gewalt als Mittel zur Herstellung idealer Zustände gesagt hat. Damit verkehrt sich der Sinn dieser Art von Friedensforschung in das Gegenteil der ursprünglichen Intention.

In welcher Richtung sehe ich nun die vordringlichen Aufgaben? Eine Friedensforschung, die den Menschen dienen will, darf sich zwar nicht auf den negativen Friedensbegriff beschränken, aber sie muß doch von ihm ausgehen. Als erste Aufgabe geht es nach wie vor um die Überwindung der Gewalt als Mittel nationaler staatlicher Politik. Auch in Abwesenheit des Nuklearkrieges ist die Gewalt als ein solches Mittel in unserer Zeit in hohem Grade präsent. Die Nuklearmächte schrecken sich zwar gegenseitig ab und versuchen, den großen Krieg zu vermeiden. Sie haben aber viele Formen gefunden, um Angriffe gegen Dritte oder durch Vermittlung von Dritten beziehungsweise durch Unterstützung von Revolutionen oder Antirevolutionen durchzuführen. Hier besteht ein unmittelbares Lebensproblem nicht nur für die von den jeweiligen Teilkriegen Betroffenen, sondern für uns alle, weil dabei immer die Gefahr der Eskalation gegeben ist.

Die Friedensforschung tut gut, sich von diesem unmittelbaren Problem des "negativen Friedens", wie er abschätzig genannt wird, nicht allzu weit zu entfernen. Sie sollte an den Satz denken, den ein kluger und zynischer früher Theoretiker der internationalen Beziehungen, Edward Hallett Carr, im



Jahre 1939 schrieb, daß nämlich "der Friede nicht das oberste Ziel staatlicher Politik sein könne". Damit meinte er, daß jeder Staat in Frieden leben kann, wenn er den anderen Staaten in allen Fragen nachgibt.

Die wirklichen Probleme staatlicher Politik bestehen immer darin, an welchem Punkt der betreffende Staat eine Konfliktfrage für so wichtig hält, daß er ihretwegen bereit ist, Gewalt anzuwenden beziehungsweise einen Krieg zu riskieren. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren, und zwar nicht, weil ich mir das als Maxime zu eigen machen möchte - wir forschen ja nicht vom Standpunkt des einzelnen Staates aus;- , sondern weil die Fragestellung fruchtbar ist, welche Staaten für welche Ziele zur Gewaltanwendung und Kriegführung bereit sind.

Hier zeigt sich meines Erachtens ein enger Zusammenhang zwischen den politischen und gesellschaftlichen Systemen auf der einen und der Kriegsgefahr auf der anderen Seite. Da gibt es etwa das Problem der Rüstungsgesellschaft, des militärisch-industriellen Komplexes oder des Imperialismus im marxistisch-leninistischen Sinne. Als eine der Aufgaben der Forschung ist es durchaus legitim zu fragen - worauf es dogmatisch im voraus keine Antwort gibt;- , wieweit unserem westlichen System die Tendenz zur außenpolitischen Gewaltanwendung "immanent" ist und in welchem Sinne.

Was systemimmanent genannt wird, kann nämlich mindestens drei unterschiedliche Bedeutungen haben: einmal, was aus dem System heraus zwangsläufig notwendig ist; so wird dieser Begriff im allgemeinen in der marxistischen Kritik des Kapitalismus gebraucht. Zweitens, was in diesem System eine starke, gesellschaftlich begründete, aber nicht notwendig zum Siege kommende Tendenz ist. Schließlich kann damit das gemeint sein, was in diesem System möglich ist, wenn bestimmte Personen zufällig zur Macht kommen.

Eine differenzierte Analyse der gesellschaftlichen Faktoren, die in den entwickelten westlichen Gesellschaften wirksam sind und die in die Richtung auf Gewalt drängen oder Möglichkeiten dazu eröffnen, ist sicher eine der großen Aufgaben der Friedensforschung. Eine zweite wichtige Aufgabe besteht darin, die von kommunistischen Einpartei-Staaten regierten Systeme zu analysieren und dabei wiederum nicht dogmatisch aufgrund der Theorie des Totalitarismus zu urteilen, sondern aus der wirklichen Entwicklung heraus die Stärke solcher expansiven Tendenzen festzustellen, sie zu verfolgen und ihren Veränderungen nachzuspüren. Drittens sollte die Stärke von Gewalttendenzen in Entwicklungsländern, die weder zu der einen noch zur anderen Gruppe gehören, studiert werden.

Der Einfluß gesellschaftlicher Veränderungen auf die internationale Politik der Staaten ist das für das Verständnis der Gewaltfaktoren unmittelbar wichtigste Gebiet, das in der bisherigen Friedensforschung weder quantitativ noch qualitativ genügend entwickelt ist. Es verdient eine viel größere Betonung, nicht etwa anstelle der anderen Ansätze - von der Rüstungsforschung bis zur Psychologie;- , aber neben ihnen und an prominenter Stelle. Auf dieser Grundlage sollte es auch möglich sein, konkrete Konfliktlösungen vorzuschlagen und Modelle zu entwickeln.

Nach der etwas ausführlicheren Kritik am Anfang und der mehr skizzenhaften positiven Äußerung zuletzt möchte ich zum Schluß noch einmal auf meine Feststellung zurückkommen, daß man vom negativen Friedensbegriff oder, besser gesagt, von einem Minimumbegriff des Friedens ausgehen sollte. Ich stimme allen Friedensforschern zu, daß man dabei nicht stehenbleiben kann. Selbstverständlich muß die Herausarbeitung einer dauerhaften Friedensordnung und der Bedingungen für eine solche Ordnung ein zentrales Problem der Friedensforschung sein.

Dies scheint mit dem identisch zu sein, was Herr von Weizsäcker seit einigen Jahren als Welt-Innenpolitik bezeichnet, nämlich mit der Überwindung der Situation, in der die Staaten aufgrund der Struktur des Staatensystems grundsätzlich frei sind, Gewalt gegeneinander anzuwenden. Wir müssen aber nicht nur daran arbeiten, uns eine solche Alternative im Sinne einer Weltregierung auszumalen, wie das Freunde des Friedens immer getan haben, sondern wir haben die konkrete Frage zu stellen, welche Hindernisse zu überwinden sind, um zu einer solchen Lösung zu kommen.

Ich habe den Eindruck, daß wir an einem Punkt angelangt sind, wo die traditionellen Hindernisse einer solchen Entwicklung, insbesondere die des Egoismus und des Nationalismus der einzelnen Staaten, relativ schwächer geworden sind gegenüber den Barrieren, die auf den Gegensätzen politischer, ideologischer und gesellschaftlicher Systeme beruhen. Ein schwierigeres Hindernis als diesen "Gegensatz der Systeme", wie er heute besteht, kann ich mir für die Entwicklung zur Weltregierung nicht vorstellen.

Daher wird Friedensforschung im Sinne des positiven Friedensbegriffes in eminentem Maße Konvergenzforschung sein müssen. Diese ist aber nicht das gleiche wie die Propaganda von

Konvergenzoptimismus. Sie ist Forschung in dem Sinne, daß sie untersucht, welche Voraussetzungen dafür bestehen und durch welche Politik sie gefördert werden können.

### **Carstens**

Man könnte die Diskussion in drei Hauptabschnitte gliedern. Zunächst sollten wir über den Friedensbegriff diskutieren. Das birgt allerdings die Gefahr in sich, daß man ins Uferlose gerät. Dennoch halte ich es für unerlässlich, sich zu den verschiedenen Friedensbegriffen - dem negativen, dem positiven, dem wahren Frieden - kritisch oder ergänzend zu äußern.

In einem zweiten Abschnitt würde ich vorschlagen, über die Schwerpunkte innerhalb der Friedensforschung zu sprechen. Die beiden Referenten haben eine Fülle von Disziplinen, Themen, Gegenständen, Projekten genannt, mit denen sich die Friedensforschung befassen sollte. Hierher gehört auch die Kritik, die Herr Löwenthal an bestimmten Richtungen der Friedensforschung geübt hat. Weiterhin wäre die Frage von Bedeutung, ob der Übergang von der mittelfristigen in die langfristige Friedensforschung ein Schwerpunkt sein sollte.

In einem dritten Abschnitt sollten wir dann Einzelfragen diskutieren, die in die beiden anderen Gruppen nicht hineingehören, angefangen von der These Herrn von Weizsäckers, daß für die Jahre 1980 bis 1990 weniger günstige Prognosen für die Bewahrung des Weltfriedens zu stellen sind als für das Jahr 1970, bis hin zu der Ansicht, daß eine ernste Gefahr aus dem Nord-Süd-Konflikt droht und anderes mehr.

### **Glubrecht**

Der Friedensbegriff ist schwer zu definieren. Meistens geht man von seinem Gegenbegriff, dem des Krieges, aus und meint, daß der Krieg etwas klar Definiertes sei. Auch das ist indes nicht der Fall. Das zeigt sich schon daran, daß hier von Krieg, von Konflikten oder von Gewaltanwendung die Rede war. Das Problem des Krieges ist deshalb so komplex, weil der Krieg in: der bisherigen geschichtlichen Entwicklung durchaus zur Schaffung von Werten und zur Beeinflussung des menschlichen Verhaltens auch in positivem Sinne beigetragen hat. Er ist vorläufig aus unserer Wertsetzung noch nicht wegzudenken.

Zur Gewaltanwendung wäre zu fragen, ob man diesen Begriff auf reine Waffengewalt beschränken kann oder wieweit etwa wirtschaftliche Zwänge eine Vorstufe zum kontinuierlichen Übergang in den offenen Konflikt bilden. Bevor man sich über den Frieden unterhält, müßte man sich über diese Begriffe des Nichtfriedens klar werden. Erst dann kann man ermessen, wie schwer es ist, dem Begriff des Friedens einen positiven Inhalt zu geben und in ihm nicht nur die Abwesenheit von Krieg zu sehen.

### **Grossner**

Inwiefern sind Konflikte konstitutiv für den Frieden? Ich möchte auf die Definition von Konflikten eingehen, die Herr von Weizsäcker gegeben hat. Allerdings glaube ich, daß diese Definition der impliziten Definition von Konflikten bei Herrn Löwenthal entspricht. Herr von Weizsäcker sagt richtig, daß es nicht darum gehen kann, Konflikte prinzipiell auszuschalten. Vielmehr meint er, sie müßten ritualisiert werden. Wie läßt sich aber eine solche Realisierung, das Ausscheiden der zerstörerischen Potentiale in Konflikten, mit wissenschaftstheoretischen Gründen und Kategorien, die intersubjektiv nachprüfbar sind, vollziehen? Wie lauten die Kriterien für zerstörerisch? Wer bestimmt die Trennungslinie zwischen zerstörerisch und produktiv?

Ich finde, daß dem Ansatz Herrn von Weizsäckers ein psychologisierender Begriff von Konflikten zugrunde liegt, der eine Zementierung des Status quo herbeiführen kann. Herrn von Weizsäckers Konfliktarten waren außer den Konflikten zwischen Staaten solche zwischen innerstaatlichen Gruppen, zwischen Einzelpersonen und Konflikte im Innern der Person. Politische Konflikte und persönliche Konflikte reduziert Herr von Weizsäcker eindimensional und unpolitisch auf den Satz: Der wahre Grund für die Weltkriege liegt in den seelischen Konflikten, die die Menschen mit sich selbst austragen. Friede wird verinnerlicht: Der wahre Friede liegt in der Seele des Menschen.

Diese Art von Konfliktdefinition hebt die realen Gründe für die Entstehung von Konflikten in der Gesellschaft und die gesellschaftlichen Bedingungen für die Entstehung von Kriegen auf die Ebene der Psychologie. Das hat schwerwiegende Folgen für mögliche Strategien, Konflikten zu begegnen. Wenn man glaubt, daß der wahre Grund für den Weltfrieden in der Seele des Menschen liegt, dann wird man eher psychologisierende, im idealistisch-philosophischen Sinn aufklärerische Strategien für

adäquat halten, um zerstörerisches Konfliktpotential auszuschalten: Konflikte werden in der Realisierung eingefroren, ohne daß Interessen der Privilegierten verletzt werden.

Dieser wissenschaftstheoretische Ansatz läßt außer acht, inwiefern die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen mit den Kriterien vermittelt werden kann, die die Entstehung und jede Steuerung von Konflikten - oft auch unbewußt - bestimmen.

### **Freiherr von Weizsäcker**

In einer Welt, in der man die Realitäten, die ich für die eigentlichen halte - also die des Bewußtseins und der unbewußten, individuellen und kollektiven Seele;-, nur unter dem Terminus psychologisch beschreiben kann, muß der Eindruck entstehen, daß mein Begriff vom Frieden ein psychologischer sei.

Zum Wissenschaftstheoretischen will ich nur sagen: Es gibt keine Wissenschaftstheorie vor der Wissenschaft, und es gibt keine Wissenschaft vor konkreten wissenschaftlichen Behauptungen, die zur Diskussion gestellt werden. Deshalb lag mir mehr daran, Behauptungen auszusprechen, die noch nicht wissenschaftlich sind, aber eine Hoffnung bieten, wissenschaftlich zu werden.

### **Litten**

Herr von Weizsäcker bezeichnete die Friedensforschung in erster Linie als Diagnose einer sich ständig verschlechternden Krankheit. Nun werden die Krise und schließlich der Exitus nicht dadurch erträglicher, daß man beschreibt, wie sich die Krankheit immer mehr verschlimmert. Wenn mir also jemand sagt, daß im Jahre 1980 oder 1990 mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Weltkrieg zu erwarten ist, dann ist es mir gleichgültig, ob diese Wahrscheinlichkeit mit einer oder zwei Stellen hinter dem Komma berechnet wird. Wichtiger ist es, Therapien zu zeigen, welche die Katastrophe verhindern können.

Die Friedensforschung muß insofern theoretisch bleiben, als sie die Therapien nicht selber realisieren kann, sondern dafür einen Adressaten braucht. Dieser Adressat sind politische Instanzen, die an bestimmten, auch militärischen Konflikten durchaus ein Interesse haben, solange dadurch nicht der allgemeine Weltkrieg ausgelöst wird.

Der Zweck einer solchen Friedensforschung kann auch in einer Stabilisierung der Gesellschaft bestehen, indem man behauptet, zwar einen Weltkrieg zu vermeiden, dafür aber bestimmte Konflikte in Kauf nehmen zu müssen. Das wird deutlich, wenn man sagt: wer nicht verletzen will, kann keinen Frieden wollen. Positiv ausgedrückt heißt das: Wer den Frieden will, muß verletzen wollen. Dann möchte ich aber wissen: Wer verletzt wen und auf wessen Kosten?

Wenn man Frieden als Abwesenheit von Gewalt definiert und dann behauptet, verletzen zu müssen, so ist Verletzung doch nichts anderes als die Konsequenz von Gewalt. Es ist also Gewalt am Werke, wenn man Frieden herstellen will. Deshalb sollte man die Friedensforschung nicht verharmlosen; denn im Grunde genommen handelt es sich hierbei um Strategien, mit denen Gesellschaften oder auch Gruppen einen bestimmten Anspruch durchsetzen wollen.

So wie Herr von Weizsäcker Friedensforschung in seinem enzyklopädischen Aufriß versteht, scheint sie mir eine parasitäre Wissenschaft zu sein. Denn alles, was in dem großen Katalog erwähnt worden ist, leisten bisher schon andere Wissenschaften. Nun ist es sicher legitim, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Wissenschaftler zu entwickeln. Aber man sollte darauf verzichten, hier den Begriff von einer besonderen Disziplin anzubieten, wenn es nur darum geht, interdisziplinäre Forschung zu betreiben. Mit diesem Problem haben wir uns in der Hochschulreform schon jahrelang beschäftigt.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich stimme Herrn Litten zu, daß Friedensforschung einen politischen Adressaten braucht. Ich wollte aber heute von denjenigen Anläufen sprechen, die gemacht werden, um die Friedensforschung in der Breite als wissenschaftliches Thema zur Geltung zu bringen.

Herr Litten hat meine Meinung wiederholt, daß Friedensforschung keine Spezialwissenschaft sein kann, sondern nur einen bestimmten Gesichtspunkt in die Arbeit der Wissenschaften hineinbringen soll. Dazu ist allerdings zu sagen, daß unsere Wissenschaften vielfach nicht interdisziplinär arbeiten, sondern es nur behaupten; denn interdisziplinäre Arbeit kann nur durch Probleme und nicht durch Absichtserklärungen zustande gebracht werden. Die Wissenschaften haben aber allesamt versäumt, über den Frieden nachzudenken.

Natürlich will ich die negative Diagnose und Prognose einer sich verschlimmernden Krankheit nicht auf Prozente hinter dem Komma ausrechnen. Wenn man nicht den Gründen des Unglücks auf die Spur kommt, kann man sich alle kurzschlüssigen Therapien sparen. Es wäre für die Wissenschaft förderlich, diese Ursachen im Sinne einer langfristigen Programmatik zu untersuchen.

Damit wird man zwar einen Weltkrieg im Jahre 1980 nicht verhindern können; aber wenn er nicht stattfinden sollte, wird diese Arbeit vielleicht dazu dienen, um ihn im Jahre 2000 zu verhindern. Sie wird überhaupt nützlich sein: denn dieser Weltkrieg bedeutet nicht das Ende der Menschheit; gerade deshalb wird er stattfinden. Die falsche Dramatisierung ist hier der Grund einer falschen Beruhigung.

### **Ebert**

Ich halte es für wichtig, daß Herr von Weizsäcker auch die innenpolitischen Konflikte in seine Überlegungen mit einbezogen hat. Ich befürchte nämlich, daß die Friedens- und Konfliktforschung in der Öffentlichkeit primär als eine Analyse der internationalen Beziehungen verstanden wird. So wichtig die Erhaltung des Friedens zwischen den Staaten beziehungsweise die Vermeidung des Schießkrieges auch sein mag, so müssen wir uns doch darüber im klaren sein, daß die Verluste an Menschenleben in innenpolitischen Konflikten nicht geringer sind als die Opfer infolge außenpolitischer Auseinandersetzungen.

Wenn wir aber den innenpolitischen Konflikt mit einbeziehen, dann kommen wir mit dem negativen Friedensbegriff oder dem Begriff des Minimalfriedens, des Schweigens der Waffen, nicht aus. Sie würden zur Konservierung des Status quo führen. Ein Beispiel: In einem Gespräch in Montgomery machte 1956 ein weißer Südstaatler Martin Luther King den Vorwurf: Ihr Pfarrer seid Aufwiegler und Ihr habt uns mit dem Busboykott den Unfrieden nach Montgomery gebracht. Die Antwort von King war: Was Ihr bisher hier hattet, war nur ein negativer Friede. Was wir aber schaffen müssen, ist ein positiver Friede der sozialen Gerechtigkeit, also ein Friede, der die strukturelle Gewalt beseitigt.

Wir kommen somit um den Begriff des positiven Friedens nicht herum. Es kann ein Schritt zur Herstellung des positiven Friedens sein, latente Konflikte aufzudecken, also aufzuwiegeln. Ich stimme Herrn von Weizsäcker zu, wenn er sagt: Wer nicht verletzen will, kann keinen Frieden schaffen. Das heißt, wer nicht bereit ist, latente Konflikte offenbar zu machen, kann keinen Frieden gewinnen. Die Frage ist natürlich, mit welchen Methoden das geschehen soll. Das ist eines der zentralen Probleme der Friedensforschung.

### **Gantzel**

Die Unterscheidung von negativem und positivem Frieden ist - abgesehen davon, daß sie der Zeit des Kalten Krieges entstammt und diesem selber noch zugehört - eine recht pragmatische. Es gibt viele Fälle, in denen die Zustände, welche die beiden Begriffe bezeichnen, interdependent, ebenso aber auch unvereinbar sein können. Sicherlich dürfen wir in unseren Bemühungen den sogenannten negativen Frieden, die reine Kriegsverhinderung, auf keinen Fall vernachlässigen. Ich kann mir aber keine Friedensforschung vorstellen, die in ihren Bezugsrahmen nicht den positiven Frieden theoretisch mit einbezieht. Sonst kann die Konzentration bloß auf den negativen Frieden - zum Beispiel durch Drohpolitikzwecks Abschreckung - den Abbau sozial bedingten Unfriedens verhindern, zumindest stark erschweren. Das müßte bei der Institutionalisierung der Friedensforschung ebenfalls berücksichtigt werden.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich habe die höchst paradoxe Situation hervorzuheben versucht, daß wer den Frieden will, in bestimmter Weise den Konflikt wollen muß. Wichtig ist dabei die Unterscheidung von notwendigen und zu vermeidenden Konflikten. Ich habe den Satz zitiert: "Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen." Von demselben Autor stammen noch die Worte: "Selig sind die, die den Frieden machen" und: "Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert." Erst alle drei Äußerungen zusammen machen das Problem sichtbar.

Einerseits ist das, von dem hier unter dem Begriff Friede die Rede ist, mit dem Glauben an das, was das Schwert genannt wird, unvereinbar. Andererseits fügt es diesem Glauben, der mit sich selbst zufrieden ist, eine solche Verletzung zu, daß diese nur als das Schwert erlebt werden kann. Ob damit gemeint ist, daß man, um den Frieden einzurichten, politisch und militärisch Gewalt üben muß, das müssen wir untersuchen.

### **Litten**

Wenn Sie zwischen zu fördernden und zu vermeidenden Konflikten unterschieden, Herr von Weizsäcker, und wenn die Rede davon war, daß bestimmte Konflikte auch in einer befriedeten Gesellschaft aufrechterhalten werden sollten, weil sie die Spontaneität begünstigen, dann frage ich mich, wie man solche Konflikte abgrenzen kann. Solange nicht alle Beteiligten den Konflikt als solchen akzeptieren, sondern viele ihn als eine Art Herrschafts- oder Unterdrückungsakt auffassen, wird man kaum davon reden können, daß ein solcher Konflikt aufrechtzuerhalten ist. Wenn zum Beispiel der Tarifkonflikt von den Sozialpartnern als Konflikt verstanden wird, dann trägt er dazu bei, den Arbeitsfrieden zu garantieren. Das heißt, er wirkt konstituierend für den Frieden. Wenn aber eine der beteiligten Gruppen diesen Konflikt aufgrund der in der Gesellschaft bestehenden Normen und Rechte als Unterdrückung versteht, dann wird man ihn nicht als Konflikt gelten lassen können.

Es müssen also Konflikte, die einzelne Gruppen an ihrer Entfaltung hindern, vermieden werden. Konflikte sind immer unter der Frage zu sehen, ob sie innerhalb eines bestehenden Wertsystems akzeptiert werden können. Solange derjenige, der Herrschaft ausübt, auch definiert, was Frieden ist, stellt sich die Frage, ob dann den Konfliktpartnern überhaupt das Recht und die Möglichkeit eingeräumt werden kann, einen Konflikt als solchen anzusehen. Wenn zum Beispiel innerhalb einer befriedeten Diktatur bestimmte Konflikte als nicht vorhanden gelten, das heißt, wenn der Diktator den Frieden diktiert, kann dann in einem solchen System überhaupt unterschieden werden, welche Konflikte zu vermeiden und welche zu fördern sind?

### **Löwenthal**

In einer dynamischen Gesellschaft entstehen normalerweise immer wieder neue Konflikte. Für eine Zukunftsgesellschaft können uns nur die Formen, die diese Konflikte annehmen, interessieren.

Sie sagen nun, Herr Litten: Wenn man verletze, um den Frieden zu fördern, dann sei das immer "Gewalt", und es komme nur darauf an, gegen wen die Gewalt gerichtet sei. Das beruht aber auf einer extensiven Gewaltdefinition. Wenn Sie jede Verletzung des Besitzstandes einer gesellschaftlichen Gruppe als Gewalt bezeichnen, dann ist natürlich keine soziale Veränderung ohne Gewalt möglich. Aber damit haben Sie das Problem dogmatisch im Wege der Definition beantwortet, statt es sachlich zu untersuchen.

Hier geht es um die konkrete Frage, ob wir gesellschaftliche Veränderungen auf einem anderen Wege als dem des Blutvergießens herbeiführen können. Diese Frage wird man aber nicht grundsätzlich für alle Fälle positiv beantworten können.

Damit komme ich zu der Grundfrage, die Herr Ebert aufgeworfen hat. Soll man sich mit einer Friedensdefinition begnügen, welche die Gewaltanwendung durch Staaten nach außen betrifft, oder muß man die innere Gewalt mit einbeziehen? Wenn Sie die innere Gewalt mit einbeziehen, müssen Sie zugestehen, daß es Fälle gibt, in denen Gewaltanwendung für soziale Fortschrittsideale, die die meisten von uns teilen, unvermeidlich ist; der gesellschaftliche Fortschritt kann nicht in allen Gesellschaften gewaltlos erreicht werden.

Ich ziehe daraus die Konsequenz, daß ich analytisch die Frage des Friedens von dem Problem der sozialen Gerechtigkeit trenne. Ich beschränke mich also in der Friedensforschung auf die internationalen Beziehungen; und ihre innergesellschaftlichen Determinanten, und ich will nicht den inneren Frieden im Sinne der inneren Gewaltlosigkeit zu einem Thema der Friedensforschung machen.

Sicherlich sollen sich die Menschen in den Ländern, in denen die Friedhofsruhe der Diktatur herrscht, nicht "um des Friedens willen" damit abfinden. Ich halte revolutionäre Gewalt in Ländern, wo gesellschaftlicher Fortschritt auf andere Weise nicht möglich ist, durchaus für gerechtfertigt. Ich bin aber nicht bereit, die Anwendung von Gewalt als Mittel der internationalen Politik zu rechtfertigen. Da mache ich einen Unterschied; denn dort sind die Konsequenzen und auch die Rechtfertigungsgründe andere.

Ich sehe es für den gesellschaftlichen Fortschritt nicht als notwendig an, daß Großmächte, die sich als fortschrittlich deklarieren, überall in der Welt intervenieren. Das Ziel; die Gewalt als Mittel der internationalen Politik zu überwinden, ist in sich selbständig und gerechtfertigt. Dagegen ist das Problem der inneren Gewalt sehr, viel schwieriger und nicht a priori zu entscheiden.

### **Altmann**

Heute sind aber beide Fragen miteinander verschränkt. Zum Beispiel kann Gewaltanwendung eines Staates mit Bürgerkrieg in einem anderen Staat verbunden sein. Die Intervention ist eines der großen Probleme des Völkerrechts.

**Löwenthal**

Das fällt unter meine Definition der Verletzung des Friedens. Dabei handelt es sich nämlich um Gewaltanwendung durch einen Staat außerhalb seiner Grenzen.

**Menke-Glückert**

Ist das mit friedlicher Koexistenz identisch?

**Löwenthal**

Für die Sowjets offenbar und für die Amerikaner anscheinend auch.

Die Gewaltanwendung durch einen Staat zur Erreichung politischer Zwecke - ob sie nun in der Form eines direkten Krieges zwischen Staaten oder durch Interventionen in Bürgerkriegen erfolgt - ist das Gegenteil von Frieden im Sinne meiner Minimumdefinition. Die Überwindung dieser Situation ist für mich der zentrale Gegenstand der Friedensforschung. Dagegen ist die Gewaltanwendung im Inneren von Staaten, unabhängig von äußerer Einwirkung, in manchen Situationen legitim und in anderen nicht. Deshalb klammere ich sie aus der Definition aus.

Damit bin ich noch einmal bei der Minimumdefinition. Ich habe mich im Laufe dieser Diskussion davon überzeugt, daß man das Wort "negativer Friede" nicht mehr gebrauchen sollte, weil es dieselbe abwertende Wirkung hat, wie das Wort "falsche Humanität" im Munde Wilhelms II., wo schließlich niemand mehr wußte, was die echte ist. Was man negativen Frieden nannte, nämlich die Nichtanwendung von Gewalt durch einen Staat außerhalb seiner Grenzen, ist ein sehr positives und gleichzeitig außerordentlich dringendes Ziel.

Herr Gantzel sagte nun, man könne dieses Ziel gar nicht verfolgen, ohne zugleich den weiterreichenden Friedensbegriff einer Endordnung zu haben, weil sonst unter Umständen dadurch etwas verbaut würde. Ich möchte dem widersprechen, weil ich glaube, daß sich faktisch eine große Majorität der Menschen wohl über diesen Minimumbegriff von Frieden, keineswegs aber über irgendeinen Maximumbegriff einig ist. Ich bin nicht bereit, den Minimumbegriff von Frieden einem Maximumbegriff, um den wir uns jahrelang streiten können, zu opfern. Der Minimumbegriff ist der Ausgangspunkt, und nur wenn wir uns konsequent um ihn bemühen, können wir auch die Voraussetzungen schaffen, um zu einer Dauerlösung, zu einer Maximallösung zu kommen.

**Freiherr von Weizsäcker**

Es besteht sicherlich die Gefahr, daß man, um ein Maximalprogramm zu erreichen, auch das noch zerstört, was man hat. Das Unmoralische solchen Vorgehens wird den Menschen, die meinen, moralisch zu handeln, oft nicht bewußt. Auch den formalen Ordnungen und den Minimalprogrammen wohnt eine Moralität inne, die man anerkennen muß. Aber die geschichtliche Entwicklung, in der wir uns befinden - leicht ablesbar an der Irreversibilität unseres Machtzuwachses in der Technik;- , zwingt uns zur Veränderung.

Auch die innere Ordnung in einem Staat kann ohne den Blick auf die Komponente der Gerechtigkeit nicht gerechtfertigt werden. Wenn man den Weltfrieden nur funktional ohne das notwendige Element der Gerechtigkeit konstruiert, kann man die Menschen nicht überzeugen. Deshalb gehören Frieden und Gerechtigkeit notwendig zusammen, wenn man ein neues Minimalprogramm formulieren will.

**Bertram**

Der Friedensbegriff, um den es hier geht, ist kein abstrakter oder akademischer Begriff, sondern er ist das Ziel für eine politisch orientierte Friedensforschung. Dabei scheint mir für unsere Zieldefinition entscheidend zu sein, ob wir die pessimistische Voraussage von Herrn von Weizsäcker teilen. In diesem Falle ist es nämlich eine Zeitfrage, und in der begrenzten Zeit, die wir dann zur Verfügung haben, muß der negative Friedensbegriff im Vordergrund stehen. Dabei kommt es darauf an, den Friedensbegriff so zu definieren, daß er die vorhandenen Kräfte nicht übersteigt. Ich fürchte, daß der Ansatzpunkt von Herrn Ebert über das hinausgeht, was kurzfristig geleistet werden kann.

**Löwenthal**

Der Minimumbegriff des Friedens ist die Verhinderung von Kriegen beziehungsweise von Gewaltanwendung und -androhung als Mittel der internationalen Politik.

Herr von Weizsäcker sagte: Auch für den Minimumbegriff des Friedens, der nicht utopisch ist, braucht man Institutionen, die die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit, die Lösung innerer Probleme in der neuen übergreifenden Einheit ermöglichen. Das ist jedoch meiner Meinung nach kein Minimumfrieden, sondern ein nichtutopischer, das heißt ein realisierbarer Maximumfrieden.

Es geht Ihnen doch um den Weg, über dieses Minimum der ständigen Kriegsverhinderung hinaus zu einer Welt-Innenpolitik zu kommen. Wenn diese den Namen Frieden verdienen soll, muß sie in der Tat Mechanismen für die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit haben. Bei diesem Minimumprogramm, das ich ein realistisches Maximumprogramm nennen würde, sind die beiden Dinge tatsächlich nicht mehr zu trennen.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich habe das Minimumprogramm im folgenden Sinne gemeint: Ich kann mir zwar theoretisch vorstellen, daß zum Beispiel ein dritter Weltkrieg stattfindet, daß wir danach eine Zeit der Wirren und dann die Errichtung einer Weltdiktatur erleben. Damit könnte ein Minimumprogramm ohne alles das, was ich gefordert habe, de facto realisiert werden. Ich halte es aber für unmöglich, heute eine politische Bewegung nicht nur der Bevölkerungen, sondern auch der Regierungen in Gang zu setzen, welche das Problem des Weltfriedens lösen will, ohne zugleich eine Reihe von Forderungen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit mit aufzugreifen. Das scheint mir auch für ein Minimumprogramm unerlässlich zu sein, weil die Menschen sonst nicht motiviert werden können, das Notwendige zu tun.

### **Löwenthal**

Ich bezeichne das trotzdem als ein realistisches Maximumprogramm. Wenn man eine positive Gesamtlösung propagiert, dann muß die Frage nach der Gerechtigkeit zweifellos darin mit enthalten sein. Da stimme ich Ihnen zu. Wenn man sich aber die Aufgabe der Kriegsverhinderung stellt, darf man sie nicht mit den Fragen der sozialen Gerechtigkeit verquicken; denn sonst läßt sich jeder Krieg rechtfertigen.

### **Goldschmidt**

Ihr Minimalprogramm ist unrealistisch, Herr Löwenthal.

### **Löwenthal**

Das ist kein Programm, Herr Goldschmidt, sondern tägliche Politik, eine Aufgabe, die sich jeden Tag stellt. Und die ist nicht unrealistisch. Darum haben wir ständig zu kämpfen.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Eine Politik, die sich darauf beschränkt, wird langfristig scheitern müssen. Andererseits darf man mit dem Blick auf die Gerechtigkeit sicherlich nicht so weit gehen, daß damit jeder Krieg, jede Intervention gerechtfertigt wird.

In der Politik besteht im allgemeinen nicht die Möglichkeit, ein Schema zu entwickeln, aus dem logisch abgeleitet werden kann, was zulässig ist und was nicht. Es bleibt immer ein Entscheidungsspielraum. Ich bin nicht imstande zu sagen, wann ich eine Intervention für zulässig halte und wann nicht. Man kann keine Theorie aufstellen, die jegliche Intervention ausschließt und dafür eine Fülle anderer, vielleicht noch schlimmerer Dinge zuläßt.

### **Löwenthal**

Ich stimme Ihnen gewiß zu, Herr von Weizsäcker, daß die Konstituierung eines Weltstaates nur funktionieren kann. Wenn darin eine innere Entwicklung in Richtung auf soziale Gerechtigkeit stattfindet. Dagegen bin ich der Meinung, daß in der gegenwärtigen Staatenwelt vordringlich eine Minimumaufgabe der Kriegsverhinderung besteht; und ich ziehe es vor, daß die Amerikaner nicht für den sozialen Fortschritt gegen die brasilianische Diktatur gewaltsam intervenieren. Ich bin schon froh, wenn sie nicht gegen den sozialen Fortschritt in einem anderen Lande intervenieren. Im Interesse des Friedens würde ich derartige Interventionen nicht einmal in Griechenland für gerechtfertigt halten.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich habe nicht irgendwelche Interventionen rechtfertigen, sondern nur sagen wollen, daß wir uns hier im Bereich der Politik befinden, in dem man von Fall zu Fall überlegen muß.

Ein realistisches Minimalprogramm muß so formulierbar sein, daß man eine relevante Minorität der politisch wichtigen und wirksamen Menschen dafür motivieren kann. Wenn man, wie wir, etwas Neues konstruieren will, dann gehört zu dieser Motivation mehr als die Bewahrung eines Status quo.

### **Altmann**

In zwei Fällen ist eine Intervention heute schwer möglich. Erstens in einem Gebiet, das unter atomarer Garantie steht, und zweitens in Gebieten, die sozial, ökonomisch und auch politisch organisiert sind. Damit bleibt noch ein weiter Bereich für Interventionen übrig. Es geht zunächst darum, die Tatbestände festzustellen. Man darf nicht zu früh mit einem Pseudosystem normativ werden. Deshalb bin ich auch gegenüber einem Begriff wie Gerechtigkeit, der keinen Inhalt hat, mißtrauisch.

Der Maximalbegriff des Friedens scheint der Inbegriff aller Probleme zu sein, mit denen Gesellschaft und Staat nicht fertig werden. Dem entspricht eine Vorstellung von Friedensforschung, der ich auch skeptisch gegenüberstehe.

Friede ist sehr viel einschränkender zu definieren, als das hier bisher geschehen ist. Wenn man den Frieden nicht mehr als einen Begriff akzeptiert, der den Krieg ausschließt, dann muß dieser Begriff den Konflikt einschließen. Dann kann man aber das Problem der Gewalt nicht ausklammern.

Obwohl ich die Sehnsucht nach utopischen Entwürfen, nach konkreter Utopie für eine andere Form von Eskapismus ansehe, will ich zunächst festhalten, daß Frieden im, Gegensatz zu früher ein finaler Begriff geworden ist.

Zweitens ist er ein Aktionsbegriff geworden. Es geht nicht mehr um die Wiederherstellung eines bestimmten Zustandes, sondern es muß sich etwas Neues entwickeln, das durch Handeln zu erreichen ist.

Drittens muß Frieden, wie gesagt, Konflikt einschließen. Damit wird, hier gebe ich Herrn Litten recht, notwendig die Frage nach der Gewaltanwendung gestellt. Frieden ist immer eine Frage der Macht, und ich wundere mich, daß der Begriff Herrschaft bei Herrn von Weizsäcker nicht genannt wurde. Frieden bedeutet nach allen Erfahrungen der Weltgeschichte die Kunst, Herrschaft anzuwenden.

Heute versucht man, den Begriff Herrschaft durch das Wort System zu ersetzen. Dabei geht es aber um Herrschaft in ganz konkretem Sinne. Wenn die Juristen zum Beispiel von Rechtsfrieden sprechen, wird damit zum Ausdruck gebracht, daß Personen, die einen Konflikt miteinander haben, durch Herrschaft gehindert werden, sich den Schädel einzuschlagen, indem sie zum Gericht gehen müssen. Herrschaft zu diskriminieren ist ein Eskapismus, auf den man verzichten sollte.

Ich warne aber auch davor, den Status quo zu diskriminieren. Selbst wenn Frieden ein finaler Begriff ist, wird immer der Eindruck erweckt, als ob der Status quo möglichst bald beseitigt werden müsse. Staat und auch Recht sind immer Status quo. Wenn man das verneint, vergibt man eine große Möglichkeit, Frieden herzustellen.

Frieden bedeutet für mich das Recht auf ungestörte Entwicklung und deren Ermöglichung. Wenn zum Beispiel ein Bürgerkrieg notwendig ist, um einem Volk, einer Gesellschaft ungestörte Entwicklung zu ermöglichen, dann ist er legitim. Wenn er das nicht kann, wird er illegitim. Wenn die USA nicht mehr behaupten können, der Krieg in Vietnam sei notwendig für eine ungestörte Entwicklung dieses Landes, dann verlieren sie ihre Legitimation.

Auch der Konflikt zwischen den Tschechen und der Sowjet-Macht entstand aus der unterschiedlichen Beurteilung von ungestörter Entwicklung. Während die Sowjets die Intervention für notwendig hielten, um ihrem System eine ungestörte Entwicklung zu gewährleisten, lehnten die Tschechen diese Intervention als einen Eingriff in ihre ungestörte Entwicklung ab.

Das Völkerrecht ist immer eine Frage der Macht gewesen und wird es auch bleiben. Es kommt darauf an, die Formel von Grotius "pax absentia belli" umzukehren. Man kann den Frieden nicht mehr wie früher vom Krieg her, sondern man muß den Konflikt vom Frieden her definieren.

### **Carstens**

Beziehen Sie die Möglichkeit der Gewaltanwendung in den Friedensbegriff mit ein?

### **Altmann**

Friede ist ohne Gewaltanwendung nicht möglich.



**Carstens**

Sprechen Sie dabei von militärischer oder von einer anderen Gewalt?

**Altmann**

Auch von militärischer Gewalt.

**Löwenthal**

Zwischen Staaten oder innerhalb der Staaten?

**Altmann**

Zwischen Staaten. Auch in Zukunft werden regionale militärische Auseinandersetzungen möglich sein, wenn sie die Friedensordnung nicht stören. Solange zum Beispiel der Konflikt zwischen Israel und den Arabern regional begrenzt bleibt, könnte man ihn hinnehmen; das gleiche gilt für den Krieg zwischen zwei afrikanischen Staaten.

**Löwenthal**

Man muß ihn vielleicht hinnehmen. Aber Sie können diesen Zustand doch nicht Frieden nennen.

**Altmann**

Friede ist heute notwendig Weltfriede, der solche Konflikte einschließen muß.

**Löwenthal**

Sie haben einen noch negativeren Begriff vom Frieden, Herr Altmann: Friede als Abwesenheit von Weltkrieg.

**Litten**

Nein, Weltfriede schließt die Möglichkeit regionaler Konflikte mitein. Das ist etwas anderes.

**Löwenthal**

Herr Altmann sagte, Staat sei Status quo, und wer Staat wolle, der müsse den Status quo wollen. Das ist ein unhistorischer Begriff vom Staat. Natürlich hat insbesondere jeder Rechtsstaat einen bestimmten Status, den er nicht angetastet haben will. Aber ein funktionierender Staat, der den gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht und sich anpaßt, der sich seinen Bürgern verantwortlich fühlt, ist nicht einfach Status quo, sondern "peaceful change". Er ist Staat mit einer Maschinerie für friedliche Veränderung. Eine solche wirksame Maschinerie gibt es nicht überall. Wo sie aber existiert, da ist innerstaatliche Gewalt nicht gerechtfertigt. Wo sie nicht vorhanden ist, könnte innerstaatliche Gewalt unter Umständen legitim sein.

**Menke-Glückert**

Friede ist ein historischer Begriff, der immer auf bestimmte Kulturen und Verhaltensmuster bezogen ist. So wurde Friede bei den Griechen als eirene, als Zwischenzeit zwischen den Kriegen, gleichsam als ein unnormaler Zwischenzustand definiert. Pax romanum war ein Friede, der durch auctoritas gewährleistet wurde und Stadt- und Erdkreis umfaßte. Bei den Germanen meinte Friede, freya, das, was den freien Mann mit seinem persönlichen Glück ausmachte.

Seit dem "Sündenfall der Wissenschaft", wie es Oppenheimer formuliert hat, also seit der Existenz der Atombombe, besteht eine völlig neue Situation. Heute können wir mit einer vierzig- bis sechzigfachen "over-kill-capacity" die gesamte Menschheit ausrotten. Trotz dieser unerhörten Vernichtungskapazität - nach Analysen des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes - wurden in den letzten drei Jahren die Rüstungsausgaben noch um fünfzehn bis achtzehn Prozent im Jahr gesteigert. Nach den von Lewis Richardson gefundenen Gesetzmäßigkeiten ist absehbar, daß bei der jetzt zu beobachtenden Destabilisierung der Waffensysteme Ende der siebziger Jahre ein großer Atomkrieg ausbrechen kann. Nach den Analysen vieler Friedensforscher hat die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, in der Innen- und Außenpolitik zugenommen. Das hat die Problematik des Friedensbegriffes geändert. Es geht jetzt nicht mehr um irgendeinen Friedensbegriff, sondern um das Überleben schlechthin.

Wenn man nun den Frieden als eine Aufgabe für die Planung ansieht, als wissenschaftliche Politik, wie dies Herr Körber formuliert hat, dann ist die Frage, wie Friede geplant werden kann, in beiden Vorträgen zu kurz gekommen. Wir müßten mit Hilfe einer Kurz- und einer Langfriststrategie an Hand von konkreten Analysen der Friedensforschung allmählich geplante Friedenszustände, daß heißt friedlichere oder weniger gewaltanfällige Zustände beziehungsweise eine allmähliche Eindämmung und auch Internationalisierung der Gewaltanwendung zwischen Staaten herbeiführen.

Im Augenblick hat die Kurzfriststrategie - da stimme ich Herrn Löwenthal zu;- , also der negative Friede, für die Politik leider Vorrang, weil die Gefahr einer Katastrophe riesengroß geworden ist.

Diese Kurzfriststrategie muß aber immer in eine Langfriststrategie eingebettet sein. Die Industriegesellschaft stabilisiert sich nicht selbst, und der Zustand der sozialen Gerechtigkeit, von dem Herr Ebert sprach, ist ein Langfristzustand, der viele Zwischenphasen durchlaufen wird.

Deshalb müßte man den Friedensbegriff innerhalb der Hierarchie der Werte definieren. Man kann ihn nicht isoliert diskutieren, sondern er muß auch auf die Gerechtigkeit bezogen werden. Gerechtigkeit ist hier in dem Sinne gemeint, daß in einer friedlichen Gesellschaft keine Furcht herrscht und jeder das, was er für richtig hält, denken und tun kann, ohne Sanktionen, besonders direkte oder indirekte Gewaltanwendung, befürchten zu müssen.

Wenn Johan Galtung von der strukturellen Gewalt spricht, dann will er damit vor einer Unterschätzung der Konfliktgefahren warnen, die in einem übergroßen Sozialgefälle liegen. Man muß aber beide Extreme berücksichtigen: einmal Friede als Friedhofsruhe in der Diktatur und auf der anderen Seite den revolutionären Volkskrieg, der Gewalt zur Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit fordert.

Anthropologen haben Frieden immer definiert als einen komplizierten Zustand, in den viele Vertragswerte, Verhaltensmuster und psychologische Verfahren eingehen. In diesem Sinne braucht der Frieden eine ständige große planerische Anstrengung.

Ich möchte Frieden in drei Stufen definieren, wobei ich von der heutigen Situation ausgehe. Die erste Stufe beinhaltet eine Kurzfriststrategie, wie sie in den Gesprächen von SALT bis zu dem Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen sichtbar wird. Dadurch sollen Warnzäune aufgerichtet werden, die eine Katastrophe verhindern. Das ist Abwesenheit großer kriegerischer Auseinandersetzungen.

Die nächste Stufe besteht in der Herstellung eines Friedens, der garantiert, daß alle bewaffneten Konflikte - also nicht nur große atomare Konflikte - zwischen Staaten kontrolliert werden. Eine Reihe internationaler Abkommen sind Vorstufen hierzu: Antarktis-Vertrag, Nichtweiterverbreitungsvertrag, Giftgaskonvention als Ächtung einer bestimmten Kriegsform und so weiter.

Die dritte Stufe schließlich ist die Eindämmung und Kontrolle aller Formen der Gewaltanwendung einschließlich der strukturellen Gewalt, die eine friedliche Gesellschaft im Sinne eines Lebens ohne Furcht ermöglicht. Dies wird nur bei Änderung des jetzigen Wertsystems in der Gesellschaft, also durch eine große moralische Anstrengung möglich sein.

Alle drei Stufen müßten als Planungsaufgabe definiert werden.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Den Phasen, die Sie nennen, Herr Menke-Glückert, würde ich mich anschließen. Die neuere Richtung der Friedensforschung sagt aber: Man kann nicht hoffen, zuerst durch kurz- und mittelfristige Maßnahmen das größte Unglück zu vermeiden, um dann die Konfliktquellen auszuräumen. Vielmehr müsse man zunächst die Konfliktquellen beseitigen - mit welchen Mitteln auch immer;- , und erst dann könne man Friedenssicherung betreiben.

### **Menke-Glückert**

Alle drei Strategien sind gleichzeitig ins Werk zu setzen. Man kann keine Kurzfriststrategie formulieren, ohne die Langfriststrategie ständig im Blick zu haben. Es gibt aber Prozesse, wie die einer Bewußtseinsänderung der politischen Führung und der Bevölkerung, die Zeit brauchen.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich möchte drei Definitionsversuche für Frieden vorlegen. Erstens ist Friede der Leib einer Wahrheit wobei Leib eine etwas metaphorische Sprechweise für Konkretheit ist. Mit dem Begriff Wahrheit ist gemeint, daß wahrer Friede - im Unterschied zum bloßen Vermeiden eines Konflikts - das ist, was eintritt, wenn die Menschen ihre wahren Interessen erkennen.

Das führt zu meiner zweiten Definition: Friede ist eine Möglichkeit des Lebens. Der Friede, den Martin Luther King und Montgomery gestört hat, war auch ein Friede, denn er war ebenfalls eine Möglichkeit des Lebens. Aber King erkannte zu Recht, daß dieser Friede schon deshalb attackiert werden mußte, weil er nicht halten würde. Dieser Angriff war also nötig. Er wurde von ihm zwar gewaltlos geübt, war aber im Sinne der bestehenden Gesellschaftsordnung verletzend.

Bei meiner dritten Definition geht es mir um das Verhältnis von Frieden und Konflikt. Friede ist nicht das Nicht-Auftreten von Konflikten, sondern die Überwindung der Konflikte durch Reife. Das ist insbesondere eine Kritik an denjenigen psychologisch-pädagogischen Ansichten, die meinen, man mache den Menschen dadurch friedfertig, daß man ihm in der Kindheit die Konflikte erspart. Ich halte das für falsch. Man kann allerdings Kinder so sehr Konflikten aussetzen, daß sie nicht mehr reifen können. Die eigentliche Leistung der Friedensstiftung liegt in der Reifung, die die Konflikte verarbeitet. Und die Produktivität des Konflikts besteht in der Ermöglichung einer Reifung, die nie eintritt ohne das, was man englisch einen challenge nennt.

### **Kohnstamm**

Wenn man bei der Therapie davon ausgeht, daß Friede und Gerechtigkeit zusammenhängen, dann ist der Unterschied zwischen dem negativen und dem positiven Frieden nicht sehr groß. In beiden Fällen ist Friede ohne "peaceful change" nicht zu erreichen, und man muß nach Institutionen suchen, die eine "Realisierung" mit möglichst geringer Gewaltanwendung durchführen.

Will man dagegen den "wahren" Frieden erreichen, dann geht es um einen Zustand, in dem weder Herrschaft noch Institutionen und Rechtsregeln mehr notwendig sind und der Mensch von seiner Entfremdung genesen ist. In der einen Therapie sucht man, ausgehend vom Bestehenden, die Instrumente für "peaceful change". In der anderen hingegen erstreben wir den vollkommen guten Menschen - ein Abstraktum, das für mich immer etwas Unmenschliches an sich hat.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich habe das Wort "wahrer Friede" nicht im Sinne einer Lösung aller menschlichen Probleme gebraucht. Insbesondere habe ich nicht die Befreiung des Menschen von der Entfremdung gemeint; denn Entfremdung ist ein anderer Name für unersetzliche Konflikte. Ich kann in der Auflösung der Entfremdung nur ein eschatologisches Ziel sehen, das hier nicht anzustreben ist, sondern uns allenfalls als Gnade zukommt. Trotzdem sind wir gezwungen, das auf die Ebene des planvollen Handelns zu senken, was uns bisher als eschatologisch erschienen ist.

### **Glubrecht**

Kriege und alle Arten von Konfliktaustragung sind für den Menschen deshalb attraktiv und mobilisierend, weil mit ihnen ein - sei es auch nur eingebildetes - mehr oder weniger klares Ziel angestrebt werden kann.

Ein Friedensbegriff hat nur dann einen Sinn, wenn er positive Zielsetzungen impliziert, die den Menschen in stärkerer Weise aktivieren können, als es Konflikte und Kriege tun. Der technische oder wirtschaftliche Fortschritt als solcher bietet sicherlich kein sinnvolles Ziel, wie die Geschichte gezeigt hat. Solche Zielsetzungen könnten vielleicht in der Gestaltung der menschlichen Umwelt und der zwischenmenschlichen Beziehungen bestehen.

Im Sinne der Definition von Herrn Altmann kann man Friede als Zustand einer ungestörten Entwicklung verstehen. Die philosophischen Definitionen von Herrn von Weizsäcker - Friede als Leib einer Wahrheit oder als eine Möglichkeit des Lebens - halte ich für treffender. Zusammenfassend könnte man sagen: Friede ist der Leib einer Wahrheit möglichen menschlichen Lebens im Sinne einer Selbsterfüllung des Menschen und einer ihm gemäßen Gestaltung seiner Umwelt. Inwieweit schließt die Verwirklichung einer solchen Zielsetzung Gewaltanwendung in der einen oder anderen Form ein?

### **Goldschmidt**

Herr Löwenthal zitierte den Satz, daß der Friede nicht oberstes Ziel sein könne, sondern in Verbindung zu anderen Zielen, die man in der Regel national verfolgt, gesehen werden muß. Allerdings ist der Friede in den letzten zwanzig Jahren unter der Drohung einer völligen Auslöschung der Menschheit bereits oberstes Ziel gewesen. Darum müßte sich die Friedensforschung vor allem damit befassen, daß dieses Ziel bei einem Verlust des Gleichgewichts des Schreckens offenbar wieder verlorengeht.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Friedensbegriff anführen: Mit dem Begriff "Schalom" meint Israel mehr als das, was wir gewöhnlich unter Frieden verstehen. Schalom besagt einmal volles Heil, volle Ordnung, zugleich aber auch vollständige Ruhe. Dieses Ziel wird im Sinne des Alten Testaments eschatologisch verstanden, das heißt, es wird auf Erden nicht erreicht. Alles, was wir tun, kann sich dem Ziel nur annähern. Während unseres Äons werden Leben und Kreativität im Konflikt ständig neu geschaffen. Soziologisch gesehen, hat man sich eine Skala vorzustellen, an deren einem Ende das Nichtausgelöschtwerden, während am anderen Ende die vollständige Ruhe, aber auch die Friedhofsruhe steht. Was wir anstreben, ist, unseren Ort auf dieser Skala zu finden. Dabei wird Schalom als Doppelbegriff von Frieden und Gerechtigkeit wichtig, zwischen denen eine unauflösliche Verknüpfung besteht.

### **Löwenthal**

Damit kann man jeden Krieg rechtfertigen.

### **Goldschmidt**

Darin liegt, so können Sie umgekehrt sagen, die Schwierigkeit der Friedensforschung. Darum habe ich den Begriff der Skala gebraucht und gefragt, wo man das, was zu erreichen ist, darauf eintragen kann. Es scheint mir nicht möglich zu sein, sich allein auf den Verzicht der Gewalt als Mittel internationaler Politik zu konzentrieren, ohne sich gleichzeitig das Verhältnis von Gewalt und Gerechtigkeit im Innern zu überlegen. Ich verweise Sie auf die internationale Bewegung für soziale Gerechtigkeit, die über die nationalen Grenzen hinausgreift.

Wenn Sie Ihre Definition einem amerikanischen Studentenpublikum vortrügen, Herr Löwenthal, würde man Ihnen sagen: "Wie können Sie den Frieden nur außerhalb des Landes suchen. Wir suchen ihn als soziale Gerechtigkeit in diesem Land selber." Deshalb können wir diese Trennung nicht so vornehmen, wie Sie vorschlugen.

### **Löwenthal**

Auch amerikanische Studenten haben nicht immer recht.

### **Goldschmidt**

Die amerikanische Situation ist kaum eine des inneren Friedens. Darum wendet sich die Friedensforschung in den USA nach innen.

### **Menke-Glückert**

Die ganze amerikanische Politik ist heute nach innen gewandt. Amerika zweifelt an sich, und seinem Wertsystem.

### **Goldschmidt**

In der Verbindung der inneren Unruhe in den USA mit dem Vietnamproblem zeigt sich unabweisbar der Zusammenhang von innen und außen. Deshalb muß die Friedensforschung auch nach innen gerichtet sein, nämlich auf die sozio-ökonomische Ordnung.

Wo finden Sie aber eine solche Zielsetzung des Friedens im generellen Denken? In unseren Schulbüchern stehen noch das eigene Volk, die Nation und ähnliches im Vordergrund, aber keine Proklamation des Friedens als oberstes Ziel, als Lebens- und Überlebensnotwendigkeit. Hier wäre einiges zu leisten.

Man muß den Menschen klarmachen, daß man solche Probleme rational angehen kann, indem man die dumpfe, unbestimmte Angst in rationale Furcht vor genau beschreibbaren Gefahren auflöst und zeigt, daß es sich hier um Drohungen handelt, die man bekämpfen kann. Durch diese Art der Aufklärung ließe sich einiges über die Möglichkeiten, Grenzen und Schwierigkeiten der Demokratie sagen. Für die notwendige Bewußtseinsveränderung im Inneren hat die DDR den Ausdruck, daß sie für den Frieden kämpft. In dieser Formulierung wird die ganze Schwierigkeit, vor der wir stehen, deutlich.

### **Röling**

Wenn man vom negativen Frieden als der Abwesenheit vom Krieg spricht, muß man sich fragen, was man unter Krieg versteht. Dem Referat von Herrn Löwenthal habe ich entnommen, daß er den Krieg

als Mittel der Politik meinte. Das ist aber nur eine Erscheinungsform des Krieges und nicht immer die wichtigste. Auf dieses Problem ist zum Beispiel Anatol Rapoport in seinem Beitrag "Two Views on Conflict: the Cataclysmic and the Strategie Models" näher eingegangen. Auch ich habe mich in meiner "Einführung in die Wissenschaft von Krieg und Frieden" ausführlich damit befaßt.

Wenn es einen dritten Weltkrieg gibt, dann wird dieser nicht als Mittel der Politik im Sinne von Clausewitz, sondern eher als ein Verkehrsunfall im gefährlichen internationalen Verkehr beginnen. Strategie studies, die sich nur auf die Maßnahmen konzentrieren, um dem Clausewitz-Krieg zu verhindern, verlieren die andere, sehr viel größere Gefahr aus den Augen. Man kann versuchen - wie es auch im heutigen Drohsystem getan wird;- , dem gewollten Krieg durch Abschreckung vorzubeugen. Aber dem Krieg als Verkehrsunfall ist die Drohung kaum zugänglich. Auf die Abschreckung des ungewollten Krieges und das "deterrence problem" hat zum Beispiel Thomas Schelling in seinem Buch "Arms and Influence" hingewiesen. In diesen Zusammenhang gehört auch Wohlstetters Bemerkung in dem von Arthur Hertzog herausgegebenen Buch "The War-Peace Establishment": "the problem is to reduce simultaneously the dangers of both surprise attack and accidental war".

Die Charta der Vereinten Nationen operiert mit dem Begriff des negativen Friedens. Ihr Ziel ist es, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Die Vereinten Nationen scheinen eingesehen zu haben, daß Kriegsverbot und kollektive Sicherheit nicht ausreichen, um den negativen Frieden herzustellen, das heißt dem Krieg vorzubeugen. Wenn man den negativen Frieden möglich machen will, muß man zuvor einiges in der Welt gerechter gestalten. Ohne eine Bemühung um den positiven Frieden ist auch der negative Friede nicht möglich. Es besteht also eine direkte Beziehung zwischen diesen beiden Begriffen.

Meine nächste Bemerkung betrifft die Kritik, die junge Wissenschaftler an der Friedensforschung üben, die sie als ein Werkzeug des Establishment, also als ein Mittel bezeichnen, das durch kleine Änderungen dazu dient, den Status quo aufrechtzuerhalten. Herr von Weizsäcker hat aber zu Recht betont, daß man sich in der Friedensforschung sowohl um Maßnahmen bemühen muß, die auf der Grundlage des Status quo den Krieg zu verhindern suchen, als auch um solche Maßnahmen, die nötig sind, um den Status quo zu ändern.

Man kann unter Establishment das System souveräner Staaten verstehen. Dieses ist im Atomzeitalter gewiß untauglich. Wir müssen aber davon ausgehen, denn es wird vielleicht noch für Generationen Gültigkeit besitzen. Eine Lösung dieses Problems ist also erst langfristig zu erwarten. In diesem Sinne ist Friedensforschung als Zukunftsforschung zu verstehen. Aber die Aufgabe unserer Zeit ist es herauszufinden, was man tun kann, um in diesem System der souveränen Staaten den negativen Frieden zu erhalten.

Man kann unter Establishment ferner das Drohsystem verstehen, das ebenfalls auf die Dauer untauglich ist, aber noch für lange Zeit Bedeutung haben wird. Auch hier wäre zu untersuchen, was man tun kann, solange dieses Drohsystem besteht.

Establishment ist möglicherweise auch der Kapitalismus, in dem sich Kräfte entwickeln, die zum Kriege führen können. Vielleicht ist es in diesem System sogar unmöglich, dem Krieg auf die Dauer vorzubeugen.

Es besteht also in jedem Fall ein Unterschied zwischen Friedensforschung als Zukunftsforschung, als Forschung nach "relevant utopias", und Friedensforschung als Forschung für die Gegenwart. Auf der anderen Seite gibt es auch eine direkte Beziehung zwischen kurzfristigen Maßnahmen, die vielleicht erste Schritte zum wahren Ziel sind, und langfristigen Planungen.

### **Löwenthal**

Sie sagen, Herr Röling, das Gleichgewicht der nuklearen Supermächte könne zusammenbrechen, nicht, weil eine der Supermächte den Krieg als Mittel der Politik anwenden wolle, sondern durch einen Unglücksfall. Und dagegen würden keine kleinen Maßnahmen helfen. Gegen Unglücksfälle helfen aber nur die kleinen Maßnahmen, wie Kommunikation, Heißer Draht, Signale und so weiter.

### **Menke-Glückert**

Sie würden aber weitergehende Maßnahmen nicht ablehnen.

### **Löwenthal**

Das wirkliche Problem besteht darin, daß Gewalt als Mittel der Politik von den Supermächten unterhalb der Schwelle des großen Nuklearkrieges angewandt wird und daß dabei die Gefahr der Eskalation entsteht. Das ist aber mehr als ein Unglücksfall. Das ist eine Gefahr, die in der Logik der Gewaltanwendung als Mittel der Politik liegt.

Nun ist Herr Goldschmidt der Meinung, daß die Supermächte eine Zeitlang den Frieden bereits faktisch als oberstes Ziel anerkannt hätten und jetzt wieder davon abkämen. Ich glaube nicht, daß das der Fall ist; denn unterhalb dieser nuklearen Schwelle wird ständig Gewalt angewandt. Insofern haben die Supermächte auch bisher den Frieden nicht als oberstes Ziel der Politik anerkannt. Ich bin der Meinung, daß souveräne Staaten in unserer heutigen Staatenwelt das auch gar nicht durchführen können.

### **Goldschmidt**

Die Supermächte waren aber sehr besorgt, diese Schwelle zu definieren und einzuhalten.

### **Löwenthal**

Sie haben versucht, ihre politischen Machtziele gegeneinander zu verfolgen und gleichzeitig in diesem Punkte zusammenzuarbeiten. Das hat uns eine Zeitlang gerettet. Wenn Sie mit Herrn von Weizsäcker aus Gründen, die schon wegen der technologischen Instabilität ernst zu nehmen sind, sagen, daß dieser Zustand des Gleichgewichts gefährdet ist, dann muß ich Ihnen leider zustimmen.

### **Menke-Glückert**

Das Gleichgewichtssystem zwischen den Supermächten hat sich durch die ständige Gewaltdrohung der "flexible response" erhalten. Sobald dieses Drohsystem durch eine Destabilisierung der Waffensysteme fragwürdig zu werden beginnt, wird es kritisch. Der große Atomkrieg kann die Folge sein. Man hat bisher kein Substitut für Gewaltanwendung durch Großmächte und souveräne Staaten gefunden. Hier besteht eine große Forschungsaufgabe.

### **Röling**

Aufgrund der heutigen Waffensituation ist der Krieg als Mittel der Politik kaum noch anwendbar. Dafür ist jetzt eine Militärgewalt wirksam, die von den Staaten nicht offen ausgeübt wird, eine nationale Militärgewalt, die in den internationalen Organisationen verborgen ist.

Man sollte der Möglichkeit eines ungewollten Krieges mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn sich auch die Gefahr, daß Staaten Kriege beginnen, verringert hat, ist doch die Frage bedeutsam, wie weit sie ein mögliches Risiko einzugehen wagen.

In dieser Hinsicht sind die Verflechtungen der verschiedenen Ebenen der internationalen Politik, nämlich auf militärischem, ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet, von größter Wichtigkeit. Diese Ebenen sind interdependent, und Aggressivität ist auf allen diesen Gebieten möglich. Wenn keine militärischen Mittel mehr anwendbar sind, dann kann man doch auf ökonomischem und ideologischem Gebiet sehr aggressiv sein und dadurch große Gefahren für die Welt heraufbeschwören.

So befürwortet zum Beispiel Franz Josef Strauß in seinem Buch "Herausforderung und Antwort" eine Politik, die das Problem der östlichen Satellitenstaaten mit ökonomischen und ideologischen Mitteln lösen soll. In seiner Strategie hat die defensive europäische Atommacht den Zweck, eine militärische Reaktion auf die offensive indirekte Strategie auszuschließen. In dieser Weise will die europäische Kernmacht einer Reaktion der Sowjetunion ähnlich der in der Tschechoslowakei durch Drohung vorbeugen. Das halte ich für außerordentlich gefährlich.

Diese Probleme sollte man in der Friedensforschung eingehend untersuchen.

### **Zellentin**

Wir brauchen einen dynamischen Friedensbegriff, der der politischen Praxis verpflichtet ist und der politisches Handeln fortlaufend begleiten kann. Mit einem statischen Friedensbegriff ist dagegen wenig auszurichten. Frieden läßt sich nicht uno actu durch eine Weltverfassung sichern; das wäre Utopie, die allenfalls Motive schaffen und Orientierung geben kann. Was wir benötigen, ist ein Friedenskonzept für die Übergangsstrategie zwischen dem Status quo und einer relevanten Utopie.

Mir scheint, daß der Prozeß der friedlichen Umweltveränderung durch internationale, institutionalisierte Gemeinschaftsbildung ein solches Konzept darstellt. Internationale Gemeinschaftsbildung ist Friede, der sich pragmatisch vollzieht, in regionalen und funktionalen Teilbereichen beginnt und sich dann in Phasen und Sequenzen ausweitet, wie aus der Integrationstheorie bekannt ist. Die Zusammenarbeit zur Lösung sozialökonomischer und technischer Probleme stärkt allmählich auch den politischen Konsensus zwischen den Staaten.

Als Beispiele für eine regionale gewaltlose Umweltveränderung nenne ich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und andere regionale Organisationen. Da die Gesetzmäßigkeiten der Integration bekannt sind und man weiß, wie und in welchen Bereichen sie einsetzt und in welchen Sequenzen sie sich vertieft, läßt sie sich bewußt planen und regeln.

Die Gemeinschaftsbildung ist dazu geeignet, immer neue Regionen und funktionale Teilbereiche in der Welt zu befrieden. Das gilt ebenfalls für diejenigen, die durch die Beziehungen unterschiedlicher Gesellschaftssysteme gekennzeichnet sind, von denen Herr Löwenthal sprach. Auch zwischen Ost und West läßt sich durch funktionale Integration Konsensus herstellen.

### **Menke-Glückert**

Der Krieg ist lange Zeit als ein legitimes Mittel der souveränen Staaten angesehen worden, in dem sich gleichsam alle Energien entladen. Er war eine Art "Überdruck-Ventil" des internationalen Systems. Nachdem ständig die Gefahr der Eskalation in einen Atomkrieg besteht - Konflikte daher außerhalb der Legalität und des Völkerrechts geführt werden;- , fragt es sich, was an die Stelle des Krieges als Fortsetzung der Politik treten kann. Der Friede muß mit Phantasie und Geduld geplant werden. Bei der Kriminalisierung des Krieges kann es nicht bleiben.

Es wird eine Aufgabe der Friedensforschung sein, für die bisherige Form der kriegerischen Bewährungsfelder echte Alternativen vorzuschlagen. Dafür ist eine progressive Utopie wichtig, durch die neue Denkmodelle an die Politik herangebracht werden. Von regionalen Paktsystemen, internationalen Organisationen, die Frau Zellentin angedeutet hat, bis hin zu einer radikalen Alternative der sozialen Verteidigung, die bewußt auf die bisherigen Gewaltmaßnahmen verzichtet, sind eine ganze Reihe von Vorschlägen entwickelt worden. Sie werden zum Teil bereits praktiziert. So halte ich zum Beispiel die NATO für einen ersten Schritt zur Internationalisierung der Gewalt. Ich denke aber auch an technische und kulturelle Zusammenarbeit bis hin zu einer ständigen Konferenz der Abrüstungs- und Friedensminister, die Modelle für Konfliktlösungen ausarbeitet und anwendet.

Eine Reihe von Konflikten entstehen aufgrund schlechter Kommunikation. Ich würde auch unterstreichen, daß selbst kleine Schritte zur Vermeidung großer Katastrophen besser sind als radikale Vorschläge ohne Aussicht auf Verwirklichung. Dazu gehört auch der Versuch von Konfliktsimulationen, sei es in der internationalen Politik, sei es in der strategischen Diskussion und in der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Abrüstungsdiskussion.

### **Czempiel**

Das Verhältnis von Frieden und Gerechtigkeit ist bereits im Mittelalter ein Problem gewesen, und wir sollten nicht wiederholen, was zu überwinden schon damals als Fortschritt gegolten hat. Dazu gehören zum Beispiel die Kreuzzüge und die Existenzvernichtung um der Existenzentfaltung willen.

Für die Friedensforschung ist vor allem die Unterscheidung von national und international bedeutsam; darauf hat Herr Löwenthal bereits hingewiesen. Wenn wir die Gerechtigkeit im Auge haben und diese Unterscheidung nicht machen, dann müßten wir zum Beispiel auch zum Schwert greifen, um in den Vereinigten Staaten wegen der Ungerechtigkeiten in der Behandlung der Farbigen zu intervenieren. Dann hätten die Vereinigten Staaten das Richtige getan, als sie in Vietnam eingriffen, da das im Sinne der Gerechtigkeit geboten war, und wir müßten in die DDR einmarschieren, um dort Freiheit herzustellen.

### **Altmann**

Ihre Beispiele sind falsch, Herr Czempiel; denn wir können in den USA nicht intervenieren, weil wir die Schwächeren sind, und ebensowenig in der DDR, weil die Sowjets dahinterstehen.

### **Czempiel**

Die Gerechtigkeit als internationale Kategorie unterscheidet sich weitgehend von der Gerechtigkeit als nationaler Kategorie. Wenn man diesen Unterschied nicht macht, läuft man begrifflich in alle die Aporien hinein, die ich Ihnen eben an Beispielen aufgezeigt habe.

**Altmann**

Die modernen Staatengemeinschaften, die sich funktional und territorial bilden, bestehen aus einem ganzen System von Interventionen. Intervention bedeutet keineswegs immer Waffengewalt, sondern wird zum Beispiel auch im internationalen Währungssystem wirksam.

**Czempiel**

Die Vereinten Nationen und die EWG unterscheiden sich von dem offenen internationalen System dadurch, daß bestimmte Kohärenzen vorhanden sind, die die Situation prinzipiell gegenüber dem internationalen System ändern.

Wenn man über den Frieden als internationale Kategorie diskutiert, dann sollte man Fragen, die die soziale Ungerechtigkeit innerhalb einer politischen Einheit betreffen, nicht unvermittelt, sondern nur vermittelt angehen. Das ist mein Argument.

**Altmann**

In absehbarer Zeit werden die Vereinigten Staaten in Südamerika intervenieren müssen, wenn die Staaten dort nicht in der Lage sind, die Entwicklung ihrer Gesellschaften voranzubringen. Ich würde das für eine fortschrittliche Politik halten.

**Czempiel**

Wenn man berücksichtigt, was in der sogenannten revolutionären Friedensforschung unter dem Gesichtspunkt Gerechtigkeit und Friede konsequent gedacht worden ist, dann kommt man notwendigerweise zu der Forderung, überall dort zu intervenieren, wo soziale Ungerechtigkeit herrscht. Und das kann, welches Beispiel Sie auch immer wählen, einfach nicht sein.

**Menke-Glückert**

Obwohl die Vereinten Nationen in einigen Fällen, wie in Südafrika, genau das fordern.

**Altmann**

Das ist eine Frage des modernen Völkerrechts, in dem Intervention zu einem zentralen Begriff wird.

**Czempiel**

Bei der Unterscheidung zwischen national und international will ich weder die Gerechtigkeit vernachlässigen noch die Beziehungen zwischen den beiden Bereichen leugnen. Aber jeder, der davon ausgeht, daß das Außenverhalten in gewisser Weise vom Innenverhalten gesteuert wird, müßte dazu sagen, wie und bis zu welchem Grad das geschieht. Das Problem liegt in der Frage: Wo berühren sich die beiden Bereiche? Es hat keinen Sinn, nationale Probleme sozialer Gerechtigkeit mit internationalen Problemen des Friedens zu vermengen.

Internationale Politik wird hier immer so betrachtet, als ob sie in zwei statische Zustände zerfiele, nämlich in den negativen und den positiven Frieden. Dabei haben wir es mit einem Verlaufsprozeß zu tun, in dem irgendwann ein Fortschritt erzielt wird. Es handelt sich in bezug auf die Konfliktlösung um ein Kontinuum verschiedener Modi von Lösungen, bei denen man von einer bestimmten Grenze ab sagen sollte: Hier ist Friede, und dort ist nicht Friede. Um die Grenze für Frieden auf diesem Kontinuum zu finden, ist die Herstellung der internationalen Gerechtigkeit in allen politischen Einheiten, die das internationale System ausmachen, nicht erforderlich. Natürlich will auch ich letztlich diese Gerechtigkeit herbeiführen; sie kann aber unter den Bedingungen des Systems nicht sofort und direkt realisiert werden.

Ich halte es für legitim, die Grenze für Frieden dort zu ziehen, wo in den internationalen Beziehungen keine organisierte militärische Gewalt angewendet wird. Man müßte zunächst die Modi der Gewaltanwendung genau bestimmen und den Grad von Oktroy, der mit dem Begriff Gewalt leicht verdeckt wird, im einzelnen differenzieren, bevor man sich gegen die Bestimmung dieser Grenze wendet. Es hat keinen Zweck, ständig mit verschiedenen Inhalten von Gewalt zu operieren, wenn man nicht genau angibt, was man jeweils darunter versteht. Ideologische Subversionen, ja selbst ökonomischen Druck - um nur zwei Modi der Gewaltanwendung zu nennen;- , gibt es in jeder politischen Einheit, es gibt sie sogar in der Familie, und niemand ist bisher auf die Idee gekommen, diese deswegen als nicht friedlich zu bezeichnen.



**Glubrecht**

Da bestehen aber Unterschiede.

**Czempiel**

Ich will darauf hinaus, daß man bestimmte Modi der Gewaltanwendung, die später natürlich überwunden werden müssen, zunächst akzeptieren kann, wenn man von Frieden spricht.

Wem die Absenz von Krieg zu wenig ist, der muß berücksichtigen, daß zu ihrer dauernden Sicherung sehr viel mehr erforderlich ist, als wir gegenwärtig haben. Abwesenheit von Krieg kann nicht mit dem Abschreckungssystem identifiziert, sondern muß mit einem Zustand gleichgesetzt werden, der sicherstellt, daß mit, sagen wir, neunzig-prozentiger Wahrscheinlichkeit keine organisierte militärische Gewalt zwischen Staaten angewendet wird. Dann zeigt sich, daß diese Grenze, die ich als Frieden bezeichne, unendlich viele Forderungen an die Politiker in den nationalen Einheiten stellt. Die politischen Systeme und auch das, was wir unter freiheitlicher Außenpolitik verstehen, müßten von Grund auf modifiziert werden, um auch nur diesen Minimalzustand herbeizuführen.

Selbst wenn es uns gelingen sollte, diese Grenze auf Dauer zu sichern, wird dadurch in den politischen Einheiten die Gerechtigkeit sicherlich noch nicht voll hergestellt. Aber ihre Voraussetzung, die Existenz, wird gesichert. Darauf kann aufgebaut werden, und zwar mit spezifischen Mitteln. Sie dürfen weder Krieg noch Gewaltanwendung enthalten, weil diese Mittel die Existenz wieder aufheben beziehungsweise beschädigen würden. Ein derartiger Katalog von Mitteln, mit denen man andere Staaten zur Verbesserung des Niveaus sozialer Gerechtigkeit, zum Abbau struktureller Gewalt, kurz: zum Fortschritt stimulieren könnte, wäre zu entwickeln. Nur auf solche Weise ließe sich jedenfalls Gerechtigkeit in das internationale System einführen, ohne sie über die dazu verwandten Mittel fundamental wieder aufzuheben.

**Menke-Glückert**

Die scharfe begriffliche Trennung zwischen national und international, wie sie Herr Czempiel formuliert, stimmt in der Politik nicht mehr. So ist der Vietnamkrieg nicht aufgrund einer militärischen Entscheidung auf dem Schlachtfeld, sondern praktisch in der innenpolitischen Diskussion in den USA entschieden worden. Auch der Partisanen-, Guerilla- oder Infiltrationskrieg ist von Friedenszuständen nicht mehr klar abzugrenzen.

**Kogon**

Da Gewaltanwendungen weder in internationalen noch in innenpolitischen Konflikten auszuschließen sind, geht es meiner Meinung nach in der ersten Stufe der positiven Friedensarbeit um die Ausschaltung von Willkürgewalt, und zwar sowohl in den internationalen als auch in den gesellschaftlichen Beziehungen. Dann könnte man Frieden als einen Zustand von Beziehungen definieren, der sich zwischen Staaten und zwischen gesellschaftlichen Gruppen durch freie Übereinkunft zur rechtlichen Normierung der Interessen ergibt. Diese Interessen dürften nicht auf die internationalen Beziehungen beschränkt, sondern müßten sehr generell aufgefaßt werden. Damit hätten wir ein Kriterium gefunden, um die Anwendung von physischer Gewalt sowohl in den internationalen Beziehungen als auch innerhalb der Staaten und der gesellschaftlichen Gruppen zu bannen.

Es wird uns sicherlich nicht gelingen, durch Formalisierung die Frage der Gerechtigkeit auszuklammern. Wir gehen in der Forschung nicht nur von Zielvorstellungen, sondern auch von einem gegebenen Zustand aus, in dem die Dinge miteinander verflochten sind. Positive Friedensmodelle können nützlich sein, wenn sie einen realistischen Charakter haben. Ich halte es für eine Aufgabe der Friedensforschung festzustellen, wann sich aus einer notwendigen Intervention regionaler Art ein weitergehender Konflikt entwickelt. Eine Intervention kann schon im Beginn verfehlt sein, aber sie ist nicht grundsätzlich auszuschalten. Das ist nicht einmal theoretisch möglich, wenn man vom gegebenen Zustand ausgeht.

**Ebert**

Mich beunruhigt die Feststellung von Herrn Kogon, daß Gewaltanwendungen nicht auszuschließen sind und es im wesentlichen auf die Ausschaltung der "Willkürgewalt" ankommt. Wenn die Friedensforschung davon ausgeht, gefährdet sie ihre Zukunft.

Der Friedensforschung sollte eine bestimmte Arbeitshypothese zugrunde liegen: Für die gegenwärtigen latenten und offenen Konflikte gibt es Übergangslösungen, die eine Ausweitung der

strukturellen und der persönlichen Gewalt vermeiden; auch der angestrebte Friede sozialer Gerechtigkeit kann ohne Anwendung persönlicher Gewalt herbeigeführt werden.

Ich unterscheide also ebenfalls zwischen einem Minimalfrieden, der durch die Abwesenheit persönlicher Gewalt gekennzeichnet ist, und einem Optimalfrieden, der als Zustand der sozialen Gerechtigkeit zu bezeichnen ist. Wahrscheinlich wird vorerst aber nur eine optimale Sicherung des Minimalfriedens, verbunden mit einer Steigerung der sozialen Gerechtigkeit, möglich sein.

Die Friedensforschung sucht nach gewaltfreien Mitteln zur Austragung der Konflikte im Bereich der internationalen Beziehungen und im innenpolitischen Bereich. Die innenpolitische Konfliktaustragung mit gewaltfreien Mitteln spielt bereits in den Fachzeitschriften *Journal of Peace Research* und *Journal of Conflict Resolution* eine große Rolle. In der Bundesrepublik überlegen wir nun auch, ob und wie man diese Methoden auf internationale Konflikte übertragen könnte.

Immer, wenn Lösungen vorgeschlagen werden, die zu einer Steigerung der Gewaltanwendung führen, wird meiner Ansicht nach der Bereich der Friedensforschung verlassen. Sie legt sich per definitionem darauf fest, nur Lösungsvorschläge anzubieten, die mit gewaltfreien Mitteln durchgeführt werden können. Der Gewaltbegriff wird damit zum zentralen Thema der Friedensforschung, während die legitime Anwendung von Gewalt sie nur insofern betrifft, als sie den "bellum justum" als Ideologie kritisiert.

### **Grossner**

Der restriktive Begriff von Frieden, wie ihn die Herren Löwenthal oder Czempiel gebraucht haben, basiert auf bürgerlichen Kategorien aus dem liberalen Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts. Heute müßte eine neue Kategorie von Politik gebraucht werden, die von der Vergesellschaftung des Staates und der Verstaatlichung der Gesellschaft ausgeht und die Bedingungen analysiert, unter denen so etwas wie Friede entstehen kann.

Diese Voraussetzungen sind in diesem restringierten Begriff von Frieden nicht enthalten: Friedensforschung und Friedenspolitik werden auf die Vermeidung von Gewaltanwendung in der Außenpolitik abgedrängt. So klammert man die gesellschaftlichen Ursachen aus, die zu Gewalt, Krieg und Frieden führen. Das bedeutet gleichzeitig, daß dieser Begriff von Friede zur Sanktionierung und zur Verschleierung der nationalen und internationalen gesellschaftlichen Bedingungen führen kann, die die Ursache für Kriege sind.

### **Löwenthal**

Wenn Sie mir einen restriktiven Friedensbegriff vorwerfen, Herr Grossner, dann möchte ich Sie auf den Teil meines Referates hinweisen, in dem ich die gesellschaftlichen Dynamiken erörtert habe, die sich auf eine Gefährdung des Friedens auswirken. Ich habe betont, daß gerade dieser Zweig in der Friedensforschung stärker entwickelt werden sollte. Ich will aber diese Problematik nicht in den Begriff des Friedens mit hineinnehmen, weil dieser Begriff dazu dienen soll, das Phänomen zu beschreiben und die Erklärung nicht schon vorwegzunehmen; sonst brauchte man keine Forschung mehr.

### **Carstens**

Wenn hier gesagt wurde, daß das Element der Gerechtigkeit in dem Friedensbegriff von Herrn Löwenthal nicht genügend zum Ausdruck komme, dann halte ich das vor allem in Hinblick auf einen Konflikt zwischen den Großmächten für keine relevante Kritik. Denn ein solcher Konflikt hätte so schwere Folgen, daß seine Herbeiführung kein geeignetes Mittel zur Herstellung eines gerechten Zustandes wäre.

Dagegen ist es fraglich, ob der Friede, wie er bisher zwischen den Großmächten besteht, mit den herkömmlichen Mitteln internationaler Beziehungen auf die Dauer aufrechterhalten werden kann. Wenn sich zum Beispiel Situationen wie die Berlin-Krise von 1958/59 oder die Kubakrise von 1962 in regelmäßigen Abständen wiederholten, dann ist nach Gesetzen der Wahrscheinlichkeit nicht auszuschließen, daß sie doch einmal in einer Katastrophe enden, auch wenn man die Methoden der Krisenbeherrschung noch so sehr verfeinert. Deshalb muß man zusätzlich Sicherungen einführen, um das derzeitige labile System zu erhalten.

### **Grossner**

Als Programm ist es diskutabel, daß die Friedensforschung die einzelnen Spezialwissenschaften mit dem Impetus zur politischen Reflexion und mit theoretischen Leitlinien versieht. Nur möchte ich Herrn von Weizsäcker fragen, inwieweit es möglich ist, daß eine Friedensforschung de facto diese

Integration der einzelwissenschaftlichen Disziplinen und ihrer Folgen, die politische Folgen sind, leistet?

Inwiefern könnte eine Friedensforschung, die nach dem wahren Interesse der Menschen fragt, dieses wahre Interesse mit wissenschaftlichen Kategorien analysieren? Inwiefern könnte das, was möglich ist und welches die kurzfristigen oder langfristigen Forschungsfolgen sind, auch in den Spezialdisziplinen erhoben werden? Kann eine Generalwissenschaft die verschiedenen Komponenten der Einzelwissenschaften, die als Resultierende den technischen Fortschritt, der politisch ist, ausmachen, wissenschaftlich analysieren? Hat sich nicht gezeigt, daß schon innerhalb der Einzelwissenschaften eine Analyse der langfristigen, damit politischen Folgen noch nicht zu leisten ist? Interdisziplinäre Forschung ist weitgehend ein unrealisiertes Programm.

Eine Friedensforschung, die glaubt, eine Integration der Einzelwissenschaften leisten zu können, würde leicht ihr Programm hypostasieren, ohne die Verbindung von programmatischem Anspruch und seiner Realisation im Verhältnis zu den Einzelwissenschaften und deren politischen Folgen zu leisten.

Wenn die eigentlich notwendige Vermittlung der Einzelwissenschaften untereinander in der Sozialtheorie bis jetzt nirgendwo erarbeitet worden ist, dann kommt die Friedensforschung, die gleichzeitig Zukunftsforschung ist, in Gefahr: Sie wird von den Institutionen, in denen sie gemacht wird, zumindest hintenherum und unbewußt abhängig. Die als wissenschaftlich ausgegebenen Ergebnisse sind so vorgeformt, daß eine Diskussion der Forschungsziele nicht mehr möglich ist.

Wenn man den Ansatz Herrn von Weizsäcker, der sich gegen das restringierende Politikverständnis von Herrn Löwenthal wendet und dem ich darin zustimme, verfolgen will, dann müßte man sich zunächst das Desaster der Wissenschaftstheorie auf dem Gebiet der Integration spezialwissenschaftlicher Ergebnisse eingestehen. Dann müßte man zugeben, daß die Art der Institutionen für die zukünftige Erforschung dieser Integration wesentlich ist. Aber sind die Institutionen, die im Augenblick im nationalen oder internationalen Rahmen auf diesem Gebiet geschaffen werden, in der Lage, ihre eigene Interessenbasis zu durchschauen und die langfristigen Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, den sie gleichzeitig durch ihre Prognosen mitproduzieren, zu analysieren?

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich stimme Herrn Grossner zu, daß die Möglichkeit, ein interdisziplinäres Programm in der Friedensforschung zu realisieren, wesentlich von den institutionellen Voraussetzungen abhängt. Ich würde hier aber nicht von einem Desaster sprechen; denn ich halte nicht diese oder jene Institution dazu für unfähig; vielmehr ist die Wissenschaft, die sich vordringlich als Betrieb zur Gewinnung von Resultaten versteht, ihrem Wesen nach nicht imstande, eben diesen Betriebscharakter zu reflektieren. Diese mehr philosophische Arbeit kann in einem, kleinen wissenschaftlichen Institut geleistet werden. Deshalb plädiere ich für kleine Institute.

### **Goldschmidt**

Bei der interdisziplinären Forschung handelt es sich in den meisten Fällen um ein Politikum, da der Gegenstand - sei es Bildung, Friede oder die moderne Siedlung - von der Politik her bestimmt ist. Selbst da, wo man die Friedensforschung als Grundlagenforschung bezeichnet, ist man der Politik sehr nahe, so daß die Unterscheidung zur angewandten Forschung fragwürdig wird.

Die Aufgabe der interdisziplinären Forschung verlangt von dem einzelnen Wissenschaftler die Flexibilität, auch die Fragestellungen anderer Disziplinen mitdenken zu können. Deshalb sehe ich eine der Hauptschwierigkeiten solcher Forschungen darin, daß unsere; Wissenschaftler in der Regel nur in einer Disziplin ausgebildet sind.

Auf jeden Fall sollte man, wie Herr von Weizsäcker sagte, mit kleinen Gruppen anfangen. Erst wenn in diesen Gruppen bestimmte Projekte genauer definiert worden sind, kann man sie vergrößern.

Es ist aber notwendig, daß von vornherein mehrere Institute in friedlichen Wettbewerb treten, damit eine bestimmte Aufgabenteilung vorgenommen werden kann. Man sollte andererseits auch gewisse Überschneidungen der Aufgaben nicht scheuen, um einen Gedankenaustausch zwischen den Instituten zu ermöglichen. Wenn die Friedensforschung in diesem Sinne pluralistisch angelegt wird, dann ist auch der Streit relativiert, ob das einzelne Institut mehr konservativ oder mehr progressiv, mehr reaktionär oder mehr revolutionär orientiert sein darf.

### **Kogon**

Es wird in der Friedensforschung sicherlich eine gewisse Arbeitsteilung geben; denn man kann nicht alles gleichzeitig machen. Einzelne Gruppen werden sich mehr den ferneren und andere den näheren Zielen widmen. Die Friedensforschung muß jedoch eine Prioritätenskala der Forschungsprojekte aufstellen.

### **Goldschmidt**

Ich möchte einige Schwerpunkte für die Friedensforschung nennen. Das brennendste Problem könnte man etwa überschreiben: Vom Gleichgewicht zum Ungleichgewicht des Schreckens.

Zweitens: Welche Schritte sind zur Überwindung der Spaltung Europas möglich?

Mein dritter Punkt betrifft den Beitrag der Bundesrepublik zur Entwicklung der Dritten Welt.

Viertens handelt es sich um friedensgefährdende Implikationen sozio-ökonomischer Systeme. Das knüpft an das vorige Thema an; dabei ist aber Imperialismusforschung nur die eine Seite.

Ein fünftes Thema wäre die legitime Anwendung von innerstaatlicher Gewalt und gewaltlosem Widerstand, womit sich Herr Ebert beschäftigt.

Sechstens: Friedensförderung und Friedensgefährdung durch wissenschaftlich-technische Entwicklungen. Es gibt auf diesem Gebiet eine Reihe von Forschungen, in denen auch die sozialen und politischen Konsequenzen aus der wissenschaftlich-technischen Entwicklung untersucht wurden. Dabei stellte man fest, daß zwar viele Möglichkeiten vorhanden sein werden, diese aber immer weniger zu beherrschen sind.

Bei einem siebenten Thema, der Friedenserziehung, handelt es sich nicht nur um eine Analyse, sondern zugleich um das Entwerfen von Lehrplänen und Lernzielen sowie um deren Konsequenzen für das Bildungswesen.

Schließlich achtens: Gemeindeforschung, das heißt die Frage nach einem Wohnen, bei dem die Menschen nicht vom gemeindlichen Leben abgeschnitten werden.

Diese acht Themen sind nicht als eine Prioritätenliste zu verstehen. Sie können beliebig vermehrt werden. Die Frage ist, wie in einer pluralistisch organisierten Friedensforschung eine Arbeitsteilung möglich wäre. Außerdem müßten Formen der Koordinierung und der gemeinsamen Planung gefunden werden, um die verschiedenen Institute zur Kooperation zu bringen.

### **Glubrecht**

Ich möchte den Katalog von Herrn Goldschmidt noch um einen Punkt ergänzen. Ich meine den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Friedensforschung. Das ist nicht nur im Hinblick auf die Entwicklungsländer, sondern auch für die Verhältnisse in den Industrieländern aktuell. Hier sollten Soziologen, Psychologen und Demographen zusammenarbeiten. Sie müßten von dem elementaren, unabänderlichen Sachverhalt ausgehen und sich dabei auch um dessen Relevanz für die Friedensforschung kümmern.

### **Gottstein**

Es gibt eine Richtung der Friedensforschung - Herr Löwenthal erwähnte ein Beispiel;- , bei der die Gefahr besteht, daß die dort verfolgten Projekte wegen der Ideologisierung undurchführbar sind. Dagegen sind andere Friedensforschungsprojekte wertneutral. Die Erkenntnisse, die dort gewonnen werden, können sowohl für negative als auch für positive Zwecke eingesetzt werden. Erkenntnisse, die in diesem Sinne wertneutral sind, können aber natürlich politisch relevant werden.

Es hat mich gewundert, daß in dem Katalog, den Herr von Weizsäcker verlas, keine Aufgaben der Friedensforschung genannt wurden, die naturwissenschaftlichen oder technologischen Charakter haben. Gerade die technological fixes - um Weinberg zu zitieren - sind doch von großer Bedeutung. Man sollte also auch untersuchen, welche technologischen Entwicklungen auf uns zukommen und wie sie auf die Erhaltung des Friedens einwirken werden.

### **Italiaander**

Auch die in aller Welt zunehmenden Rassenkonflikte gehören zum Themenkreis der Friedensforschung. Als Antwort auf die weiße Apartheid wird heute der Wunsch nach einer farbigen laut. Ich will ein bislang weniger beachtetes Ereignis anführen: In den USA gibt es außer der Black-Power-Bewegung heute auch eine Red-Power-Bewegung. Die Red-Indians, also die

nordamerikanischen Indianer, gruppieren sich nun auch politisch und werden militant wie die Neger. Außerdem suchen sie Kontakte mit den Indios in Mittel- und Südamerika und trachten, eine militante Bewegung ins Leben zu rufen, die den gesamten amerikanischen Kontinent erfassen soll. Von Fidel Castro erhalten sie bereits Unterstützung.

Ich bin davon überzeugt, daß noch mancher "local war" durch rassische Konflikte entstehen wird. Rassischer Konfliktstoff weitet sich aus zum ökonomischen, politischen und so weiter. Auf keinen Fall darf die Rassenfrage weiterhin so unterschätzt werden, wie es bisher - auch in diesem Gespräch - geschehen ist. Hier hat also die Friedensforschung wirklich vordringliche Probleme zu lösen.

### **Litten**

Welche Realisierungsmöglichkeiten bestehen für die hier genannten Projekte? Es wäre zu fragen, ob die jeweils beteiligten Institute überhaupt in der Lage sind, solche Projekte auszusuchen. Denn dabei sind sehr reale Interessen im Spiel. Kann ein Institut zum Beispiel friedensgefährdende Faktoren sozio-ökonomischer Systeme untersuchen, wenn es einen regierungsamtlichen Geldgeber hat? Solche Forschungen könnten nämlich auf bestimmte ärgerliche Grundstrukturen der Gesellschaft aufmerksam machen. Die vested interests der Regierung können so stark sein, daß der Wissenschaftler möglicherweise nach dem wahren, wissenschaftsimmanenten Interesse gar nicht mehr fragen kann.

Da solche Forschungen die Regierung unter Umständen mit peinlichen Ergebnissen konfrontieren könnten, werden die Wissenschaftler möglicherweise daran gehindert, sich mit derartigen Projekten zu befassen. Wie verhält sich das bei den bestehenden Instituten, und wie wird es sich in Zukunft entwickeln? Welche Richtlinien sind diesen Instituten vorgegeben und welche können sie in freier Entscheidung finden?

### **Freiherr von Weizsäcker**

Mein Institut hat von niemandem Richtlinien empfangen. Es arbeitet sie sich selber aus. Ob es allerdings damit durchkommen wird, das kann nur die Zukunft lehren.

### **Löwenthal**

Ich kann von dem Projekt der Institutsgründung in Berlin dasselbe sagen. Wir erwarten die Finanzierung durch die Bundesregierung. Unser Gründungsplan postuliert die Unabhängigkeit. Auch Aufträge sollen nur übernommen werden, wenn sie in unseren eigenen Projektplan passen. Wir entscheiden also selbst darüber, ob und inwieweit wir Aufträge übernehmen.

### **Kogon**

Wer entscheidet im Falle Ihres Instituts, Herr Löwenthal?

### **Löwenthal**

Das wird die Leitung des Instituts sein.

Es ist auch die allgemeine Erfahrung in fast allen Forschungsinstituten, sowohl in der Bundesrepublik als auch in den USA. Das gilt in hohem Grade sogar für die Rand Corporation, die bekanntlich von der Air Force geschaffen wurde. Natürlich betreibt sie in bestimmten technischen Bereichen direkte Auftragsforschung, bei der keine politische Unabhängigkeit besteht. Aber in der sogenannten Social Science Division, die politische Entwicklungen im Ausland analysiert, hat sie völlig unabhängig gearbeitet.

### **Grossner**

Auch die technische Auftragsforschung ist politisch.

### **Löwenthal**

Die technische Auftragsforschung ist natürlich in dem Sinne politisch, als sie nur von jemandem gemacht werden kann, der mit der politischen Zielsetzung der Regierung übereinstimmt. Diese Forschung ist natürlich nicht unabhängig.

### **Grossner**

Wenn das SAGE-System von der System Development Corporation oder das Samson-Simulationsmodell für die amerikanische Luftwaffe von Rand entwickelt werden, dann ist das einerseits sehr exakte systemanalytische und technologische Forschung, andererseits aber gleichzeitig politische Forschung. Insofern ist es eine Fiktion, zwischen politischer und technologischer Forschung trennen zu wollen.

**Löwenthal**

Ich behaupte ja nicht, daß der größte Teil der technischen Forschung bei Rand politisch unabhängig ist. Aber die Social Science Division, die sich direkt mit politischen Problemen beschäftigt, war auch in dieser Zeit völlig unabhängig. Das ist es, was mich in diesem Zusammenhang interessiert.

**Grossner**

Die Unabhängigkeit der Sozialforschung bei der Rand Corporation ist Ideologie. Warum gibt der jetzige Präsident von Rand, Henry S. Rowen, zumindest privat zu, daß die Arbeit von über fünfzehn Jahren in der sozialpolitischen Abteilung der Rand Corporation zu katastrophalen Folgen geführt hat?

**Löwenthal**

Ich weiß nicht, was Mister Rowen privat zugibt; aber ich weiß, daß er für Fragen der internationalen Politik kein Fachmann ist.

Ich kenne die Leute, die dort gearbeitet haben. Sie hatten ihre eigenen ideologischen Fragestellungen, die ihnen von keinem Auftraggeber suggeriert worden sind. Also selbst in einem so extremen Fall wie bei der Rand Corporation war diese Unabhängigkeit weitgehend gegeben.

Das Problem, die Unabhängigkeit der Forschung zu bewahren, besteht oft vorwiegend in der inneren Einstellung der Forscher selber. Wenn sie unabhängig sein wollen, dann sind sie es in der großen Mehrzahl der Institute.

**Menke-Glückert**

Das sind sehr optimistische Aussagen. Die realen Verhältnisse sind aber anders.

**Löwenthal**

Natürlich gibt es Forscher, die sich von selbst gleichschalten.

**Grossner**

Die Forscher arbeiten doch in einem bestimmten sozio-ökonomischen Rahmen.

**Löwenthal**

Das bestreite ich nicht.

**Litten**

Wenn Sie sagen, Herr Löwenthal, die einzelnen Forscher seien unabhängig, dann stimmt das einfach nicht. Vielleicht können sie ihre Freiheit im inneren Exil bewahren, aber nicht, wenn sie einen Auftrag ausführen, für den sie finanziert werden, vor allem, wenn sie dann weitere Forschungsarbeiten finanziert haben wollen.

**Bertram**

Wollen Sie damit sagen, Herr Litten, daß Auftragsforschung sowieso nicht die richtige Basis für die Friedensforschung ist?

**Litten**

Das wäre ein Diskussionspunkt.

Ein Beispiel für eine bestimmte Form der Auftragsforschung ist eine Untersuchung, die das Institut für Sozialforschung in Frankfurt unter der damaligen Leitung von Herrn Adorno über die Bildzeitung gemacht hat. Diese gut bezahlte Untersuchung ist dann in den Panzerschränken von Axel Springer

verschwunden. Wie das mit dem kritischen Grundverständnis des Frankfurter Instituts vereinbar ist, weiß ich nicht.

### **Löwenthal**

Das ist für mich nicht so überraschend, wie Sie vielleicht glauben.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Warum soll es dem Frieden abträglich sein, wenn jemand in Aufträgen forscht? Damit unterstellt man, daß diejenigen, die Aufträge vergeben, gegen den Frieden sind.

Was die Frage der Abhängigkeit angeht, so ist es ein Grundfaktum, daß es in keiner Gesellschaft im absoluten Sinne freie Menschen gibt. Infolgedessen geht es nur darum, welches Maß an Freiheit ich mir insbesondere von den mir selbst zunächst unbewußten Bindungen schaffe. Ich sehe die eigentliche Unfreiheit der Wissenschaft vor allem darin, daß sie ihre eigenen Voraussetzungen nicht reflektiert. Sie kann diese Reflexion aber nicht in Form des Betriebs, als der sie eingerichtet ist, leisten. Das Problem ist also, daß sich die Wissenschaftler zwar frei fühlen, aber ihre Unfreiheit nicht bemerken, weil sie gegenüber ihren eigenen Prämissen unfrei sind.

Ein anderes Problem liegt darin, daß man häufig kämpfen muß, wenn man eine bestimmte Absicht realisieren will. Das ist der ständige Kampf des menschlichen Lebens, der auch in unserer verhältnismäßig freien Gesellschaft großes Gewicht hat. Aber wenn ich nicht einmal ein wenig hätte kämpfen müssen, um mein Institut durchzusetzen - ja, du lieber Himmel, dann lebten wir in einer vollkommenen Gesellschaft.

Was nun die Auftragsforschung angeht, so bewundere ich den Heroismus dieser Leute, an einer so schwierigen Stelle innerlich so frei zu sein, wo sie gezwungen sind, taktisch klug zu handeln. Forscher, die dieser Aufgabe moralisch nicht gewachsen sind, sollte man natürlich kritisieren. Aber die Kritik, so wie sie hier formuliert wird, geht von einem viel zu äußerlichen Begriff von Freiheit aus.

### **Goldschmidt**

Wenn Sie auf Ihr eigenes Institut verweisen, Herr von Weizsäcker, dann muß man allerdings erwähnen, daß sich die Max-Planck-Institute in einer günstigen Lage befinden, wie sie nur wenigen Instituten in der Bundesrepublik vergönnt ist. So zeichnet sich auf meinem Gebiet der Bildungsforschung unser Institut wohl als einziges dadurch aus, daß die dort hauptamtlich Tätigen zu neunzig Prozent ihre Forschungen frei wählen. Hinsichtlich der restlichen zehn Prozent können sie entscheiden, ob sie zusätzlich Aufträge hereinnehmen wollen oder nicht. Alle anderen Bildungsforschungsinstitute sind dagegen praktisch an die Kultusministerien weisungsgebunden.

Diese Situation wirft ein Licht auf die beabsichtigte Institutionalisierung der Friedensforschung. Die Bundesregierung könnte sehr wohl ein Interesse daran haben, daß bestimmte Fragen zwar bearbeitet werden, dann aber ...

### **Löwenthal**

Das geschieht in jedem Hause.

### **Kogon**

Entscheidend ist doch, welche Projekte dabei ausgeschaltet werden.

### **Goldschmidt**

Es gehört zu dem angestrebten Pluralismus in der Friedensforschung, daß es neben Instituten, die in einer gewissen Abhängigkeit von der Regierung stehen, andere gibt, die eine ähnliche Freiheit wie das von Weizsäcker oder mein Institut haben.

### **Heinrichs**

Man darf das Problem der Auftragsforschung nicht auf die Verantwortlichkeit und die moralische Stärke des einzelnen Wissenschaftlers reduzieren. In der Praxis sind viele Aufträge bereits so formuliert, daß sie den Freiheitsraum des Wissenschaftlers einschränken, indem sie im Grunde darauf hinauslaufen, bestimmte Meinungen zu untermauern.

**Löwenthal**

Von welchem Fach sprechen Sie und von welchem Institut?

**Heinrichs**

Das ist in vielen Instituten der Fall.

**Löwenthal**

Nennen Sie eines.

**Grossner**

IDA-Institute for Defense Analysis.

**Heinrichs**

Ein weiteres Problem sehe ich darin, daß durch die Auftragsforschung Mittel gebunden werden, welche die Wissenschaft eigentlich für frei gewählte Themen beanspruchen müßte.

**Freiherr von Weizsäcker**

Ich stimme Ihnen in vielem zu, Herr Heinrichs. Ich wehre mich allerdings gegen die Formulierung, daß Auftragsforschung als solche ein negatives Kriterium für die Friedensforschung sein würde. Natürlich stellt Auftragsforschung Probleme, die sich derjenige, der keine Aufträge annimmt, erspart. Wer aber die Welt nicht nur beurteilen, sondern auch verändern will, nimmt sich als freier Forscher von vornherein bestimmte Wirkungsmöglichkeiten, die derjenige hat, der mit Aufträgen arbeitet.

Ich kenne Forscher, die nicht in einem Institut arbeiten wollen, das keine Aufträge hat; denn in der behüteten Situation des freien Forschers fehlt ihnen der Antrieb, wirklich etwas zu tun. Das ist zwar nicht meine Position, ich begreife aber nicht, wie man mit einem solchen Pathos behaupten kann, Auftragsforschung schließe von der Qualifikation als Friedensforschung aus. Ich empfinde dieses Pathos als eine Anmaßung.

**Heinrichs**

Es ist aber notwendig, Bedingungen für Auftragsforschung zu formulieren, wenn sie in die Friedensforschung eingehen soll.

**Freiherr von Weizsäcker**

Wenn die Friedensforschung wirklich eine Form von Auftragsforschung werden sollte, wird man solche Bedingungen formulieren müssen.

**Carstens**

Auf jeden Fall müßten die Forscher, die einen Auftrag übernehmen, hinsichtlich des Ergebnisses, zu dem sie gelangen, frei sein.

**Heinrichs**

Das genügt nicht.

**Freiherr von Weizsäcker**

Ich sehe durchaus, daß die Ergebnisse in der Auftragsforschung häufig durch die Fragestellung weitgehend präjudiziert sein können. Aus diesem Grunde kann man natürlich Friedensforschung auf solche Themen beschränken, die in ihren Ergebnissen nicht durch vorgegebene Fragestellungen vorbestimmt sind. Aber die sozialen Abhängigkeiten, in denen wir alle leben, sind so groß, daß niemand von uns Friedensforscher sein könnte, wenn man dieses Kriterium auf die Spitze triebe. Ich halte es allerdings nicht für unmöglich, die Friedensforschung unter Bedingungen zu stellen, die im allgemeinen den Auftragsforscher de facto von ihr ausschließen.

Es ist eine große Anstrengung sowohl der Reflexion als auch der klugen Taktik erforderlich, will man die Gefahren so gering wie möglich halten. Es liegt allein schon an der gesellschaftlichen Verfaßtheit



auch unserer Wissenschaft, deren Betrieb sehr viel Geld braucht, daß notwendigerweise Abhängigkeiten entstehen.

### **Carstens**

Die Freiheit des Forschers müßte unter anderem darin bestehen, daß ihm nicht vorgeschrieben werden kann, welche Ergebnisse er durch seine Forschung erreichen soll. Natürlich kann durch die Fragestellung im Auftrag unter Umständen ein bestimmtes Ergebnis präjudiziert werden. Aber wenn der Forscher einen Auftrag annimmt, kann er entscheiden, ob er sich einer solchen Bindung unterwerfen will.

### **Litten**

Ich habe die Integrität einzelner Wissenschaftler nicht in Frage stellen wollen, Herr von Weizsäcker. Ich habe mich auch nicht mit wissenschaftlicher Jungfräulichkeit gegen die Auftragsforschung aussprechen wollen.

Das Problem besteht aber einmal in der Transparenz der Richtlinien, denen eine solche Forschung unterliegt.

Wenn Sie dann weiter sagen, Herr Carstens, man dürfe dem Forscher die Ergebnisse nicht vorschreiben, außerdem merke er bei der Fragestellung, ob er einen solchen Auftrag annehmen könne oder nicht, dann gilt das allenfalls für den ersten Auftrag. Wenn er aber einmal ein Budget angenommen und sich bereit erklärt hat, eine bestimmte Forschung durchzuführen, dann ist er bei weiteren Projekten gar nicht mehr in der Lage auszusteigen.

### **Löwenthal**

Wenn Sie sagen, Herr Litten: beim ersten Auftrag seid Ihr frei, beim zweiten seid Ihr Knechte, so kann ich mir diesen Fall auf bestimmten Gebieten der naturwissenschaftlichen Großforschung gut vorstellen. Man baut komplizierte experimentelle Apparate auf, und dann stellt sich heraus, wofür sie wirklich gebraucht werden sollen. In den Sozialwissenschaften dagegen gibt es diese Großanschaffungen im allgemeinen nicht.

### **Grossner**

Relevante sozialwissenschaftliche Forschung wird tendenziell immer mehr von technologischer Forschung abhängig. Das ist doch gerade das Problem bei der Institutionalisierung des Instituts zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien (ITE) in Hannover.

### **Löwenthal**

Ich würde sagen, irrelevante Sozialwissenschaft wird immer mehr von der Technologie abhängig.

Das Problem der Auftragsforschung besteht nicht darin, daß die Ergebnisse direkt vorbestimmt werden. Allerdings enthalten Aufträge manchmal Voraussetzungen, die man bei der Auftragsübernahme akzeptiert, ohne daß damit auch schon bestimmte Ergebnisse präjudiziert sind. Die Fälle sind gar nicht so selten, wo Forscher sogar auf der Basis dieser Voraussetzungen zu Ergebnissen kommen, die den vermuteten Wünschen ihrer Auftraggeber entgegengesetzt sind.

### **Menke-Glückert**

In einer Untersuchung über Auftragsforschung haben Doris Dreitzel und Hans Paul Bahrdt festgestellt, daß die meisten Aufträge im Grunde genommen nur den Sinn hatten, eine Meinung, die die Bürokratie sich längst gebildet hatte, zu bestätigen.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Das sind die schlechten Auftragsforscher.

### **Menke-Glückert**

Das waren neunzig Prozent.

### **Kogon**

Das Problem, Herr von Weizsäcker, besteht nicht nur darin, daß der einzelne Forscher die Resultate seines Auftrages nicht im voraus kennt. Hier geht es vor allem darum, ob diejenigen, welche die Forschungen finanzieren sollen, eine Vermutung über die Resultate haben und dann die Mittel für bestimmte Projekte vielleicht nicht bewilligen. Das wäre die gesellschaftliche Seite des Problems.

Wäre es daher in der Bundesrepublik nicht sinnvoll, eine nationale Stiftung zu schaffen, deren Gremien so zusammengesetzt sind, daß jene Gefahr von seilen der Gesellschaft ausgeschaltet wird?

**Freiherr von Weizsäcker**

Sie könnte dadurch vermindert werden.

**Kogon**

Haben Sie bei der Gründung Ihres Instituts die Erfahrung gemacht, daß es in dieser Gesellschaft Kräfte gibt, die bestimmte Forschungen nicht wünschen?

**Freiherr von Weizsäcker**

Bei allem, was wir überlegen, habe ich vorausgesetzt, daß es in unserer Gesellschaft selbstverständlich solche Erscheinungen gibt. Die Frage ist dann nur, wie man handelt, wenn die Dinge so liegen.

**Kogon**

Daher meine Frage an Sie.

**Freiherr von Weizsäcker**

Ich hielte es für nützlich, wenn die Friedensforschung mit Geldern gefördert würde, die teils vom Staat, teils von anderer Seite kommen. Dann könnte ein etwas größerer Spielraum für die Untersuchung von Problemen geschaffen werden, die trotz ihrer Wichtigkeit bisher unzureichend bearbeitet worden sind. Der eigentliche Grund dafür liegt aber darin, daß die Mehrzahl unserer Wissenschaftler gar nicht den Wunsch hat, solche Forschungen zu unternehmen. Dabei stehen sie keineswegs unter einem ihnen bewußten Druck, sondern sie sind von Anfang an so konditioniert worden, daß es nicht Sache eines Wissenschaftlers ist, sich mit solchen Problemen zu beschäftigen.

**Menke-Glückert**

Es gibt Gegenbeispiele eines anders konditionierten politischen Engagements, besonders unter jüngeren Wissenschaftlern. Außerdem findet immer häufiger ein Rollentausch zwischen dem Wissenschaftler, dem Industrie-Manager und dem Politiker statt. Auch dies führt zur Kritik an herkömmlichen Forschungsansätzen.

**Kogon**

Kann denn nicht für die Projektierung der Friedensforschung ein in bestimmter Weise zusammengesetztes Gremium geschaffen werden, in dem die Dinge zumindest gemeinsam erörtert werden?

**Freiherr von Weizsäcker**

Das soll ja geschehen.

**Kogon**

Das wäre aber ein großer Fortschritt. Dann könnten nämlich die Bedenken, die hier vorgebracht wurden, in aller Öffentlichkeit ausdebattiert werden.

**Menke-Glückert**

Auch eine Nationalstiftung kann mißlingen, wenn auf sie die vielen gesellschaftlichen Institutionen von den Gewerkschaften bis zu den Kirchen massiv einwirken. Dann kann nämlich kein Projekt mehr formuliert werden, ohne daß alle mitreden wollen.

**Löwenthal**

Sie paralisieren sich gegenseitig, so wie zum Beispiel in den Rundfunkräten, wo dieses Gleichgewicht in den weitaus meisten Fällen die Unabhängigkeit der Redakteure schützt.

### **Kogon**

Ich verstehe die Stiftung nicht als Ersatz für den Pluralismus, sondern als zusätzliche Institution.

### **Altmann**

Herr von Weizsäcker hat zwar im Ergebnis recht, aber er hat methodisch nicht richtig gefragt. Eines der großen Probleme sehe ich darin, daß wissenschaftlicher Fortschritt, öffentliche Daseinsvorsorge und wirtschaftlicher Prozeß zum Manipulationsdreieck der modernen Gesellschaft geworden sind. Es geht also nicht um direkte, sondern um indirekte Gewalt, die der Öffentlichkeit und damit der Kontrolle weitgehend entzogen ist.

### **Menke-Glückert**

Das ist Manipulation, nicht Gewalt.

### **Altmann**

Ich sprach von indirekter Gewalt.

Wenn die Friedensforschung diese gesellschaftliche Situation darstellen soll, muß man zumindest eine kritische Kontrolle auch des Wissenschaftsbetriebes garantieren können. Denn das Problem besteht darin, daß diejenigen, die gesellschaftliche Konflikte in einer nie dagewesenen Weise produzieren - denken Sie an Eingriffe in die Psyche und in die genetischen Prozesse;- von denen kontrolliert werden sollen, die von diesen Manipulationen selbst betroffen sind. Wie soll aber eine Friedensforschung möglich sein, die nicht in diese Manipulation einbezogen ist? Damit unterstelle ich keine Bestechlichkeit der Forscher, und ich zweifle auch nicht an ihrer Ehrenhaftigkeit. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß wir uns auf dem Wege befinden, wo Friedensforschung Teil einer manipulierten Gesellschaftsideologie der Zukunft wird.

### **Menke-Glückert**

Es ist keine Friedensforschung denkbar, die nicht ihre sämtlichen Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich macht. Deshalb ist ein militärischer Geheimauftrag Ressortforschung, aber keine Friedensforschung, weil er die Kommunikation mit der Öffentlichkeit nicht erlaubt. Ein gewisses moralisches Engagement für Ersatz oder Abschaffung der Gewalt gehört notwendigerweise zur Friedensforschung. Die Anlage von Wehrdörfern oder zum Beispiel die Entwicklung komplizierter Waffensysteme haben also nichts mit Friedensforschung zu tun.

Als Antithese zur akademischen Abstinenz von der politischen Praxis muß jedoch festgestellt werden, daß Friedensforschung immer wirklichkeitsverändernd sein will und darum die ständige Konfrontation mit den Tagesproblemen braucht. Dafür müssen bestimmte Formen der Kommunikation gefunden werden. Ich darf ein Beispiel anführen: Das Osloer Peace Research Institute hält regelmäßig einmal im Monat eine Tagung mit den wichtigsten Beamten des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums ab. Dort ist dieser Gedankenaustausch vorhanden, ohne daß ein Protokoll geführt wird.

Es sind also Formen realisierbar, die diesen Kontakt mit der Praxis ermöglichen und die mit dem Ethos des Wissenschaftlers vereinbar sind. Sowohl das moralische Engagement als auch die ständige Konfrontation mit den tatsächlichen Problemen muß gewährleistet sein. Die Friedensforschung sollte sich nicht mit abstrakten strategischen Spielen beschäftigen, sondern sich um die "real world problems" kümmern.

### **Koch**

Ich habe auf Anregung der Arbeitsgemeinschaft für Konfliktforschung und im Auftrag des Wissenschaftsministeriums etwa fünfzig Institute und einzelne Wissenschaftler darüber befragt, mit welchen Projekten sie sich zur Zeit beschäftigen und worüber sie im Rahmen einer Friedensforschung gern arbeiten würden. An dieser Untersuchung läßt sich gut illustrieren, was Herr von Weizsäcker über die unbewußte Unfreiheit der Forscher gesagt hat.

So wurden kaum Forschungsthemen genannt, deren mutmaßliche Ergebnisse irgend jemanden "verletzen" könnten, seien es Institutionen oder Interessengruppen. Einmal gibt es kaum

Thematisierung von Problemen, die mit Rüstungsökonomie, mit der Imperialismusthese und deren Kritik zusammenhängen. Es gibt auch so gut wie keine technologischen Fragestellungen - etwa über die Zusammenhänge von militärischer und ziviler Technologie-, die ja immer ökonomisch mitbedingt sind. So soll doch angeblich die Rüstungsforschung schon deshalb ihr Geld wert sein, weil sie einen guten spin-off hat.

Daß es hier kaum Thematisierungen gibt, deutet auf die Situation unserer Nationalökonomie hin, die zu einem Feld reiner Technik geworden ist und in den allgemeinen politischen Fragestellungen zu den übrigen Sozialwissenschaften keinen Kontakt mehr hat.

Auch von Politologen wird eine solche Fragerichtung kaum angezielt, was für die Situation der politischen Wissenschaften ebenfalls kennzeichnend ist. Es fällt ferner auf, daß sich Soziologen, insbesondere die der kritischen Richtung, kaum an der Friedensforschung beteiligen, weil sie offenbar nur ungenügende Ansätze darin finden.

### **Grossner**

Habermas, Wellmer oder Offe haben ein anderes Verständnis von Friedensforschung.

### **Koch**

Sicher gibt es Ausnahmen.

Zweitens besteht eine große Lücke bei jenen Themen, die eine Verschränkung von strukturellen gesellschaftlichen und außenpolitischen Konflikten zum Inhalt haben. Herr Ebert stellt mit seinem Modell eine rühmliche Ausnahme dar.

Dagegen gibt es sehr viele abstrakte Vorschläge, und zwar nimmt der Abstraktionsgrad in dem Maße zu, in dem es sich um Forschungen im Bereich der Abschreckung handelt. Das trifft insbesondere auch für die Forschungsrichtung der internationalen Politik zu, bei der man den Eindruck gewinnen könnte, daß sie mit Hilfe der Friedensforschung die Mittel zu bekommen hofft, um sich als Wissenschaft überhaupt erst zu etablieren.

Konkreter werden die Themen interessanterweise da, wo sich Friedensforscher um Entwicklungsländer kümmern. Dort werden die Einflußfaktoren unter dem Aspekt der Planung mehr im Zusammenhang gesehen. Planung ist ja immer auch ein wenig die Ideologie des Bewahrens - um Carl Schmitt zu zitieren.

Dann gibt es noch einige friedentherapeutische Forschungen, also Integrationsforschung und Pädagogik.

Zusammengefaßt läßt sich sagen: Selbst dort, wo Forschungen wie in der Ökonomie mit ganz konventionellen Methoden ohne eine aufwendige interdisziplinäre Zusammenarbeit möglich wären, gibt es so gut wie keine Forschungsansätze. Da stellt sich schließlich die Frage nach dem leitenden Erkenntnisinteresse der Friedensforscher und nach ihrem Verständnis von Praxis.

Ferner: Welche Bedeutung hat es für den Förderungsrahmen, der immer ein politischer ist, wenn bestimmte Forschungsrichtungen überhaupt nicht vorhanden sind, während andere, und zwar die mit einem sehr abstrakten Praxisverständnis, deutlich überwiegen?

### **Grossner**

Die Erhebung von Claus Koch hat über die empirische Zufälligkeit hinaus systematische Bedeutung. Welches sind die Gründe dafür, daß eine Reihe von Themen der Zukunftsforschung, wie zum Beispiel über bestimmte Konfliktpotentiale, in der Bundesrepublik ausgespart sind?

Bei einer Rangliste von Forschungsprioritäten kommt es darauf an, sich klarzumachen, inwieweit die Realisierungs- und Verwertungsmöglichkeiten der Forschungsergebnisse gleichzeitig den Ansatz der Forschung mit präformieren.

Wenn wir uns fragen, welche Forschungsprioritäten in der Bundesrepublik möglich sind, so ist ein idealtypisch ausgebautes pluralistisches Konzept einer Reihe untereinander fiktiv konkurrierender Forschungsinstitutionen gefährlich: Ist dieser Pluralismus real? Werden tatsächlich konkurrierende Forschungsprioritätenskalen diskutiert, deren Anwendungsmöglichkeiten in der politischen Praxis gleiche Chancen haben?

In dem Maße, in dem die Verwendungsmöglichkeiten und die Realisierung der Forschungsprioritäten schon von vornherein in bestimmte Richtungen gelenkt worden sind, wird auch das Konzept einer pluralistischen Institutionalisierung der bundesdeutschen Friedensforschung zu einer Fiktion.

Es hieße also sich selbst den Sand des Scheinpluralismus in die Augen streuen, wenn man sagte: "Wir haben ein Wissenschaftszentrum Berlin, ein ITE in Hannover, ein neues Baudissinsches Institut an der Universität Hamburg, es gibt Ritter in Eggenberg, es gibt das Max-Planck-Institut in Starnberg: Alle diese einzelnen Institutionen arbeiten an einer Reihe verschiedener Forschungsprojekte, die dann idealtypisch in Konkurrenz treten."

Jedoch sind die Realisierungs- und Rückkopplungsmöglichkeiten zur Verwendung dieser Forschungsergebnisse durch die realen Machtträger der Gesellschaft in Wirtschaft und Politik schon bei der Institutionalisierung der einzelnen Forschungsinstitute vorprogrammiert. Nur auf dem Papier stehen nachher eine Reihe hochinteressanter alternativer Forschungs- und Friedensentwürfe. Aber ihre Realisierungschance werden dieses Konzept einer pluralistischen Friedensforschung ad absurdum führen.

Da die Institutionalisierung der Friedensforschung in der Bundesrepublik gerade in diesen Monaten stattfindet, müßte genau überlegt werden, unter welchen gesellschaftlichen, politischen und finanziellen Bedingungen diese Institutionen entstehen. Ein konkretes Beispiel ist das ITE-Institut.

### **Menke-Glückert**

Das ist aber kein Friedensforschungsinstitut; es beschäftigt sich mit technischen Entwicklungslinien, etwa auf den Gebieten zukünftiger Materialien oder Transportsysteme.

### **Koch**

Tatsächlich wird das ITE-Institut in dem Report von Kaiser als Friedensforschungsinstitut aufgeführt.

### **Grossner**

Das ist aber jauch eine theoretische Kontroverse. So weiß Herr Prof. Holste genau, daß das Design großer Verkehrssysteme - eines der ersten Großprojekte in Hannover - gleichzeitig auf die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sein muß, die in zehn Jahren auftreten werden. Man kann ein Verkehrssystem also keineswegs lediglich daraufhin entwerfen, wie der Volkswagen in zehn Jahren technisch aussehen wird, sondern man muß die Frage stellen, ob dann jede deutsche Familie drei Volkswagen haben will, oder ob sie vielleicht mit der Hochleistungsschnellbahn HSB von Messerschmitt-Bölkow-Blohm fahren will.

Daher wird jedes technologische Institut gleichzeitig sozialwissenschaftliche Forschung betreiben müssen und umgekehrt. Auch solche Forschung ist Friedensforschung. Denn die gegenwärtige Zivilisation ist von Wissenschaft und Technik bestimmt, deren politische Folgen für den Frieden ebenso konstitutiv sind wie etwa die Außenpolitik.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich stimme Ihnen zu, Herr Grossner, wenn Sie sagen, daß das ITE-Institut in Hannover auf einem Gebiet arbeitet, das zur Friedensforschung gehört. Auch Herr Menke-Glückert ist insofern im Recht, als die Herren in Hannover offensichtlich ihre Arbeit thematisch nicht an der Friedensforschung ausrichten wollen.

### **Bertram**

Für das Institute for Strategie Studies in London habe ich eine ähnliche Untersuchung durchgeführt wie Herr Koch - allerdings nicht unter dem Stichwort Friedensforschung, sondern unter der Thematik strategic studies und internationale Beziehungen. Dabei zeigte sich, daß der Streit zwischen den Soziologen, die einen gesellschaftskritischen Ansatz haben, und den Politologen, die die Beziehungen zwischen Staaten im wesentlichen als internationale Beziehungen auffassen, sowohl die internationalen Beziehungen als auch die Strategie studies befruchtet hat.

Es werden heute im internationalen Bereich auch die Fragen nach innenpolitischen Konflikten und ihren außenpolitischen Konsequenzen untersucht. Es wird Militärsoziologie betrieben und nicht nur danach gefragt, wie viele Maschinengewehre der Gegner hat.

### **Ebert**

Wer ist der Adressat bei den innenpolitischen Konfliktforschungen? Bei meiner Arbeit sah ich diesen nicht primär in den jeweiligen Regierungen. Für mich war es vielmehr naheliegend, zunächst zu versuchen, auf diejenigen einzuwirken, die aufmucken, um ihnen effektivere Methoden zur Dramatisierung der Konflikte und zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu empfehlen. Natürlich muß man in einem solchen Fall Partei ergreifen, aber in einer Weise, die auch der Gegenseite das Lernen noch möglich macht. So haben sich besonders Polizeibeamte für unsere Berliner Forschungen zur gewaltfreien Aktion interessiert, weil sie daraus einiges für ihre Überlegungen gewinnen konnten.

Es gibt aber auch Schwierigkeiten. So hat man uns zum Beispiel für die Forschung am Otto-Suhr-Institut über die Anti-NPD-Aktionen während des Bundestagswahlkampfes 1969 die Unterlagen des Innenministeriums nicht zugänglich gemacht.

Ein zweites Beispiel: Man interessierte sich zwar von Seiten der Regierung wegen des Gandhi-Jahres offiziell für Gandhis Theorie der gewaltfreien Aktion. Ein entsprechender Beitrag wurde in der Beilage zu der Zeitschrift "Das Parlament" auch unkorrigiert gedruckt. Man hat ihn jedoch nicht, wie vorgesehen, an die Schulen verteilt, und zwar aufgrund einer Intervention aus dem Innenministerium, das damals noch von einem CDU-Minister geleitet wurde. Außerdem wurden die Redakteure dieser Beilage wegen des Abdrucks getadelt, weil eine der Schlußfolgerungen Anstoß erregt hatte.

Es wurde nämlich gesagt: Wenn Gandhis Theorien auf das Denken der Politiker beziehungsweise auf die Richtlinien der bundesrepublikanischen Politik Einfluß gewinnen würden, dann müßte das zu einer radikalen Änderung dieser Politik führen. Diese Reaktion in einer Angelegenheit von geringer Bedeutung macht deutlich, auf welche Schwierigkeiten man als Friedensforscher stoßen kann, wenn die Ergebnisse der Regierung nicht in den Kram passen. Deshalb halte ich die Unabhängigkeit der Forschung für wichtig.

Bei bestimmten Forschungsprojekten kann es der Regierung unter Umständen auch angenehm sein, sagen zu können, sie wäre für die Arbeit der Friedensforscher nicht verantwortlich. Dabei denke ich an eine Untersuchung, die wir im Otto-Suhr-Institut zum innenpolitischen Konflikt in Rhodesien durchgeführt haben. Wenn man stellvertretend für diejenigen forscht, die in einer Unterdrückungssituation leben und daher keine eigene Forschung betreiben können, dann grenzt das schon an eine geistige Intervention in die Angelegenheiten anderer Länder. In diesem Falle ist es für die Regierung günstig, sich darauf berufen zu können, daß sie auf die Forscher keinen Einfluß hat.

Gerade bei der innenpolitischen Konfliktforschung sollte man also in seinen finanziellen Forderungen sehr bescheiden sein, um sich eine gewisse Unabhängigkeit zu erhalten.

Wir sollten die Friedensforschung überdies möglichst an den Universitäten verankern, weil es da noch traditionelle und rechtliche Sicherungen gibt und die Eingriffsmöglichkeiten der Regierung nicht so groß sind wie in Instituten, die von ihr direkt finanziert werden.

Noch bewegen wir uns bei der innenpolitischen Konfliktforschung unterhalb der Schwelle einer systemverletzenden Relevanz. Ich wage aber kaum an die Konsequenzen für die Forscher und Ihre Arbeitsmöglichkeiten zu denken, wenn Konzeptionen wie die Soziale Verteidigung oder der gewaltfreie Aufstand die Massen tatsächlich erfassen.

Im Augenblick fürchte ich noch mehr die Anpassungsbereitschaft der Friedensforscher als wirkliche Repression. Mitunter sind die Befürchtungen der Friedensforscher, daß ihnen Mittel entzogen oder daß sie unter Druck gesetzt werden, größer als tatsächliche Pressionen. Ich bin immer wieder erstaunt, wie hoch gerade in der Bundesrepublik die Toleranzschwelle ist.

### **Carstens**

Es gibt kaum ein Land in der Welt, in dem die Toleranzbereitschaft öffentlicher Auftraggeber so groß ist wie bei uns.

### **Bertram**

Bei der Auftragsforschung scheint mir eher wichtig zu sein, daß man für einen bestimmten Auftrag möglicherweise mehr Leute einstellen muß als später gehalten werden können. Oder das Institut müßte größer sein, als das für die Aufgabe, die Herr Ebert nannte, sinnvoll ist.

Was die Frage der Geheimhaltung angeht, Herr Ebert, so sind Sie ohne die Unterlagen des Innenministeriums vermutlich besser gefahren. Denn beim Zugang zu staatlichen Geheimquellen stellt sich immer die Frage der Abhängigkeit und der Veröffentlichungsunmöglichkeiten.

### **Goldschmidt**

Ich gehöre einer Arbeitsgruppe an, die ein Memorandum zur Deutschlandpolitik ausgearbeitet hat. Wir haben keinen Versuch gemacht, dafür staatliche Mittel zu bekommen; vermutlich hätte man uns diese auch verweigert. Es muß doch aber in einer Demokratie die Möglichkeit bestehen, derartige Forschungen unabhängig vom Staat zu betreiben. Wir haben es als eine Lücke empfunden, daß wir uns bei unserer Arbeit auf keine solide Forschungsinstitution stützen konnten. Das ist uns geradezu vorgeworfen worden, weil wir ja keinen Zugang zu den notwendigen Unterlagen und Informationen gehabt hätten. Aber es gibt kein unabhängiges Institut. Deshalb müßte für einen Teil der Friedensforschungsinstitute eine gewisse Unabhängigkeit vom Staat gewährleistet sein.

Friedensforschung wird, wenn sie bestimmte Probleme in unserer Gesellschaft untersucht, so viel politischen Zündstoff enthalten, daß ich sie mir in einem beträchtlichen Teil nur in Opposition zu dem politischen System, das wir derzeit haben, vorstellen kann.

### **Bertram**

Im Gegensatz zu Herrn Goldschmidt halte ich das bestehende System für viel aufgeschlossener konstruktiven Gedanken der Opposition gegenüber, als das allgemein vermutet wird. Man sollte sich nicht darauf einstellen, nur Opposition zu sein, sondern gerade in der Friedensforschung überlegen, wie diese Opposition in die Entscheidungsprozesse eingefiltert werden kann.

Der Bundesverteidigungsminister hat kürzlich von der Option der Berufsarmee gesprochen. Wo sind jetzt die Friedensforscher, die ihm sagen können, wie sich das gesellschaftlich, politisch, bündnismäßig und international auswirken wird? Wenn man nur von der Opposition zum bestehenden System ausgeht, würde man sich gerade hier Möglichkeiten versperren und einen Bedarf negieren, der tatsächlich vorhanden ist.

### **Goldschmidt**

Da stimme ich Ihnen durchaus zu, Herr Bertram. Ich hatte eine Unabhängigkeit der Finanzierung gemeint, die das Spiel der Kräfte eher zur Geltung kommen läßt, als wenn alles aus einem Topf kommt.

### **Bertram**

Für die Einwirkungsmöglichkeiten ist es nicht ganz nebensächlich, aus welchen Mitteln Forschung finanziert wird. Ich halte es eher für bedenklich, wenn die Finanzierung durch den Staat erfolgt. Wenn Ihre Studie zur Deutschlandpolitik keine staatliche Förderung erhalten hat, dann erhöht das die mögliche Wirkungskraft.

### **Litten**

Ich erinnere an das Camelot-Projekt in den USA, bei dem es darum ging, die Möglichkeiten zur Unterdrückung revolutionärer Bewegungen in der Dritten Welt zu untersuchen. Hier kann man wohl von einer Friedensforschung mit umgekehrtem Vorzeichen sprechen, die von bestimmten staatlichen Gremien unterstützt wurde.

Herr Löwenthal hat vorhin erklärt, unter bestimmten Voraussetzungen könne eine revolutionäre Umwälzung der sozialen Verhältnisse durchaus wünschenswert sein. Hingegen müsse in anderen Ländern der Status quo schon deshalb erhalten bleiben, weil es sich dort um stabile und den Fortschritt begünstigende Systeme handele.

Sind Sie nun in der Lage, uns konkret einen Katalog derjenigen Länder zu entwickeln, in denen nach Ihrer Meinung eine Revolution stattfinden sollte? Und könnten Sie zugleich solche Länder nennen, in denen der Status quo erhalten bleiben muß? Würden Sie unter dem Panier des Friedensforschers darum kämpfen, daß ein solcher Katalog selbst im Gegensatz zu den Interessen der CIA oder anderer Institutionen den entsprechenden regierungsamtlichen Adressaten zugänglich gemacht wird, durch die Sie dann auch finanziert werden?

Wie glauben Sie, als systemverletzender Friedensforscher überhaupt tätig werden zu können? Dies ist meine Grundfrage an die gesamte Friedensforschung, wenn sie sich nicht in einem rein esoterischen Raum abspielen soll, sondern ein Publikum erreichen will, das über den Bergedorfer Gesprächskreis hinausgeht und das sie bei der Durchsetzung der durch ihre Forschungen erzielten Ergebnisse auch unterstützt.

### **Löwenthal**

Erstens habe ich nicht von Ländern gesprochen, in denen der Status quo erhalten werden muß. Das ist Ihre Formulierung, Herr Litten. Ich habe vielmehr gesagt, es gibt Länder, in denen der Fortschritt auf demokratische und friedliche Weise erreichbar ist, während das in anderen Ländern nicht der Fall ist.

Zweitens bin ich nicht in der Lage, einen Katalog solcher Länder zu liefern. Das wäre vielmehr eine Sache der konkreten Forschung über die einzelnen Länder. Ich habe nicht die Weisheit über sämtliche Länder mit Löffeln gefressen.

Drittens: Beim Camelot-Projekt ging es nicht um die Verhinderung von Revolutionen, sondern es sollte untersucht werden, wie es um die politische und soziale Stabilität in Lateinamerika beschaffen ist, welche Fortschrittschancen und welche Revolutionsgefahren dort bestehen. Der grundsätzliche Fehler derjenigen, die dieses Projekt unternahmen, bestand nicht in seinem Inhalt, sondern darin, daß sie es sich ausgerechnet von militärischen Instanzen finanzieren ließen. Das ist natürlich bei einem solchen Projekt unmöglich.

Viertens: Wenn ich als Friedensforscher zu dem Ergebnis käme, daß in einem bestimmten Land die Lösung der Probleme nur auf revolutionärem Wege möglich ist, dann könnte ich mir diese Forschungen sicherlich nicht von der Regierung des betreffenden Landes finanzieren lassen. Außerdem handelt es sich hier meist um Länder, die überhaupt keine Forschungen finanzieren. Deshalb würde sich ein solches Problem allenfalls außerhalb eines solchen Landes stellen, etwa in den Vereinigten Staaten, die dort bestimmte Interessen haben.

Nun kann man aber nach meiner Erfahrung in den USA für alle Projekte und Ergebnisse Forschungsgelder bekommen, wenn auch nicht von allen Instanzen. Es ist also durchaus möglich, auch solche Forschungen durchzuführen, die etwa zum Ergebnis haben, daß die USA aufhören müßten, die reaktionäre Diktatur in einem bestimmten lateinamerikanischen Land zu unterstützen, wenn sie eine Stabilität oder eine demokratische Entwicklung erreichen wollen. Solche Forschungen und entsprechende Ergebnisse wurden in den Vereinigten Staaten schon häufig veröffentlicht. Sie sind mitunter sogar Regierungspolitik geworden und wurden dann wieder aufgegeben.

Hinter Ihrer Frage, Herr Litten, steht die falsche Vorstellung, daß die Politik in den maßgebenden westlichen Ländern viel einheitlicher, geschlossener, starrer und reaktionärer sei, als das tatsächlich der Fall ist. Daher glauben Sie, daß auch der Spielraum für den Forscher, der seine selbständigen Ideen durchsetzen will, sehr viel enger sei, als er es in Wirklichkeit ist. Aus diesem Grunde halte ich die Möglichkeiten unabhängiger und die Öffentlichkeit erreichender Forschungen beziehungsweise Forschungsergebnisse in der Tat für sehr viel größer als Sie es tun.

### **Ebert**

Halten Sie eine Untersuchung der Methoden, mit denen die jetzigen Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien gewaltfrei beseitigt werden könnten, für ein Friedensforschungsprojekt, das die Förderung der Bundesregierung verdiente?

### **Löwenthal**

Nein, und zwar aus folgendem Grunde: Ich halte zwar eine kritische Untersuchung dieser Diktaturen für ein förderungswürdiges wissenschaftliches Projekt und wäre erfreut, wenn die Bundesregierung es finanzierte. Ein Projekt jedoch über Methoden, mit denen in einem anderen Land eine Revolution organisiert werden könnte, darf nicht von einer Regierung gefördert werden. Solche Dinge müssen unabhängig im Sektor der öffentlichen Meinung, nicht aber im Bereich staatlicher Aktivität behandelt werden.

### **Goldschmidt**

In den USA zeichnet sich zur Zeit gerade für die eben besprochenen Zusammenhänge eine bedrohliche Entwicklung ab. Durch das neue Stiftungsgesetz werden nämlich die sogenannten politischen Aktivitäten der Stiftungen sehr eingeschränkt.

### **Löwenthal**

Ja, die Bedingungen werden sich verschlechtern. Aber noch ist die Situation so, wie ich sie geschildert habe.

Mich erfreut die weitgehende Übereinstimmung in diesem Kreise darüber, wie wichtig die Erforschung der gesellschaftlichen Dynamik als Ursache von internationalen Konflikten und von Kriegsgefahr ist.



Auch Herr Koch hat darauf hingewiesen, daß diese Forschungsrichtung noch sehr unterentwickelt ist. Dabei würde ich nicht nur die Rüstungswirtschaft im Westen, sondern auch die Ideologie und ähnliches im Osten nennen.

Ich bin wie Herr Ebert der Meinung, daß neue gesellschaftliche Bewegungen, wie zum Beispiel die der Studenten, unbeabsichtigte und unvorhergesehene Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben können. Wenn zum Beispiel eine westliche Studentenbewegung auf den Osten überspringt und dort einen anderen Charakter annimmt, dann kann das zu ganz anderen Problemen führen. Die Toleranzschwelle des westlichen Systems ist nicht nur in bezug auf die Forschung, sondern auch auf den Frieden für Veränderungen ziemlich hoch.

So intervenieren etwa die Amerikaner noch lange nicht, wenn die Sorbonne von Studenten besetzt wird und in Frankreich von Revolution geredet wird. Dagegen greift die Sowjetunion unter Umständen ein, wenn in einem sozialistischen Land etwas ähnliches oder weit weniger geschieht. Wenn jedoch solche Veränderungen nicht in Europa, sondern in Lateinamerika drohen, ist die Gefahr einer Intervention der Amerikaner viel größer.

Aufgrund der gegenwärtigen Blockstrukturen können also auch rein innerpolitische Veränderungen als casus belli, als Bündnis- und als Interventionsfall seitens einer der Führungsmächte aufgefaßt werden und dadurch zu internationalen Gewaltakten führen. Diese Möglichkeiten werden von uns noch nicht systematisch genug erforscht.

Das Problem liegt darin, ob man auf jeden Versuch, den internationalen Status quo mit friedlichen Mitteln zu verändern, verzichten sollte, weil daraus unter Umständen Gefahren erwachsen können. Es besteht somit ein Zusammenhang zwischen politischen Veränderungen, die man eventuell durchaus mit friedlichen Mitteln herbeiführen kann, und den möglichen Reaktionen der einen oder anderen Blockmacht, durch die der Frieden gefährdet wird.

Dies sollten Schwerpunktfragen für die Friedensforschung insbesondere in der Bundesrepublik sein.

Es geht also nicht nur um Prioritäten für die Friedensforschung im allgemeinen, sondern auch um jene Prioritäten, die spezifisch für uns gelten. So sind etwa die Rassenfragen hier nicht deshalb kaum erwähnt worden, weil sie für den Frieden unwichtig wären, sondern weil Rassenkonflikte in unserem Umkreis heute eine relativ geringe Rolle spielen.

Herr Grossner hat erklärt, daß die Friedensforscher keine Lust hätten, bestimmte Probleme aufzugreifen, in denen sie nicht wirksam werden können, weil das Establishment sie doch nicht weiterverfolge. Das halte ich für eine erstaunliche Behauptung, ich denke, die Friedensforscher sind Leute, die engagiert für ihre Idee kämpfen.

### **Grossner**

Ich habe von den soziologischen Bedingungen gesprochen, unter denen Friedensforscher arbeiten können und müssen.

### **Löwenthal**

Ob solche Forschungen wirksam werden, hängt doch nicht davon ab, wie das Establishment darauf reagiert. Hier handelt es sich zum Teil um langfristige Wirkungen. Was das Engagement anbetrifft, so ist Friedensforschung politische Aktivität, und die kann man nicht nur für Dinge einsetzen, die schon morgen Früchte tragen sollen. Es wird kein Friedensforscher verhungern, nur weil er Dinge sagt, die beim Establishment unpopulär sind; der Verlagserfolg ist ihm sicher.

### **Menke-Glückert**

Wenn er einen Verleger findet.

### **Löwenthal**

Das ist heute wirklich kein Problem!

Wenn es also bei uns solche unterentwickelten Forschungsbereiche gibt, dann läßt sich das sicherlich nicht mit der abschreckenden Wirkung einer negativen Haltung des Establishment erklären, sondern zum Teil damit, daß bislang zu wenige Leute für die speziellen Fragestellungen ausgebildet worden sind, auf die es ankommt. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Grenzprobleme zwischen Ökonomie beziehungsweise Soziologie und Politik. Es wird eine der Aufgaben für die Friedensforschung sein, für

einen in diesen Fragen zureichend ausgebildeten Nachwuchs zu sorgen, und zwar durch die Institute und durch die Kooperation in den Instituten.

### **Gottstein**

Sie sehen also das Hauptproblem für eine effektive Friedensforschung weniger auf dem finanziellen als vielmehr auf dem personellen Sektor, Herr Löwenthal. Wenn Sie sagen, wir hätten keine ausreichende Anzahl von ausgebildeten Leuten für dieses Gebiet, kann man dann keine arbeitslosen Soziologen dafür verwenden?

### **Löwenthal**

Die interessieren sich nicht für Außenpolitik.

### **Gottstein**

Vielleicht sind sie durch eine Zusatzausbildung für die Friedensforschung zu gewinnen.

Mich interessiert als konkrete Schlußfolgerung aus dieser Debatte, wer denn die zu leistende Arbeit machen soll. Das eigentliche Problem, auch das der bereits erwähnten Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, scheint doch darin zu liegen, daß sich dort zahlreiche Leute in der Hoffnung auf finanzielle Unterstützung sammeln, die keine eigentliche Friedensforschung treiben, sondern oft nur etwas entfernt Friedensrelevantes tun. Das beginnt mit der Entwicklung von Düngemitteln für die unterentwickelten Länder. Sicher haben auch solche Projekte gewisse Beziehungen zur Friedensforschung, die Frage ist jedoch, welche Prioritäten man setzt. Wir müssen uns überlegen, wie das bewerkstelligt werden soll, damit die für die Friedensforschung zu erwartenden finanziellen Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

### **Menke-Glückert**

Die Friedensforschung steht vor einer Reihe von Gefahren. Einmal droht ihr, in der Umarmung des politischen und wissenschaftlichen Establishment erdrückt zu werden. Darunter verstehe ich die Organisationen, Gruppen und Eliten, welche die wesentlichen Entscheidungen in der Förderungspolitik heute treffen.

Es ist fragwürdig, Forschungsprojekte jetzt einfach umzuetikettieren, indem man etwa die Entsalzung der Negev-Wüste oder die Kleinkinder-Erziehung als Friedensforschungsobjekte deklariert. Es gibt viele andere Projekte, die nur eine lose Berührung mit Friedensproblemen haben. So kann man auch sämtliche Untersuchungen über die moderne Gesellschaft und die Umweltforschung in eine Beziehung zum Frieden bringen. Natürlich ist das alles förderungswürdig; es ist nur die Frage, ob es sich dabei um Friedensforschung handelt.

Eine weitere Gefahr liegt darin, daß man von der Friedensforschung zuviel erwartet. Diese junge Disziplin ist weder in ihrem Forschungsgegenstand noch in ihren Methoden gefestigt, sondern wird noch lange Zeit brauchen, ehe sie den Leistungsstand etwa der Nationalökonomie und der Sozialwissenschaft vor fünfzig Jahren erreicht hat.

Es muß jetzt eine Organisationsform gefunden werden, beispielsweise eine Stiftung, die für eine Übergangszeit von, sagen wir, fünf Jahren Gelegenheit zu Experimenten und neuen, auch ungewohnten Fragestellungen gibt. Viele neue Projekte wurden in Wissenschaftsgremien lange Zeit abgewiesen, etwa mitteldeutsche Zeitgeschichte, Systemanalyse und Planungsforschung, Ökologie und anderes mehr. Viele Jahre wurde DDR-Forschung für unnötig gehalten; sie wurde als Teil der Marxismus- oder Osteuropaforschung angesehen. Heute wären wir froh, wenn wir zur Vorbereitung der Brandt-Reise eine solide DDR-Forschung hätten.

Einige Themen sind hier noch gar nicht oder nur am Rande erwähnt worden. Dazu gehören Friedensprognose und Friedensutopie einschließlich der Konfliktsimulation. Man sollte einmal durchrechnen, welche finanziellen und technischen Hilfsmittel erforderlich wären, um zum Beispiel eine ständige Arbeitskonferenz der Abrüstungsbeauftragten über Fernsehsatelliten durchzuführen. Im Augenblick ist dies noch reine Utopie.; Es kommt aber darauf an, in Form von Denkmodellen zu zeigen, warum unsere politischen Institutionen gegenüber den bestehenden technischen Möglichkeiten so weit im Rückstand sind.

Es gibt bereits eine Reihe von Abkommen, die als Modelle brauchbar sind, zum Beispiel den "heißen Draht", Verträge über Formen des Gewaltverzichts, der Rüstungsbeschränkung und anderes mehr. Genaue Analysen würden zeigen, daß sich vieles realisieren ließe, ohne sehr viel zu kosten. Das gilt

zum Beispiel auch für die Frage der mit Abrüstungsmanövern gekoppelten totalen Umstellung auf eine Friedenswirtschaft. Das ist in einer Studie des "Economist" schon einmal durchgerechnet worden.

Es gibt Studentengruppen in Heidelberg, Marburg und München, die mit präzisen Projekten beschäftigt sind, etwa mit der Untersuchung wilder Streiks oder mit dem Zusammenhang zwischen Rüstungswirtschaft und Aufträgen. Diese Projekte sind vielleicht nicht immer fertig formuliert, aber diese Gruppen sollten in die Lage versetzt werden, ihre Probleme an die Öffentlichkeit zu bringen.

Das war eines der Motive für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung. Die Friedensforschung braucht eine Übergangsphase, damit sie ihre Projekte zu exakten Forschungsthemen verdichten kann und nicht in die üblichen Förderungsverfahren hineingenommen wird.

### **Gantzel**

Die Friedensforschung sollte sich primär mit Konflikten zwischen organisierten Kollektiven befassen und andere Forschungen, zum Beispiel über Integration oder über Entwicklungshilfe, nur im Hinblick auf dieses Problem sehen. So ist Integration nur dann ein Problem für die Friedensforschung, wenn sie als ein Mittel verstanden wird, um Frieden zu schaffen, und nicht etwa, wenn es dabei lediglich um gewisse ökonomische Vorteile geht.

Bei Konflikten sind zumindest drei Faktoren zu unterscheiden: erstens die Konfliktstruktur, verbunden mit der Konfliktursache; zweitens die Einstellung zum Konflikt und drittens der Konfliktverlauf. Je nach der Konfliktstruktur - ob es sich zum Beispiel um einen symmetrischen oder um einen asymmetrischen Konflikt handelt - verändern sich die Einstellungen, das Konfliktverhalten und die Lösungsmöglichkeiten, sowie auch die Interdependenzen zwischen den einzelnen Faktoren. Damit hängen jeweils bestimmte Arten von Gewalt und von Konfliktlösungen zusammen, beispielsweise tendenziell adaptive oder polarisierende und konfrontierende Strategien. Wie kann man ferner bei der empirischen Analyse latente Konflikte feststellen?

Das würde ich als vergleichende Grundlagen- oder Tendenzforschung bezeichnen. Ich denke beispielsweise an die Formeln von Richardson zur Analyse von Rüstungswettläufen. Smoker hat in Lancaster mit einer Gruppe versucht, daran weiterzuarbeiten, und er ist in große Schwierigkeiten geraten, weil das theoretische wie methodische Rüstzeug nicht ausreicht. Alle diese Themen gehören primär zum Bereich der Friedensforschung. Es wäre eine ihrer weiteren Aufgaben, entsprechende Methoden für die Analyse aktueller Konfliktfälle und rasch politisch verwendbare Technologien zur friedlichen Konfliktregelung zu entwickeln.

Sobald wir vergleichende Forschung treiben, müssen wir außerdem über Datenbanken und entsprechende Datenverarbeitungsanlagen verfügen. Wir sind jetzt noch weitgehend darauf angewiesen, daß uns amerikanische Kollegen die nötigen Daten schenken oder verkaufen. Sie geben sie aber manchmal gar nicht heraus.

### **Zellentin**

Friedensforschung ist für mich eine praxisverpflichtete Handlungslehre, die aus empirischen Gesetzmäßigkeiten die Möglichkeiten der friedlichen Wandlung konfliktgeladener Bereiche und Optionen für ein friedenssicherndes Handeln ableitet.

Auch Herr von Weizsäcker ist offenbar der Meinung, daß man bei der Anwendung dieser Praxeologie mit den Eliten und Strukturen arbeiten müßte, die man vorfindet. Sie sollten für die jeweilige Friedenstheorie gewonnen werden. In welchem Bereich, Herr v. Weizsäcker, soll man anfangen, die Eliten zu überzeugen? Welche sozialen Kosten sind für den Frieden anzusetzen? Mit wieviel Zeit, Geld und Stimmen ist zu kalkulieren? Welche Opfer können durch welche Belohnungen aufgewogen werden?

Müssen nicht alle diese Faktoren aufeinander abgestimmt werden, wenn eine erfolgreiche Bewußtseinswandlung der Eliten erreicht werden soll?

### **Koch**

Die Friedensforschung, hinter der ja bestimmte Interessen der Forscher stehen, zielt heute zu achtzig oder neunzig Prozent auf bestimmte Praxeologien ab, das heißt auf Wissenschaften, die ihre Prämissen nicht hinterfragen und die kurz- oder mittelfristig der Stabilisierung des jeweiligen Gesellschaftssystems dienen wollen.

Ich habe ferner den Eindruck, daß allzu viele Friedensforscher in der Bundesrepublik die Absicht haben, Berater der Regierung zu werden. Obwohl das an sich nicht negativ zu sein braucht, halte ich diesen deutlich erkennbaren Sog doch für verdächtig.

Auf die in Aussicht stehenden Mittel reflektiert eine große Anzahl von Interessenten mit breit angelegten Instituten, die praxeologische Forschung, wie Entwicklungsforschung, strategische Studien, betreiben können. Dann gibt es noch jene kleine, langfristig angelegte kritische Forschung, die sich immer wieder bemüht, ihren eigenen Ansatz zu hinterfragen, und der man schließlich ein paar Prozent des Finanzkuchens als Abfindungssumme zur Verfügung stellen wird. Ein solches Bild bietet heute die deutsche Friedensforschung.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich bin nach den Gründen meiner pessimistischen Prognose hinsichtlich eines großen Krieges gefragt worden. Es ist weniger eine Prognose als eine Vermutung und ein Gefühl, die mich jedoch für meine Beteiligung an der Friedensforschung wesentlich motiviert haben. Es geht hierbei nicht primär um rationale Argumentation; denn auf jedes rationale Argument kann man mit rationalen Gegenargumenten antworten. Ich habe außerdem bei einem solchen Thema keine Neigung, etwas zu beweisen, nur um recht zu behalten. Denn in diesem Fall kann ich nur wünschen, widerlegt zu werden. In welchem Zusammenhang auch immer ich aber diese Fragen rational diskutiert habe, stets hatte ich hinterher das Gefühl: Das Unglück wird passieren. Und wenn eine unbekannte Macht einigen Menschen solche Befürchtungen eingibt, dann will sie diese vielleicht zu Anstrengungen veranlassen, damit das Unglück nicht geschieht.

Wir befinden uns heute in einer Krise der gesamten politischen Struktur in der Welt. Diese Krise ist von einem wachsenden Bewußtsein für die Notwendigkeit einer grundlegenden Wandlung begleitet. Ich glaube nicht, daß der Krieg deshalb kommt, weil die Menschen etwa kriegslüsterner werden, als sie es jetzt sind. Sie werden sich der Probleme, der Gefahren und der Notwendigkeiten sogar mehr und mehr bewußt zugleich bleiben aber alle jene Effekte bestehen, die seit Jahrtausenden die Ursache von Kriegen gewesen sind. Und von aller historischen Erfahrung her ist es eine geradezu absurde These, daß es möglich sein sollte, die größten Konflikte zwischen den größten Mächten abzuschaffen. Man würde also gegen die Macht der Geschichte kämpfen, wenn man das erreichen wollte.

Mit dieser Krise der politischen Struktur läuft die rasche Entwicklung der Naturwissenschaft und der Technik parallel. An die dadurch geänderten Umweltbedingungen passen sich die alten, scheinbar ewigen Strukturen nicht hinreichend an.

Bei der Frage nach dem Abschreckungssystem und dem Gleichgewicht der strategischen Waffen gehe ich zunächst von den Untersuchungen vor allem der amerikanischen strategischen Analytiker aus. So hat etwa Wohlstetter Ende der fünfziger Jahre in seiner berühmten Arbeit "On the Delicate Balance of Power" die These aufgestellt, der Atomkrieg würde nicht dadurch vermieden, daß jede Seite in der Lage ist, die andere zu vernichten, sondern weil beide in der gegebenen Situation dazu nicht hinreichend motiviert seien. Wäre diese Motivation bei einem der beiden vorhanden, dann würde er den anderen vernichten. Wenn dagegen, unabhängig von der Motivation, eine objektive Sicherung erreicht werden soll, dann muß eine strategische Situation geschaffen werden, in der beide Seiten noch die Kraft zum tödlichen Gegenschlag besitzen, wenn sie angegriffen werden.

Aufgrund dieser strategischen Analysen hat man bewußt ein derartiges politisches und militärisches Konzept durchgeführt. Natürlich wollte man daneben eine Abrüstung sowie eine politische und militärische Garantie des Friedens erreichen. Das war aber in der Spannung des Kalten Krieges nicht möglich. Es ging darum, Zeit zu gewinnen, indem man versuchte, die Gefahr des Krieges zu minimalisieren. Dazu mußte man die second strike capability und andere Dinge mehr entwickeln. Dieser Ausweg wurde gewissermaßen als ein Hilfsmittel angesehen, um den Spannungszustand bis zur wirklichen Lösung zu überbrücken.

Die Entwicklung hat nun aber im politischen Bewußtsein der meisten Menschen den Eindruck entstehen lassen, daß der Friede durch das Gleichgewicht des Schreckens gesichert sei. Man ist sich nicht bewußt, daß dieses Gleichgewicht nach dem ursprünglichen Konzept nicht die Sicherung des Friedens bedeutete, sondern lediglich den Beginn der Arbeit an der Sicherung des Friedens ermöglichen sollte.

Mit der Weiterentwicklung der Waffentechnik - denken Sie zum Beispiel an die Mehrfachsprengköpfe, die sogenannten MIRVs - wird jedoch die second strike capability entscheidend gefährdet. Wenn also die Sicherung des Friedens jeweils durch eine bestimmte technologische Situation und eine ihr

angepaßte militärpolitische Strategie bedingt ist, dann muß man sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß etwa alle sieben Jahre eine neue Situation eintritt, die eine ähnliche Sicherung erfordert. Das heißt, in den nächsten fünfzig Jahren müssen wir mit circa sieben derartigen Situationsveränderungen rechnen, und ich halte es nicht für sehr wahrscheinlich, daß für eine solche Sicherung eine Garantie gegeben ist.

Das ist natürlich kein durchschlagendes rationales Argument dafür, daß es zum Kriege kommen wird. So sind etwa die fünfziger Jahre, in denen dieser Schutz nicht bestand, ohne den großen Krieg vorübergegangen. Solche Situationen können also auch anders überdauert werden. Aber wenn man zehn oder zwölf Jahre überstanden hat, ist damit nicht bewiesen, daß es fünfzig Jahre auf diese Weise gutgehen wird.

### **Löwenthal**

Hinzu kommt, daß es inzwischen weitere Atomkräfte gibt, was die Herstellung des Gleichgewichts jeweils noch komplizierter macht.

### **Freiherr von Weizsäcker**

In der heutigen Vorstellung bestehen außerdem noch zahlreiche sehr feste Traditionen, die abgebaut werden müßten, wenn man zu einer politisch garantierten Friedensordnung kommen will. Dazu gehört insbesondere der Bereich der staatlichen Souveränität. Eine politische Garantie des Friedens mit den Mitteln der Machtpolitik und unter Beibehaltung des Phänomens der Herrschaft verlangt eine weitgehende Zentralisation der Macht.

### **Menke-Glückert**

Sie kennen die Thesen von Leo Mates aus Belgrad, die genau in die andere Richtung gehen: Dekonzentration, Dezentrisierung, Regionalisierung. Ein Weltstaat, in dem die Gewalt zentralisiert ist, ist vielleicht die optimale Lösung zur Friedenssicherung, aber zugleich die konservativste und eine sehr gefährliche sowie undemokratische Lösung. Mit großer Wahrscheinlichkeit dürfte ein echter Weltstaat nur über einen großen Atomkrieg zu erreichen sein. Überwindung der traditionellen Machtpolitik kann nur durch andere Lösungen, daß heißt durch progressivere Utopien gelingen.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Die Annäherung an einen zentralisierten Weltstaat ist sicherlich die konservativste Lösung, den Frieden zu garantieren. Vielleicht findet man weniger konservative Lösungen, die einen noch größeren Verzicht auf die überlieferten Denk- und Verhaltensweisen verlangen. Selbstverständlich muß die Friedensforschung diese radikaleren Lösungen ernsthaft diskutieren. Sie verlangen aber eine Überwindung der traditionellen Machtpolitik. Außerdem darf die Bewahrung des Friedens dann nicht mehr wie bisher an die Stabilität von Herrschaft gebunden sein.

Die radikalere Lösung setzt vor allem voraus, daß wir uns nicht mehr auf die technische Machbarkeit verlassen. Die großen gesellschaftlichen Änderungen, die dafür nötig sind, verlangen, daß die Menschen auf das Mittel der Herrschaft und der Machtpolitik verzichten können, indem sie keine Ziele mehr verfolgen, welche Herrschaft und Machtpolitik bisher unerlässlich machten. Ein solcher Wandel des Bewußtseins aber, der insbesondere in der Seele des Menschen vor sich gehen muß, läßt sich nicht mit Gewalt durchsetzen.

Deshalb halte ich die Fragen der Gewaltlosigkeit für so wichtig. Allerdings betone ich das nicht für die Friedenssicherung im allgemeinen - vor allem, wenn ich öffentlich spreche;- , weil ich mich dabei an Leute wende, von denen ich ohnehin nicht glaube, daß man sie mit Vorstellungen der Gewaltlosigkeit beeindrucken kann. Nachdem ich das zunächst versucht hatte und damit nicht ankam, war es mir wichtiger, überhaupt gehört zu werden, als etwas vorzuschlagen, was mich in den Augen derer, zu denen ich sprach, zum Narren stempelte.

Aber wenn man die radikalere Lösung der Friedenssicherung anstreben und nicht den Weg über eine zentrale Herrschaft und Macht gehen will, dann stellt sich das Problem, wie man eine Veränderung bewirken kann, ohne sich derjenigen, vor allem seelischen Mittel zu bedienen, die von neuem das Unglück bewirken, das man bekämpfen will. Hier sind dann die gewaltlosen Kampfweisen, verbunden mit einer entsprechenden Gesinnung, das zentrale Problem, das ich gar nicht für unlösbar halte. Denn die menschliche Natur scheint mir in dieser Hinsicht keineswegs unwandelbar zu sein. Ich glaube aber nicht, daß diese Leistung ohne die Lektion großer Katastrophen vollbracht werden kann, obwohl man darauf hinarbeiten muß.

**Menke-Glückert**

Die Friedensforschung kann bei einem großen Teil der jungen Generation unglaublich werden, wenn sie das Gewaltproblem nicht zu ihrem zentralen Anliegen macht. Wenn die Friedensforschung ernst genommen werden will, dann muß sie den Mut haben, auch radikale Alternativen zu durchdenken und eine große moralische Anstrengung zu unternehmen. Dazu gehört auch das öffentliche Eintreten für die Gewaltlosigkeit. Dafür ist jetzt viel mehr Öffentlichkeit vorhanden, als noch vor fünf oder zehn Jahren.

**Freiherr von Weizsäcker**

Ich sagte bereits, daß ich es versucht habe, aber nicht gehört wurde. Daraufhin habe ich es unterlassen. Das sind aber Entscheidungen, die jeder selbst treffen muß. Allerdings sind in den letzten Jahren in der ganzen Welt Veränderungen im Bewußtsein gerade bei der Jugend eingetreten, so daß jetzt Themen diskutiert werden können, die man vor zehn, selbst noch vor fünf Jahren nicht besprechen konnte. Außerdem habe ich stets die These vertreten, daß eine neue Ethik nur dann wirksam werden kann, wenn es Menschen gibt, welche diese Ethik, die für die Zukunft die herrschende wird sein müssen, schon jetzt praktizieren.

Die Entwicklung wird jedoch noch für längere Zeit so stark unter der faktischen Herrschaft der Machtpolitik stehen, daß man nicht glauben soll, sie ignorieren oder durch einen revolutionären Anlauf beseitigen zu können. Wenn man also eine Regierung berät, kommt es auf Vorschläge an, wie sie bei den bestehenden Machtverhältnissen der Aufrechterhaltung des Friedens optimal dienen könnte. Denn ich kann keiner Regierung raten, sie möge abtreten, weil die Zukunft etwa in der Abschaffung der Herrschaft liege. Damit würde man die Realitäten der Machtpolitik außer acht lassen, und das ist dann keine Beratung mehr. Zugleich muß man jedoch an der Entwicklung eines Bewußtseins weiterarbeiten, das die notwendigen Veränderungen ermöglicht.

**Goldschmidt**

Wir haben zwanzig Jahre lang zugelassen, daß sich in unserer Bevölkerung zunehmend ein Bewußtsein ausgebreitet hat, der große Krieg als Mittel äußerster Zerstörung werde nicht mehr eintreten. Alle Warnungen vor einer solchen Katastrophe - etwa durch den Bau von Luftschutzräumen in den USA vor und während der Kubakrise und durch ähnliche Maßnahmen - haben einen solchen Schock in der Bevölkerung ausgelöst, daß sowohl in den USA als auch bei uns von einer ernsthaften Verfolgung des Zivilschutzes abgesehen worden ist.

Das Bewußtsein der Bevölkerung entspricht nicht der Situation, in der wir leben. Es wäre eine Aufgabe der Friedensforschung, darüber nachzudenken, wie dieses Bewußtsein hinsichtlich der Möglichkeiten, die auf uns zukommen, ausgeweitet werden kann.

**Glubrecht**

Wenn Sie von Bewußtseinsänderung sprechen, Herr von Weizsäcker, dann halte ich es für falsch, wenn sich Friedensforschung überwiegend auf die Analyse von Konflikten zwischen Kollektiven beschränken sollte. Denn gerade die Konflikte im einzelnen Menschen stehen mit der Friedensforschung in engem Zusammenhang. Sowohl die Konflikte zwischen Kollektiven als auch die Konflikte im Individuum haben ihre Ursache weitgehend in Prestigefragen.

Wie kann man eine Lösung dieser Konflikte erreichen? Die materielle Befriedigung des Menschen allein, also der Wohlstand, ist sicher keine Lösung. Fourastier hat gesagt, der Mensch strebe nicht Wohlstand schlechthin, sondern stets einen höheren Wohlstand als den seines Nachbarn an. Er ist nie voll zu befriedigen.

Ich sehe auch keine Lösung darin, daß man etwa versucht, die Menschen in bestimmte wissenschaftliche oder technische Projekte einzuspannen; denn eine solche Anspannung hält nicht ständig und kann unter Umständen durchaus für unfriedliche Zwecke umfunktioniert werden.

Wenn Herr von Weizsäcker nun von einer Überwindung der Konflikte durch Reife sprach, dann ist das ein Vorgang, der zur Lösung führen kann und der sich vielleicht durch religiöse oder philosophische Selbstbesinnung vollzieht. Für diejenigen, die hier bürgerlichen Idealismus wittern ...

**Litten**

Ja.

**Glubrecht**

... möchte ich darauf hinweisen, daß die philosophische Betrachtung eine konkrete Methode ist; denn sie sublimiert das Prestigedenken, das heißt, der einzelne kann auf diese Weise seine Konflikte überwinden.

**Goldschmidt**

Wir sollten doch die Dinge nicht verkleinern, Herr Glubrecht. Was Sie sagen, erinnert mich an die Drei-Groschen-Oper: "Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm." Wie viele Millionen von Menschen gibt es aber, bei denen man keineswegs sagen kann, daß die Prestigefrage sie in den sozialen Konflikt treibt!

**Buhrow**

Innerhalb der Bundesregierung ist das Wissenschafts- und Bildungsministerium für die Friedensforschung federführend. Es ist sicher nicht daran interessiert, die Friedensforschung zu gängeln, sondern wird es eher begrüßen, wenn überhaupt etwas geschieht.

Den Bundespräsidenten würde sicher interessieren, ob dieser Kreis hier der Meinung ist, die Herr Goldschmidt vorhin äußerte, daß eine Konkurrenz auf dem Gebiet der Friedensforschung von Vorteil wäre und man mehrere Institute tolerieren und finanzieren sollte. Wie stellen Sie sich in einem solchen Fall die Effektivität vor? Denn das Maß der finanziellen Unterstützung durch den Staat ist begrenzt.

**Goldschmidt**

Ich halte eine Mehrzahl von Instituten in der Tat für notwendig. Angesichts der Dringlichkeit unserer Aufgaben erscheinen mir acht bis zehn bescheiden große Institute oder Arbeitsgruppen - es sind durchaus verschiedene Organisationsformen für die Friedensforschung möglich - keineswegs zuviel. Niemand nimmt Anstoß daran - ich halte es ebenfalls für eine gute Tradition und wichtig für unsere Kultur;- , daß wir an sämtlichen Universitäten kunstgeschichtliche Institute haben. Oder setzen Sie das Ausmaß notwendiger Friedensforschung in Vergleich zu dem, was wir für Rüstung ausgeben! Vielleicht findet die Friedensforschung heraus, daß die Rüstung, wenn sie schon nötig ist, in vielem anders aussehen müßte als zur Zeit.

**Menke-Glückert**

Als Organisationskonzept zur Förderung der Friedensforschung wird von vielen Seiten die Gründung einer Stiftung vorgeschlagen, die sowohl Forschungsmittel für geeignete Projekte zur Verfügung stellen, als auch Kommunikations- und Informationsaufgaben erfüllen soll. Es ist dann daran gedacht, daß der Bundespräsident die Gründungskommission beruft. Alle an der Friedensforschung beteiligten Wissenschaftler sollen ein Gründungskonzil bilden, das die wichtigen wissenschaftlichen Gremien der Stiftung wählt. Das gilt besonders für die Förderungskommission, die über die Anträge entscheidet. Sie soll aus zwei hauptamtlich tätigen Wissenschaftlern bestehen, die sich während der Übergangsphase intensiv der Förderung annehmen. Dadurch wird die Friedensforschung nicht in die bestehenden Förderungsorganisationen eingegliedert. Die Geldgeber würden in einem Beirat vertreten sein.

**Carstens**

Wenn wir heute auch nicht zu klaren Formulierungen gelangt sind, welche Prioritäten in der Friedensforschung zu setzen sind, so bin ich doch der Meinung, daß eine Auswertung dieser Diskussion erkennen lassen wird, wo die meisten Diskussionsteilnehmer Schwerpunkte sehen. Das würde ich für ein durchaus nützliches Ergebnis halten.

**Freiherr von Weizsäcker**

Herr Buhrow hat vorhin die Frage gestellt, welcher Rahmen der Friedensforschung zugrunde gelegt werden sollte. Dazu möchte ich betonen, daß ich ein pluralistisches Konzept von mehreren Institutgründungen für richtig halte. Ich habe in den vorangegangenen Beratungen stets ein großes zentrales Institut abgelehnt. Ich ziehe ein kleines Institut vor, das mit anderen Instituten in Kontakt und Konkurrenz steht. Dabei überschätze ich nicht die Segnungen des Pluralismus, aber ich bin überzeugt, daß er immer noch besser als sein Gegenteil ist.

Herr Goldschmidt sagte, man könne doch wohl ebenso viele Friedensinstitute haben, wie es etwa kunsthistorische Institute gibt. Ich würde dies unterstreichen; aber letztere sind auch nicht alle in einem Jahr gegründet worden. Friedensforschung ist im Augenblick sehr in Mode, und deshalb besteht die Gefahr, daß in kurzer Zeit viele Institute gegründet und mit unzureichenden Leuten besetzt werden, weil keine anderen verfügbar sind. Damit wird dann eine Generation lang das blockiert, was eigentlich geschehen müßte.

Aus diesem Grund bin ich für ein schrittweises Vorgehen. Dafür könnte die Schaffung einer Instanz, wie sie hier erwogen wurde und die eine möglichst große Unabhängigkeit gewähren soll, förderlich sein. Ich halte es aber auch für nützlich, wenn verschiedene Leute mit Geldern aus unterschiedlichen Quellen Institute gründen, ohne von einer solchen zentralen Organisation abhängig zu sein.

Frau Zellentin sprach vorhin von der Beziehung zu den Eliten. Ich habe immer gemeint, mit der vorfindbaren Elite arbeiten zu sollen, obwohl mir das mitunter schwergeworden ist. Es hätte mir in mancher Hinsicht nahegelegen, mich radikaler zu äußern auf die Gefahr hin, von niemandem gehört zu werden. Ich habe nie mißbilligt, wenn jemand mit den verfügbaren Eliten zusammenarbeitet, sofern er wußte, was er tat. Dagegen kritisiere ich diejenigen, die glauben, politisch zu wirken, wo dies ganz offensichtlich nicht der Fall ist.

Pluralismus heißt für mich also auch, daß zum Beispiel einige Wissenschaftler die Regierung beraten, während sich andere ausdrücklich davon fernhalten. Man sollte allerdings den Pluralismus an sich nicht überschätzen. Denn es handelt sich hier immer um die gleiche Gesellschaft, in der überall die gleichen Vorurteile und in gewissem Umfang auch die gleichen Pressionen wirksam sind. Wer aber klug mit Regierungsstellen umzugehen versteht, kann bei diesen ein Maß an Freiheit finden, wie es an anderen gesellschaftlichen Positionen meist nicht größer ist.

Mein Institut ist aufgrund meiner Wahl ein Institut der Max-Planck-Gesellschaft. Der Vorteil für dieses Institut liegt vor allem darin, daß in der Max-Planck-Gesellschaft die Freiheit der Wissenschaft meiner Meinung nach in besonders großem Maße realisiert wird. Das schließt ein, daß das Institut nicht primär in Aufträgen forschen wird, sondern daß wir uns genau überlegen werden, ob wir Aufträge annehmen oder nicht. Wir verzichten also bewußt auf gewisse mit Aufträgen verbundene Wirkungsmöglichkeiten, das heißt auf eine unmittelbare Nähe zur realen Politik. Ich halte dies für eine der möglichen Rollen, die gespielt werden müssen.

Natürlich ist ein Auftragsinstitut der Regierung in viel höherem Maße praxisbezogen. Auf der anderen Seite teile ich aber die Meinung meines Freundes Picht, der einmal gesagt hat, Theorie sei die radikalste Form der Praxis. Wenn es gelänge, durch theoretisches Nachdenken an den Stellen etwas zu verändern, die Einfluß auf die Praxis haben, dann wäre dieser Ehrgeiz erfüllt.

### **Löwenthal**

Auch ich halte einen institutionellen Pluralismus in der Friedensforschung für richtig. Es muß in Deutschland für acht bis zehn Institute Raum vorhanden sein, wobei ich allerdings mit Herrn von Weizsäcker der Meinung bin, daß sie nicht alle in einem Jahr gegründet werden können. Wir stehen nämlich am Anfang weniger vor dem Problem, daß die Gelder knapp sind - obwohl wir noch nicht wissen, wie reichlich sie fließen werden;- , sondern daß es an geeigneten Mitarbeitern fehlt. Wenn Herr Menke-Glückert davon spricht, daß es von eifrigen Studenten wimmele, die Projekte im Auge haben, so sind das nicht diejenigen, die wir benötigen. Wir suchen vielmehr Forscherteams für Institute. Das brauchen keine alten etablierten Herrschaften zu sein; aber sie sollten eine volle Ausbildung haben, wobei es dann noch auf die richtige fachliche Mischung ankommt.

Gerade auf dem Gebiet der internationalen Politik, die - wie sich auch in dieser Diskussion gezeigt hat in der Friedensforschung eine verhältnismäßig zentrale Position einnimmt, besteht ein großer Mangel an gut ausgebildeten Personen, dafür aber bereits eine erschreckende Konkurrenz unter den bestehenden Fachinstituten, die manchmal gefährliche Formen annimmt.

Es wird also notwendig sein, die zarten Pflänzchen zu hegen und dafür zu sorgen, daß zunächst einmal an einigen wenigen Stellen Fachleute aus verschiedenen Bereichen zusammengebracht werden. Neben nur wenigen wirklichen Instituten, die sofort geschaffen werden sollten, brauchen wir dann eine allgemeine Förderungspolitik. Ich betrachte die Stiftung, von der Herr Menke-Glückert gesprochen hat, als die große Gießkanne für die zarten Pflänzchen.

Unser Berliner Institut unterscheidet sich von dem von Herrn von Weizsäcker vor allem dadurch, daß wir den Aufbau in Berlin nicht um einen Mann herum vollziehen. Zunächst hatten sich einige Abgeordnete mit dem Ziel zusammengefunden, ein Wissenschaftszentrum Berlin zu gründen, das eine Reihe von Instituten in Berlin projektiert hat.



**Grossner**

Das wird eine Nebenuniversität ...

**Löwenthal**

Nein. Die Institute sind untereinander nicht verbunden, sie haben keine Lehraufgaben und verleihen keine akademischen Titel, und ihre Aufgaben hätten an der Universität auch gar keinen Platz.

Als erstes wurde ein internationales Managementinstitut geschaffen. Das zweite Projekt in dieser Reihe ist das Internationale Institut für Konflikt- und Friedensforschung. Der Organisator des Wissenschaftszentrums, Dr. Gerd Brand, hat zunächst eine Arbeitsgruppe von sechs Wissenschaftlern zusammengerufen, die mit ihm einen Plan des Instituts entworfen und diskutiert haben. Dazu gehören Hans Speier aus den USA, Pierre Hassner aus Paris, Wolfgang Zapf aus Frankfurt, Nicolaus Luhmann und Peter Christian Ludz aus Bielefeld und ich aus Berlin. Dieser Plan wurde dann einem breiteren Ausschuß, der mit Fachleuten aus dem In- und Ausland besetzt ist, vorgelegt. Ihre Kritik und Anregungen wurden berücksichtigt. Inzwischen wurde der Plan fertig redigiert, und der Gründungsbeschuß wird von den Gesellschaften des Wissenschaftszentrums voraussichtlich noch in dieser Woche gefaßt werden in der Erwartung, daß eine Finanzierung durch die Bundesregierung erfolgen und durch den Berliner Senat ein Gebäude zur Verfügung gestellt werden wird.

Wir wollen eine interdisziplinäre projektgebundene Forschung aufbauen, das heißt, wir denken nicht an feste Fachabteilungen, sondern an wechselnde Projekte. Wir werden im ersten Jahr mit vier bis fünf Leuten beginnen, um dann das Institut allmählich aufzubauen. Der Schwerpunkt unserer Forschung wird in der internationalen Politik und in den gesellschaftlichen Entwicklungsfaktoren, die sie beeinflussen, liegen - etwa in dem Sinne, wie ich es hier dargelegt habe. Dagegen werden wir Gebiete, für die an anderer Stelle Schwerpunkte vorhanden sind, im wesentlichen ausklammern. So werden wir uns mit Rüstungsforschung zum Beispiel nur insoweit befassen, als sie sowieso in die politischen Untersuchungen mit eingeschlossen ist. Auch mit der Friedenspädagogik und ähnlichen Dingen werden wir uns nicht beschäftigen. Das gleiche gilt für die große Umweltforschung, die starke naturwissenschaftliche Akzente hat. Diese wird bei Herrn von Weizsäcker besser aufgehoben sein.

Am Ende unserer Diskussion möchte ich noch auf einen Beitrag von Herrn von Weizsäcker zu sprechen kommen, der mich sehr beeindruckt hat, als er nämlich seinen Pessimismus explizierte. Denn das konvergiert mit bestimmten meiner eigenen Überlegungen, wenn auch aus einer etwas anderen Dimension.

Hinter den Ausführungen von Herrn von Weizsäcker steht der Gedanke, daß die Menschen unserer Zeit und unserer Zivilisation nicht hinreichend motiviert sind, um unter den technisch und politisch außerordentlich schwierigen Verhältnissen die Katastrophe zu verhindern, und daß diese Motiviertheit erst nach der Katastrophe entstehen wird.

Dies stimmt mit meinem Gefühl überein - das ich allerdings auch nicht rational begründen kann;- , daß wir in der Endphase einer Zivilisation leben, in der die Bindekraft der ursprünglich tragenden Werte immer schwächer geworden ist, während die Umriss einer neuen Zivilisation noch nicht sichtbar sind. Aus diesem Grunde kann ich dem Pessimismus von Herrn von Weizsäcker schwer widersprechen.

Dennoch möchte ich auf einen Faktor hinweisen, der in meinem Referat anklang, nämlich auf die Möglichkeit eines Systemwandels unter den maßgebenden Mächten. Dadurch könnte die Intensität der Spannungen verringert werden. Ich meine also die Frage der Konvergenz. Ich bin mir bewußt, daß es durchaus katastrophale Kriege unter Staaten mit gleichen Systemen gegeben hat, während Staaten unterschiedlicher Systeme friedlich koexistieren können. Es dürfte weit gefehlt sein, die Probleme des Friedens und der Annäherung der Systeme als identisch anzusehen. Aber in den meisten hoch industrialisierten Gesellschaften unserer Zeit haben andere Konfliktfaktoren, insbesondere die traditionellen nationalistischen Prestigefaktoren, erheblich an Kraft verloren. Gerade bei den maßgebenden Mächten sind weniger die Unterschiede der gesellschaftlichen Systeme als vielmehr die Divergenzen der politischen und ideologischen Systeme von entscheidender Bedeutung für die Virulenz des Konfliktes. Aus diesem Grunde kann alles, was dazu beiträgt, diese Divergenzen abzubauen, die Gefahr einer Weltkatastrophe verringern und unsere Überlebenschance wesentlich erhöhen.

Daher möchte ich hinter den unsicheren und ungewissen Pessimismus von Herrn von Weizsäcker ein ebenso Ungewisses und unsicheres Fragezeichen setzen, indem ich auf die Chance einer Milderung der Gegensätze durch konvergente Entwicklungen hinweise. Auch von diesem Standpunkt aus

unterstreiche ich noch einmal die Bedeutung der Friedensforschung als Forschung nach gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen und ihrer Wirkung auf die internationalen Konflikte.

### **Körber**

Wenn ich in meiner Einleitung darauf hinwies, daß wir heute eines der schwierigsten Bergedorfer Gespräche vor uns hätten, dann dürfte der Verlauf unserer Diskussion diese Voraussage bestätigt haben.

Dabei hat sich gezeigt, welche Probleme bestehen, um Zentral- oder Schlüsselbegriffe wie Krieg und Frieden so zu definieren, daß über das angestrebte Ziel, nämlich die Herstellung des Friedens, ein Konsensus, zumindest unter den Teilnehmern hier, möglich wird.

Zweifellos hat sich in den letzten Jahren bei sehr vielen Menschen die Einsicht verstärkt, daß der Friede nicht das automatisch eintretende Ergebnis einer weltgeschichtlichen oder gesellschaftlichen Entwicklung ist, sondern daß die Anspannung aller politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Kräfte notwendig ist, um dieses Ziel zu erreichen.

Deshalb begrüße ich es, wenn die Friedensforschung mehr und mehr zu einem Zentrum aller jener Kräfte wird, denen es weniger um "theoretische" Humanität geht als vielmehr darum, mit Hilfe konkreter Forschungsarbeit eine Lösung der großen Probleme in und zwischen unseren Gesellschaften vorzubereiten.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem besonders gegen Ende dieses Gespräches mehrfach geäußerten Pessimismus im Hinblick auf die Zukunftserwartungen sagen. Herr von Weizsäcker wies darauf hin, daß sein Pessimismus primär auf einem Gefühl beruhe und daher rationaler Argumente kaum zugänglich sei.

Dagegen bin ich der Meinung, daß es bei der Arbeit für den Frieden beziehungsweise für die Herstellung friedlicher Zustände darauf ankommt, den Frieden jenseits von Optimismus und Pessimismus als eine Aufgabe zu begreifen, die ein sowohl pragmatisches als auch futurologisches Programm erfordert. Dieses Programm einer Friedenssicherung müßte alle politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kräfte mit einbeziehen, um im Sinne einer sozialen Strategie eine Erneuerung der Gesellschaft in bezug auf friedliche Motivationen zu bewirken.

Friede setzt heute voraus, daß wir die Existenz verschiedener Gesellschaftssysteme, Lebensformen, Wert- und Normsysteme anerkennen. Dabei geht es in diesen Systemen nicht nur um Fragen der Ideologie, sondern vor allem um militärische, politische, ökonomische und kulturelle Perspektiven. Wir sehen, daß die verschiedenen Gesellschaftssysteme, das kapitalistische und sozialistische, in ihren jeweils spezifischen Ausformungen, zumindest in einer Zielsetzung übereinstimmen: alle wollen Wohlstand, und zwar materiellen, für ihre Völker verwirklichen. Außerdem scheinen beide Seiten begriffen zu haben, daß man durch eine Wirtschaftskrise der anderen Seite kaum etwas gewinnen kann. Vielmehr müssen beide Seiten daran interessiert sein, daß sich im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wohlstand in allen Ländern allmählich eine Annäherung vollzieht, ohne die ein "gerechter Friede" nicht denkbar erscheint. Entwicklungshilfe ist in dieser Hinsicht weniger eine humanitäre Frage als vielmehr ein strukturelles, gesellschaftliches und ökonomisches Problem.

Die entscheidende Frage ist nun, welche Formen man finden kann, um eine Koexistenz der Systeme zu ermöglichen und zu intensivieren, und wie man die ideologischen Konflikte so domestizieren kann, daß die Gefahr eines Umschlags in militärische Auseinandersetzungen ausgeschaltet wird.

In dieser Hinsicht kann meiner Meinung nach Friede nur durch gegenseitige Kontakte und durch verstärkte Kommunikation realisiert werden. So sehe ich eine Methode, den Frieden herbeizuführen, in einer Verstärkung der Beziehungen zwischen Ost und West. Aus diesem Grunde hat der Bergedorfer Gesprächskreis die Durchführung von Ost-West-Gesprächen in den letzten Jahren zu einem wesentlichen Punkt seines Programms gemacht. Er versucht, "eine neue Form der Zusammenarbeit zu verwirklichen, um bestehende Konflikte zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen abzubauen".

Es kommt mir hierbei vor allem auf eine psychologische Wirkung an. Der Streit zwischen den Blöcken mit seinen gegenseitigen Anklagen, Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen hat eine Atmosphäre erzeugt, die ein politisches und gesellschaftliches Verstehen der anderen Seite bisher außerordentlich erschwert hat. Wir müssen also heute versuchen, in der gegebenen politischen Situation neue Dialogformen zu finden.

Wenn der Bergedorfer Gesprächskreis seine 36. Tagung im Juni dieses Jahres in Moskau und Leningrad abhält, dann sehe ich in dem Zustandekommen eines solchen Gespräches einen kleinen, aber sehr wichtigen Beitrag, einer Verständigung zwischen den Völkern den Weg zu bahnen.